Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 261/62 22. Dezember 1978 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

VON DIESER NUMMER UND DEM LEIDIGEN PROBLEM MIT DEM PLATZ.................

Nun ist es doch eine ganz ordinäre 32-Seiten Nummer geworden! Daß außen draufsteht 'Doppelnummer' hat nur für die Post was zu heißen, nämlich, es gibt nächste Woche keinen.

Artikel habt ihr uns für 'ne 48-Seiten Nummer geschickt — — mindestens; gemacht hätten wir sie auch gerne! Nur, bezahlen können wir sie nicht (Papier- und Druckkosten), und der Druckladen kann sie auch nicht drucken.

Ihr habt's sicher gemerkt: In der letzten Zeit hatten wir öfter IDs, die „Schwerpunkt"-Nummern waren: Betrieb, Knast, sonstwas. Das hat sich zuerst zufällig ergeben. Mittlerweile gefällt's uns aber ganz gut. Also: Diese Nr. hat den Schwerpunkt ATOMkraftwerke.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Prof. Helmut Gollwitzer wird am 29. Dezember 70 Jahre alt. Er ist seit den Anfängen des ID in unserem Beirat. Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen ihm noch viele Jahre, in denen er weiterhin Mutiges gegen die Unterdrückung nicht nur unterbliebener Nachrichten sagen und schreiben kann.

Das ID—Kollektiv

"BAHRO ALS BEISPIEL"

"Bahro als Beispiel heißt eine in Wien herausgegebene Broschüre von Kurt Winterstein. Sie enthält eine umfangreiche Sammlung internationaler Pressestimmen. Der Untertitel heißt: Solidarität mit den Menschenrechtskämpfern in Osteuropa. Das Vorwort hat der Chefredakteur vom "Wiener Tagebuch", Franz Marek, geschrieben. Die Broschüre erreichte uns mit der Bemerkung, daß es gar nicht so übel sei, wenn sie auch von Bürgern der DDR gelesen werden könnte.

Kontakt: Listi-Blätter, Postfach 3602, 6000 Frankfurt 1



NPD-VERANSTALTUNG GESTÜRMT

BERLIN
19. Dezember

In Berlin gibt es ein Flugblatt, daß sich auf eine Aktion am 8. Dezember bezieht. In dem Flugblatt heißt es u.a.:

„... ausgerechnet am Vorabend zur Anti-Schah-Demonstration fand in der Charlottenburger Kneipe „Zur Quelle" eine NPD-Veranstaltung statt. Die Veranstaltung, an der sich etwa 35-40 Alt- wie Neu-Nazis beteiligten, stand unter dem Thema „Ausländer in der BRD und West-Berlin".

Die Kneipe wurde gestürmt, die Veranstaltung abgebrochen, es gab eine Prügelei und darüber eine Notiz in der Zeitung „Der Abend". Begründung der Aktion durch die „Täter":

„In unserem Lande können sich faschistische Gruppen und Parteien/Organisationen ungehindert entwickeln und ihre Parteitage, Großveranstaltungen und Aktionen gegen Antifaschisten durchziehen ohne, daß sie auch nur einmal von staatlicher Seite (Polizei, Staatsschutz, Regierung) behindert werden. Ganz im Gegenteil..."

„ZÜNDHÖLZCHEN" – EIN NEUER VERLAG

HERFORD
20. Dezember

Der „Zündhölzchen"-Verlag & Versand teilt uns mit, daß es ihn gibt und daß er seine ersten Produkte fertiggestellt hat. Verlegt und versandt werden vor allem Bücher zu den Themen „Alternativen" und „Freiheitlicher Sozialismus", außerdem politische Plakate, Postkarten und Schallplatten. Zeitungen können Rezensionsexemplare bekommen. Die „Zündhölzchen"-Leute haben kein Geld für eine Anzeigenkampagne und bitten deshalb die Alternativpresse, die Existenz des Verlages gratis zu melden.

Kontakt: „Zündhölzchen"-Verlag & Versand, c/o Frank Schenker, Postfach, 4900 Herford (Tel.: 05221/ 73156).

Betr.: UMWELTLADEN FRANKFURT

FRANKFURT
20. DEZEMBER

Alle, die in dem neuen Umweltladen in Frankfurt mitarbeiten oder ihn sonstwie unterstützen wollen, treffen sich am 8. Januar um 19.30 Uhr im Laden Höhenstr. 32 / Ecke Heidestraße.



TAGESZEITUNG – ÜBER DEN INTERNEN STAND

BERLIN
12. Dezember

Dieser Artikel soll über den internen Stand der TAGESZEITUNG informieren. „Der Artikel entstand unter großem Zeitdruck, er soll ja einigermaßen aktuell sein", schreiben seine Verfasser aus Westberlin. Zugleich wird für den Januar ein Artikel angekündigt, der sich „mit der politischen Kraft, mit der Macht der Tageszeitung, sowohl innerhalb der Linken als auch im gesamten Medienspektrum auseinandersetzt."

"Die Würfel sind gefallen. Auf dem Treffen der TAZ-Initiativen vom 9./10. Dezember in Frankfurt wurden der Standort der Zentralredaktion und der Beginn des täglichen Erscheinens der Tageszeitung heiß diskutiert und beschlossen. Trotz zahlreicher Bedenken und Einwände wird diese Redaktion erstmal in Berlin sein. Ab April soll sie dann täglich erscheinen. Der Countdown ist angelaufen. Ab Januar arbeiten in Berlin 20 Leute hauptberuflich und bezahlt, falls sie sich nicht durch Arbeitslosengeld oder anderes Über Wasse halten können, um die notwendigen technischen und redaktionellen Voraussetzungen zu schaffen. Sie kommen nicht nur aus Berlin, sondern auch aus anderen TAZ-Initiativen, z.B. aus Frankfurt, Mainz, Hamburg und Stuttgart. Bis zum "Tag Null" sollen es 70 Leute werden. Nach dem ejtzigen Plan wird die TAZ mit einer 36köpfigen Redaktion starten, wobei in wenigstens vier weiteren Städten Regionalredaktionen mit mindestens einem festen Mitarbeiter aufgebaut werden. 34 sind es im technischen Bereich und in der Verwaltung: 7 in Vertrieb und Finanzen, 8 im Watz, 7 im Layout, 5 in der Korrektur, 2 für Reproarbeiten und Fotolabor, 2 in der Küche und einer muß putzen.

Obwohl diejenigen, die im Januar mit der Arbeit anfangen, schon feststehen, werden noch Leute gesucht, denen es bei der Arbeit weniger ums Geld geht – ab April 1000 DM netto für alle – und mehr um ein politisches Projekt, mit dem sie sich identifizieren. Sie sollten allerdings Berufserfahrung in Sachen Tageszeitung mitbringen. Leute, die mitarbeiten wollen, sollten so schenll wie möglich mit uns in Kontakt treten. In Gesprä-



chen und bei der Produktion der Nullnummern werden wir sie kennenlernen und dann weitersehen. Viele der TAZler sind nicht zufrieden mit dem Standort Berlin. Berlin ist eine Insel, abgeschnitten von der Bundesrepublik, eine Stadt ohne Hinterland. Für eine basisorientierte Zeitung, besser: für eine Zeitung, an der viele mitarbeiten können und sollen, ist Berlin geographisch ein denkbar ungünstiger Standort. Die Vorteile Berlins liegen vor allem auf finanziellem Gebiet: druch niedrigere Steuern, bessere Kredit- und Abschreibungsmöglichkeiten, die "Berlinzulage" sind die laufenden Kosten in Berlin rund 60 000 DM im Monat niedriger als in Frankfurt (Kalkulationsgrundlage: Startauflage 80 000 Exemplare, davon 36 000 verkauft).

Weil die Finanzen aber bisher auf denkbar wackligen Beinen stehen, werden wir die Zentralredaktion erstmal in Berlin aufbauen. Geplant ist aber, diese so früh wie finanziell möglich nach Frankfurt zu verlegen. Wir hätten dann zwei technisch voll ausgerüstete Redaktionen und könnten in Berlin eine Lokalbeilage heruasgeben. In Berlin werden jetzt Räume gesucht, dann die ersten Maschinen bestellt. 50 000 DM an Kommanditeinlagen stehen uns zur Verfügung, wir brauchen noch Wohnungen für unsere Mitarbeiter, die nach Berlin ziehen. Es ist unglaublich viel zu tun, die Redaktion muß sich ein Archiv aufbauen, mindestens einen Monat vor dem täglichen Erscheinen geht die tägliche Produktion für den Papierkorb los. Natürlich sind wir nach wie vor in finanziellen Sc hwierigkeiten. Die Vorlaufkosten, die im Januar – vor allem in Form von Löhnen – anfallen, sind eingiermaßen gedeckt, aber dann kommt ein großes Loch, das wir nur mit vielen, vielen Spenden stopfen können. Woher kommen diese Spenden? Wir wenden uns in erster Linie an die betuchteren Sympathisanten der TAZ. Wir fordern sie auf, uns mit monatlichen Dauerspenden zu unterstützen. Auch mit 10 oder DM 20 monatlich ist uns ein Stückchen weitergeholfen. Es muß nochmal klar gesagt werden.: die TAZ hat keine Großfinanziers im Hintergrund, sie kann nur mit der Unterstützung ihrer Leser geboren werden. Es gibt viele Möglichkeiten: in München und Berlin beispielsweise fuhren Taxifahrer eine Sonderschicht. Der Erlös ging an die Tageszeitung. Es können Solidaritätsfeste gefeiert werden. Wir selbst werden im Januar und Februar eine Tournee – Veranstaltungen mit Musik und Informationen – auch in die vielen kleineren Städte starten, wo die TAZ noch recht unbekannt ist.

Das andere Bein der Finanzierung sind bekanntlich die Vorausabos. Wir brauchen knapp 15 ooo, unser Ziel ist es, bis zum Start 20 000 zusammenzubekommen. Ein stolzes Ziel, wenn man bedenkt, daß wir Anfang Dezember rund 3000 hatten. Aber wir sind noch optimistisch. Denn aus Gesprächen wissen wir, daß viele Leute die TAZ politisch wichtig und von der Konzeption her richtig finden aber noch abwarten. Diese abwartende Haltung kann die TAZ Kopf und Kragen kosten. Wir verstehen die Zweifel, ob die Zeitung so aussehen wird, wie wir und die Leser sie sich vorstellen. Wir sind selbst oft skeptisch.

DIE NULLNUMMER IST EINE INSEL

Auch von der letzten Nullnummer waren wir recht enttäuscht. Noch ist vieles zu kurz, zu oberflächlich, zu nichtig geraten. Auch das Layout ist stellenweise chaotisch. Vieles liegt an den wahrlich mittelalterlichen Produktionsbedingungen, unter denen wir arbeiten, solange wir uns noch nicht die nötigen Maschinen anschaffen können. Mit zwei Composern brauchen die Setzer alleine inen ganzen Tag, um den Artikelwust zu verarbeiten. Die Redakteure stehn Schlange vor den drei Telefonen, da Artikel aus anderen Städten bisher nur telefonisch übermittelt werden können. Die Layouter stöhnen: die Schlagzeilen und Überschriften müssen Buchstabe für Buchstabe mit der Handabgerubbelt werden (Letraset). Ganz zu schweigen vom Vertrieb. Drei Tage brauchen wir auf diese Weise für eine Nullnummer – und haben deshalb doch nicht mehr Zeit für politische Diskussionen in der Gesamtredaktion. Auch hat sich das Redaktionskollektiv noch lange nicht eingespielt – es beginnt sich überhaupt erst zu bilden. Oft sind wir noch unfähig, Artikel gegeneinander abzuwägen. Es spielen sich regelrechte Schlachten um Zeilen ab.

Dazu: 12 oder 16 Seiten einmal im Monat sind ungeheuer wenig. Viele gute Artikel mußten abgelehnt oder sehr stark gekürzt werden. Enttäuschung sowohl bei uns als auch bei den Schreibenr, die manchmal ihre Artikel nirgendwo anders unterbringen konnten und somit große Hoffnungen auf die TAZ gesetzt hatten. Immerhin sehen viele Leser und Abonnenten diese Schwierigkeiten und haben die nötige Geduld. Schließlich ist es das erste Mal in der bundesrepublikanischen Geschichte, daß sich die nicht parteigebundene Linke eine eigene Tageszeitung schafft. Wir tun, was wir können. Die Entscheidung über die Zukunft der Tageszeitung liegt jetzt in den Händen der Leser das heißt, in euren Händen. Falls das Projekt noch vor dem eigentlichen Stark abstürzen sollte , werden die Vorausabogelder bis den letzten Pfennig zurückgezahlt. Das Schlimmste, was euch passieren kann, ist, daß ihr drei Monate eine schlechte Zeitung bekommt. Nachdem ihr Jahr für Jahr die ach so unabhängigen, objektiven und kritischen Presseerzeugnisse dieses Landes gelesen habt, würden diese drei Monate bestimmt keinen übermäßigen Schaden narichten. Wir hoffen, daß auch diejenigen, deren Unbehagen an der deutschen Bürokratie zur Folge hat , daß sie unfähig sind, eine Zahlkarte oder Überweisung fürs Vorausabo auszufüllen, es noch irgendwie schaffen werden.

DER TAZ–TRAUM: "FANTASTISCH" ODER "FANATISCH"

FRANKFURT
19. Dezember

Vier Thesen

Die Entscheidung, die Zentralredaktion der TAGESZEITUNG nach Berlin zu setzen und mit der Herausgabe am 2. April 79 (nicht 1. April, das ist ein Sonntag) zu starten, hat eine Debatte in der Frankfurter Gruppe (wo sonst noch?) ausgelöst. Im ID 260 wurde sie begonnen.

Von den angekündigten beiden Beiträgen allerdings wurde zunächst nur der eine gebracht, der das Zustandekommen der Entscheidung für Berlin aus Frankfurter Sicht (Jochen) kritisierte. Der andere angekündigte Beitrag, eine Frankfurter Kritik an der 3. Nullnummer, ging zunächst verschütt und wird in diesem ID veröffentlicht. Der zweite Beitrag im ID 260 (Giselas „Wahrheitsfindung") war dort nicht angekündigt, so daß der Vorspann zu diesen beiden Artikeln nicht paßte, also mißverständlich wirkte. Zu jenem Beitrag von Gisela folgt nun eine Stellungnahme (Hannes aus Frankfurt), die die Debatte fortsetzt. Klar ?

1. Die Frankfurter Gruppe ist mehrfach überfordert gewesen. Daß wir das zwar gespürt, aber nicht kollektiv formuliert und verändert haben, sondern nur individuell, hat die Entscheidung gegen Frankfurt bedingt.

ÜBERFORDERT durch den technisch-organisatorischen Aufwand für „Prospekt", Nullnummer 1, Nullnummer 2 und Nullnummer 3. ÜBERFORDERT durch den Anspruch des Gesamtprojekts an „die" Zentrale, die eigenen noch nicht griffig und selbstbewußt formulierten Inhalte gegenüber anderen politischen Ansätzen oder Initiativen vertreten bzw. überhaupt erkennbar machen zu müssen. ÜBERFORDERT durch das Mißtrauen gegen die Zentrale als Zentrale und gegen Frankfurt als Sponti-scene. Und ÜBERFORDERT schließlich durch den Druck, der aus diesem explosiven Gemisch entstanden ist. – Explosiv deshalb: schließlich haben wir ein Jahrlang ganz selbstverständlich a u c h die Drecksarbeit gemacht.

2. Die 3. Nullnummer hat das Faß in Frankfurt zum Überlaufen gebracht. Wegen dem Inhalt. Der Tag der Entscheidung – genau eine Woche danach – mußte deshalb zu einer Kollision zwischen der TAZ-Idee als „fantastischer" Traum bzw. deren Vertretern in Frankfurt und anderswo, und der Realisierung als „fanatischer" Traum (so der beziehungsreiche Druckfehler seit zwei Nullnummern) bzw. deren Vertretern überwiegend in Berlin und einigen in Frankfurt werden. Die Kollision verkam zum bloßen Machtkampf.



Der Eindruck, den diese 3. Nullnummer hier in der Frankfurter Gruppe hervorgerufen hat, machte ein bruchloses Über- oder Eingehen auf die – vorher festgesetzte – Tagesordnung (Entscheidung über Ort und Start) ganz einfach unmöglich. Denn diese Nullnummer hat schlicht nichts mehr mit UNSEREN wie auch immer vagen Vorstallungen vom „Traum" zu tun. Daß vor allem die Leute von uns, die (vor der Entscheidung) auf dem Technikertreffen in Berlin waren, dies vor und während dem Wochenende nicht realisiert haben, macht die Retour-Kutsche zu Giselas Vorwurf der IGNORANZ gegenüber der Panikstimmung der Technikgruppe so leicht. Es scheint wirklich, daß Technik/Finanzen/Organisation blind und borniert machen gegenüber Inhalten. Schematisch ausgedrückt:
„Unsere" Panik: „Mit dieser (Volksblatt-) Tendenz muß endgültig Schluß sein. Wir müssen uns stärker einbringen. So gehts nicht weiter."
„Eure" Panik: „Mit dem Geschwätz muß endlich Schluß sein. Jetzt gehts um Nägel mit Köpfen. Es muß, koste-es-was-es-wolle, weitergehn." – Will sagen: auch auf der Ebene der Panik lohnt es sich zu differenzieren.

3. Die Arbeit der (Berliner) Technikgruppe ist nicht unpolitisch gewesen. Das Mehrheitsvotum für deren Vorschlag – der im übrigen ultimativ und alternativlos auf den Tisch kam (Klaus-Dieter aus Berlin: entweder am 1. April in Berlin oder NIE) – ebensowenig unpolitisch.
Es war eine politische Stellungnahme gegen die inhaltliche Kritik einiger aus Frankfurt an der 3. Nullnummer, diese Kritik unbeantwortet zu lassen. Hier war zum ersten Mal in der Geschichte des Projekts die Möglichkeit, Positionen gemeinsam herauszuarbeiten und festzustellen, ob sie in EINEM Zeitungsprojekt vereinbar sind.
Selbstverständlich hätte nach ausführlicher Diskussion eine ähnliche Entscheidung fallen können. Oder für Frankfurt. Oder eine Spaltung. (Der ID z.B. resultiert aus einer Spaltung zwischen Frankfurt und Berlin!)

4. In den letzten drei Monaten hat im Zeitungsprojekt ein doppelter Prozeß stattgefunden. Über die Stationen 1. Nullnummer (Ende September) – Ulmbach (nationales Treffen) – 2. Nullnummer (Buchmesse) – Ulmbach (Frankfurter Treffen) – Hannover (nationales Treffen) – 3. Nullnummer – Frankfurt (nationales Treffen: Entscheidung am 10. Dezember) – haben sich erstmalig und allmählich inhaltliche Konturen angedeutet bzw. deren Kontroverse (n). Gleichzeitig und unabhängig/getrennt davon hat die Technikgruppe Rahmenbedingungen für die Realisierung erarbeitet.

Die Arbeitsteilung war sicher wichtig und richtig. Sie ist aber recht traditionell in Spaltung und Machtkampf ausgeartet. In der Frankfurter Gruppe reproduziert sich dieser Prozeß zum Teil und, aufgrund unserer bisherigen Rolle, besonders scharf. Seit unserem Ulmbacher Wochenende schien (für mich) die Entwicklung in Frankfurt auch personell klar, mit stillschweigendem Einschluß, daß die Technikgruppe auch „für" Frankfurt arbeitet. Dem war offensichtlich nicht so.

Der Effekt bei uns: zum einen schiere Unversöhnlichkeit aus Betroffenheit, zum anderen eine (vorläufige?) Spaltung: einige einzelkämpferische Macher/Macherinnen – eine Gruppe, die zum ersten Mal, unter dem Druck der Ereignisse sicherlich, nur noch kollektiv weitermachen will.
Letzteres Prinzip sollte die gesamte Gruppe umfassen!

Hannes

DAS KLEINE GESPENST RUFT ALLE WANDMALER

AACHEN
13. DEZEMBER

Das allen aufmerksamen ID-Lesern seit langem bekannte kleine Gespenst aus Aachen hat mal wieder zugeschlagen. Anmerkung der Redaktion: Nur wer eine Wand besitzt, darf sie auch bemalen. Nur wer einen Vermessungsstab auf einer Autobahn sein eigen nennt, darf ihn auch verrücken, nur der, dem ein Plakat gehört, darf dieses auch zerreißen usw. usw. usw.:

An die vielen Wandbemaler, die inzwischen in unseren Städten wüten:

Es ist der Alltag, der uns nervt, die ständige Umgebung von: Schulen, Irrenhäusern, Uni, Spüldiskussionen und der Beziehungsknast. Das Aufrechterhaltenmüssen von Panzermauern. Fassaden über die, wenn wir gegen sie schmierenderweise rebellieren, die grauen Übertünchgespenster huschen. Sie habens nötig, die Wandmalerei zu verbieten: die sich der Institutionalisierung zur Auftragskunst verweigert, da jede echte Kreativität den pestigen stumpfen Alltagsmenschen so fremd geworden ist, das sie Angst macht, oder unverständlich bleibt. Ihren ewigen Faschismus stören wir, die Perversen, die Schwulen, die Kinderverderber, die Orgasmussucher, mit dada tanzen, x-beinig und sehen die Herbst Visionen der Herbstblätter, werden nicht müde. Der Vollmond zieht uns nach draußen in die Nächte der Stadt und wir hinterlassen für sie eine Spur der Zerstörung an ihren Wänden und da sie uns nicht mehr verstehen können, keine Farben mehr sehen, nur noch Sachbeschädigungen. Kartenhäuser von Anschuldigungen errichten sie und zietiieren 70 Jahre alte Paragraphen, daß wir uns im Museum oder in den eigenen vier Wänden austoben sollen. Aber wehe wir öffnen die Haustür, gehen zu der weißen Wand auf der anderen Straßenseite und . . .

Doch wir hören ihr Schnarchen des nachts ringsherum, achten auf Vorzeichen, denn die Mauern bergen mindestens genausoviel Magie wie die Wälder. Leben hat sich im Laufe der Zeit in ihnen eingenistet. Kriecht an den Wänden hoch, die scheinbar ungenutzt und tot vom Spektakel sind. Aber gerade deshalb noch fähig, uns zu fühlen, uns aufzunehmen mit ihrer zerrissenen, vernarbten Haut. Gierig fallen wir aber auch über den sterilen Beton, die abwaschbaren Subways her, für ein paar Stunden strahlen dann auch sie unsere (in ihren Augen perverse) Energie aus.



Dieses Wandbild stammt natürlich auch vom kleinen Gespenst. Wir haben im Archiv noch eines seiner Malereien: „Wir schmieren und sympathisieren". Außerdem gibt es noch eine tolle Mauermalerei, die von Kölner Ökologie-Frauen entdeckt und fotografiert wurde. Mußten wir schieben, weil der Platz... (siehe Seite 1).

Wir sind auf der Flucht vor ihrem moralischen Zwang. Gehen schnell weg, wenn wir entfernte Schritte hören, die Spraydose unter die Lederjacke stecken. In einer Ecke warten, nervöser als Mimosen. Doch kehren wir wieder, wenn sie weg sind und beenden unser teuflisch Werk, hoho

Die Kurzlebigkeit dieser Wütereien brachte uns dazu, sie fotographisch zu konservieren, bevor eines dieser verbeamteten Augen von der Straße aufschaute und mit dem Ordnungsamt telefonierte. So sammelten sich die Negative, die oft ihren eigenen Gesetzen gehorchten, hell oder blaustichig wurden. Ein Buchprojekt kam in den verwirrten Sinn, Artikel, Tagebuchnotizen und Fotos unter den Betten hervorgeholt, Geschichte durchwühlt. Die wir allerdings nicht alleine schreiben wollen (so wie ein Wandbild auch schwer alleine zu malen ist, man braucht mindestens einen zum aufpassen) also kuckt auch mal in euren Kram und schickt uns Kram, Fotos und Texte, um zu vergeleichen, Erfahrungen auszutauschen mit den Bullen, den Hausmeistern, amtlich anerkannten Übermalern und den Scheißrichtern, vielleicht hilft uns auch ein Rechtsanwalt einen „Ratgeber" zusammenzustellen.

Wir wollen den bürgerlichen Aasgeiern zuvorkommen, eine autonom anarchistische Aufforderung zum Kreativsein zusammenzustellen und dann drucken.

Kontakt: das kleine Gespenst c/o Babula, Pontstraße 133 5100 Aachen

"DAS SIND GANZ WILDE VORWÜRFE ..."

FRANKFURT
19. Dezember

Nachfolgender Offener Brief wurde von 130 Gefangenen unterzeichnet. Die Anstaltsleitung hat ihn nicht weitergeleitet:
„Hier in der Frauen JVA Frankfurt häufen sich die Beschwerden über den Frauenarzt Fleigel. Es ist lebensnotwendig für uns, etwas dagegen zu unternehmen, deshalb wollen wir Ihnen konkrete Fälle über die ärztliche Versorgung hier schildern. Zum Teil sind sie auch den Ärzten der Frankfurter Universitätskliniken, hier die dortige Frauenklinik, Stat. 15/4, bekannt.

I. Von Oktober 1977 bis Juni 1978 war R.P. jede Woche zweimal bei Fleigel, weil sie starke Unterleibsschmerzen hatte. Er meinte, es wäre eine Entzündung und verordnete lediglich das Schmerzmedikament Spasmo-Cibalgin. Obwohl ihre Schmerzen nicht besser sondern stärker wurden, hielt Fleigel es nicht für notwendig, sorgfältiger zu untersuchen. Im Juni '78 meldete sich R.P. wegen anderer Beschwerden zum Praktischen Arzt der JVA, Dr. Schönig. Sie erklärte auch diesem Arzt ihre Schmerzen im Unterleib. Beim Abtasten der Bauchdecke stellte er ein Geschwulst fest. Jetzt erst wurde R.P. sofort in die Uni-Klinik überwiesen. In der Uni-Klinik diagnostizierten die Ärzte Geschwulste, von denen eines die Größe einer Orange hatte! Der Arzt in der Uni-Klinik konnte es gar nicht fassen, daß Fleigel nicht in der Lage war, diese Diagnose zu stellen, weil „jeder Laie es hätte feststellen müssen"! Während der ersten Operation konnte R.P. nicht geholfen werden, denn die Geschwulste hatten sich vermehrt und im ganzen Unterleib festgesetzt, weil monatelang nichts dagegen unternommen wurde. Daraufhin war eine Totaloperation notwendig.

II. Bei allen Krebskranken verhält sich Fleigel nicht nur nachlässig und schlampig, sondern ignoriert diese Krankheit bewußt und sadistisch. Es gibt hier im Knast mehrere Fälle von krebskranken Frauen, für die entweder, wie im ersten Fall, die Diagnose viel zu spät gestellt wurde und zwar von den Ärzten der Uni-Klinik, oder Frauen, die vor der Haft schon wegen Krebs operiert wurden und für die — obwohl ärztlich vorgeschrieben — hier im Knast keine Nachbehandlung erfolgte. Als andere Gefangene für eine dermaßen betroffene Frau eine solche Nachbehandlung forderten, stritt Fleigel die Tatsache der Notwendigkeit einer zweiten Operation ab. Diese Operation mußte dann nach ihrer Entlassung durchgeführt werden!

III. Eine Frau ging wegen starkem Ausfluß zu Fleigel und bekam von ihm Neosultrin von Cilag-Chemie verordnet. Nach drei Wochen meldete S.H. sich wieder beim Frauenarzt, sie hatte immer noch Ausfluß und inzwischen juckenden Ausschlag und Pilze oder Flechten dazubekommen. Die Pilze wachsen aus der Scheide, und der Ausschlag breitet sich bis zum After aus. Fleigel untersuchte S.H. und äußerte sich nur zum Ausschlag: „Das ist weiter nicht so schlimm!" Sie mußte ihn daraufhin auf die Pilze aufmerksam machen, Fleigel hatte diese überhaupt nicht gesehen. Seine Untersuchungen beschränkten sich dann nur auf bloßes „Angucken", er machte keinen Abstrich, keine Gewebeprobe und ließ S.H. mit dem Kommentar wieder gehen: „Da kann man jetzt gar nichts dran machen." Die Beschwerden ziehen sich jetzt seit zwei Monaten hin, Fleigel ist inzwischen in Urlaub gefahren, ohne S.H. nochmal zu untersuchen, wie er versprochen hatte. Der Ausschlag und die Pilze breiten sich immer noch aus. S.H. hat unerträglichen Juckreiz und Beschwerden. Dieser Frau wird bis heute nicht geholfen!

IV. Die Vorsorgeuntersuchung für schwangere Frauen findet entweder überhaupt nicht, oder genauso schlampig statt, wie andere ‚Untersuchungen'. Z.B. wurde bei einer Frau, als sie im 1. Monat hiereingeliefert wurde, ein Mutterschaftspaß ausgestellt. Dann erfolgten bis zum 7. Monat keine Kontrollen, keine Blutabnahme, keine Urinprobe, nichts. So wird auch nicht ärztlich festgestellt, was die schwangeren Frauen an zusätzlichen Stoffen brauchen. Ab und zu bekommen sie Kalktabletten, ein Kilo Äpfel in der Woche und Milch. Das physische und psychische Befinden der zukünftigen Mütter ist entsprechend!

V. Nach diesen Beispielen ist es nicht weiter verwunderlich, daß wir von diesem ‚Arzt' auch persönlich sehr entwürdigend behandelt werden. Zur Begrüßung heißt es z.B.: „Kenne ich Ihren Unterleib schon? " Außerdem läßt er uns überhaupt nicht ausreden, weshalb wir zu ihm kommen, sondern würgt uns das Wort ab, mit der Aufforderung: „Hose runter!" Fleigel will immer wissen, weshalb man in Haft ist. Wenn er erfährt, daß jemand wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sitzt, dann ist für ihn die Ursache aller Beschwerden klar: Drogen! Und dann tut er sowieso nichts.

Diese geschilderten Vorfälle sind nur einige Beispiele aus der letzten Zeit, und wir fordern die Ärzte in der Uni-Klinik Gynäkologie, Station 15/4 auf, bei der Ärztekammer dafür zu sorgen, daß dieser Arzt seine Zulassung als Arzt abgesprochen bekommt. Die Ärzte in der Uni-Klinik kennen viele dieser Beispiele aus eigener Erfahrung, weil die Frauen dann auf dieser Station ärztlich versorgt werden mußten.

Wir verstehen nicht, warum diese Ärzte trotz ihrer Kenntnisse über diese Zustände bis jetzt nichts gegen Fleigel unternommen haben. Es nutzt uns gar nichts, wenn sie sich nur gegenüber den Gefangenen und Sozialarbeiterinnen der JVA über die Unfähigkeit dieses ‚Arztes' aufregen! Wir halten es für Ihre ärztliche Pflicht, daraus auch die Konsequenzen zu ziehen!

Wir fordern das Justizministerium auf, Fleigel als Anstaltsarzt sofort zu entlassen und für die notwendige richtige Behandlung durch einen anderen Arzt zu sorgen!

Wir fordern die Presse auf, uns bei der Durchsetzung unserer Forderungen zu helfen, indem Sie diese Tatsachen veröffentlichen!"



Telephongespräch mit Dr. Hans Fleigel, Frankfurt

"Ich bin als Gynäkologe da tätig und was sind Sie? "
"Wir sind eine Presseagentur."
"Presse, ach das haben die dann rausgespielt."

"Da würde ich sehr vorsichtig sein, ich kann Ihnen da keinen Rat geben, aber: von den Unterschriften ist festgestellt worden, daß also 2/3, über 100, mich überhaupt nicht kennen, nun kann ich nur folgendes sagen, ich bin der ältestes Preungesheimer, ich bin seit 30 Jahren dort tätig, nich. Diese Art von Vorwürfen habe ich persönlich noch nicht erlebt. Inzwischen ist die Geschichte auch beantwortet worden."
"Das ist im Grunde genommen eine Sache, die die Frau Pilgrim angeht, nich, also die Frau v o n Pilgrim, die, wie heißt sie denn, die die Direktorin."
"Das sind ganz wilde Vorwürfe, die in keiner Weise stichhaltig sind."

Fleigel hat in einem langen Schreiben schon vor zwei Monaten zu dem Brief Stellung genommen, wie er sagte, diese Stellungnahme könne er aber uns nicht geben.

"Das ist alles Sache der Obrigkeit. Ich persönlich habe ein schönes reines Gewissen ... Ich weiß nicht, ob Sie einer bestimmten Richtung angehören ... politisch, oder was weiß ich. Ich bin persönlich völlig unpolitisch, nich, bin beruflich so ausgelastet."
"Ich würde Sie dringend ersuchen, sich mit der hohen Obrigkeit, das heißt mit der Direktorin in Verbindung zu setzen ... Wenn die da auf meine Mitarbeit verzichten wollen, verzichte ich gerne drauf. Die haben bis heute noch keinen gefunden, der die Arbeit dort übernimmt. Sie können sich nicht vorstellen, was den Ärzten dort .. "

Ja, was den Ärzten dort alles erlaubt ist oder wie?

"Ich kenne den Betrieb dort seit 30 Jahren, nich, und eine derartige Form – dahinter stecken ganz bestimmte Gruppen, das weiß man hundertprozentig - wahrscheinlich politisch orientierte, ich weiß es nicht."

Dann sagte Fleigel noch einmal, daß der Offene Brief der Frauen rausgeschmuggelt worden sei. Also ist er dann wohl nicht von der Anstaltsleitung weitergeleitet worden. Außerdem sei schon längst ein Rechtsanwalt damit beschäftig, welcher wollte er nicht sagen.

"Ich kenn die Leute gar nicht. Die Hauptfiguren, die im Hintergrunde, die kenn ich persönlich nicht, die kennen mich auch nicht!"
"Die Frauen dort? "
"Ja, die das inszeniert haben ... Wir haben nachgewiesen, daß Unterschriften von über hundert Frauen stammen, die mich nie gesehen haben."
"Nun überlegen Sie was Sie machen, .. ich kann mich vor allem vor Weihnachten nicht aufregen und tue es auch nicht, wenden Sie sich doch an die Anstaltsleitung."

Wenn man anfängt, sich von diesen 'offiziellen' Stellen Informationen zu holen, dann kommen solche Sachen raus wie 'von den unterzeichnenden Frauen haben soundsoviele den Dr. Fleigel gar nicht gesehen' und 'Unsere statitischen Zahlen zeigen, daß soundsoviele Frauen dies und jenes gar nicht gemacht haben' und so weiter und so fort. Es wird alles 'widerlegt'.
Selbst wenn nicht alle Frauen beim Fleigel waren (ihr Glück vielleicht) können sie sich doch mit den Forderungen der anderen, die ihn schon erlebt haben, solidarisieren — oder? Wir kennen den Schah persönlich auch nicht, trotzdem gibt es massenhaft Demonstrationen gegen ihn.

ZUM TOD VON HILDE POHL

Hilde Pohl starb am 7. Dezember diesen Jahres im Alter von 56 Jahren. Ihr Tod hinterläßt eine breite Lücke: durch das, was sie in den letzten Jahren tat, ist sie für einen großen Teil der politischen Gefangenen unersetzlich geworden. In den letzten Jahren war ihr Leben von der Sorge um das Leben der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik bestimmt. Das bedeutete, daß sie mehrere Gefangene mit den wichtigsten Mitteln zum Überleben versorgte und darüber hinaus mit allen Mitteln versuchte, die Zustände in den toten Trakts öffentlich zu machen, um damit für die Gefangenen ein Mindesmaß an Schutz zu schaffen.

Helmut Pohl, ihr Sohn, sitzt seit mehreren Jahren in Hamburg in Haft. Wegen Mitgliedschaft in der RAF und wegen Bankraubs wurde er zu mehreren Jahren verurteilt. Von dem Zeitpunkt an, an dem Helmut Pohl in den Untergrund ging und sein Bild auf Fahndungsplakaten und im Fernsehen zu sehen war, blieb in Hilde Pohls Leben nichts mehr so, wie es war. Angefangen damit, daß sich ihre Freunde und Bekannten von ihr abzusondern begannen, hat sie im Laufe der Zeit alle Sanktionen zu spüren bekommen, die jemandem auferlegt werden, der der „Verbindung zu terroristischen Kreisen" bezichtigt wird. Das Klima an ihrer Arbeitsstelle wurde für sie immer unerträglicher, und als sie, schon seit Jahren verwitwet, schließlich in Pension ging, hatten sich alle von ihr abgewandt.

Etwa in dieser Zeit hatte Helmut Pohl seinen ersten Prozeß. Er wurde wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu zweieinhalb Jahren verurteilt, ca. Januar 71 bis Sommer 73. Im Kampf zwischen Stadtguerilla und Staat hatte es bereits die ersten Toten gegeben und einige Mitglieder der RAF saßen schon in Haft. Hilde Pohl begann sich für diese Gefangenen zu interessieren. Die Haftbedingungen waren von Anfang an durch die Maßnahmen der sozialen Abkapselung, der totalen Geräuschisolation gekennzeichnet: Folter durch sensorische Deprivation. Es gab die ersten Hungerstreiks.

Am 4. Februar 1974 wurde Helmut Pohl zum zweiten Mal verhaftet. Zu dieser Zeit hatten die Zustände in den Spezialtrakts ihren ersten Höhepunkt erreicht: am gleichen Tag wurde Astrid Proll aus der Haft entlassen, weil die lange Totalisolation ihren Gesundheitszustand lebensgefährlich ruiniert hatte.

Hilde Pohl fing an, sich für diese Gefangene einzusetzen. Indem sie viele Leute um Spenden bat, ermöglichte sie vielen Gefangenen, sich vieles zu beschaffen, was die Haft erträglicher macht: Tee, Kaffee, Zigaretten, und auch Bücher. Über die Versorgung mit Geld und anderen Dingen, die sie ihnen mit Weihnachts- und Geburtstagspaketen schickte, versuchte sie vor allem, die Abriegelung der Gefangenen von der Außenwelt zu durchbrechen, indem sie sie mit dem versorgte, was sie im Knast am wenigsten erhalten: Informationen. Sie abonnierte ihnen Zeitschriften und machte sich sogar die Arbeit, Radio- und Fernsehsendungen aufzunehmen und abgetippt zu verschicken, Dadurch wurde sie bald mit der Staatsgewalt konfrontiert. Sie war zum Sicherheitsrisiko geworden, zur Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Anstalten, die regelmäßig ihre Briefe „zur Habe" des Adressaten nahmen. Observiert werden und Telefonüberwachung gehörte von nun an zu ihrem Alltag. Die neue Situation,die dadurch für sie entstand, begann sie völlig einzukreisen. Zu der Fülle von Aufgaben, die die Versorgung der Gefangenen an sie stellte und die sie allein kaum bewältigen konnte, kam die ständige Angst um das Leben der Gefangenen, die sie spätestens seit dem Tod von Holger Meins haben mußte. Die Tatsache, daß sich die Linke für einen Gefangenen in der Regel erst nach seinem Tod interessierte,und die wenigen Gruppen, die als Spezialisten für Moral und Politik die Gefangenen zwar in die Diskussion brachten, im übrigen aber zur praktischen Arbeit von Hilde Pohl ein eher ausbeutendes Verhältnis hatten, verstärkte diese Einkreisung nur. Das Zusammenwirken all dessen ist sogar für die schwer nachvollziehbar, die sie näher kennen. Allein der ständige Kampf mit den Justiz- und den Strafvollzugsbehörden ist dabei ein Kapitel für sich. Kein linker Schriftsteller hätte die nötige Phantasie, sich eine derartige Vielfalt kleiner Repressionen auszudenken, die einzeln genommen banal erscheinen mögen, aber in ihrer Gesamtheit einen Menschen sehr wohl zermürben können. Auf diesem Hintergrund kann man verstehen, was es heißt, wenn ein Weihnachtspaket zurückgeschickt wird, weil es ein paar Gramm Übergewicht hat, wenn ein Brief an einen Gefangenen mit dem Stempel „unbekannt verzogen" zurückkommt, oder wenn ein Gefangener in einem der kalten Monate in einen anderen Knast verlegt wurde und dabei einfach seine Winterkleidung verschwand, die er deshalb so dringend braucht, weil er auf seinen regelmäßigen Hofgang so angewiesen ist, wie wir auf unsere Luft zum Atmen. Oft war das Verhalten mancher Genossen nicht gerade angelegt, diesen Zustand zu lindern. Viele riefen einfach an, wenn sie etwas brauchten, auch mal nachts, wenn die weißhaarige Gefangenenmutter das Bild einer Pressekonferenz abrunden sollte.
So lastete das Schicksal der Gefangenen doppelt auf ihren Schultern, doppelt, weil sie mit ihrer Arbeit ein Monopol bildete, weil ihre Tätigkeit zu einer Institution anwuchs, unter deren Last sie kurz über lang zusammenbrechen mußte. Wer sie erlebt hat, weiß, daß Hilde Pohl in einem ständigen Zustand nervlicher Anspannung lebte, der sie oft an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Die Arbeit selbst, aber auch die Ausschließlichkeit, mit der diese Arbeit von ihrem Leben Besitz ergriff, trieb sie oft in eine Panik, vor der manch einer ihrer Bekannter zurückschreckten. Die physische und seelische Belastung, die sich daraus ergab, hat ihrem Leben ein frühes Ende gesetzt.

Wenn sich die Konten füllen, aus denen sie das Notwendigste finanzierte, und wenn sich einige finden, die die Verantwortung für die Versorgung der Gefangenen übernehmen, um die sich Hilde Pohl kümmerte, ist eine Menge erreicht. Zu sagen haben sollte uns ihr Leben mehr. Was bleibt, ist das Signal ihres Engagements, ein Engagement, an das keine politischen Bedingungen geknüpft waren. Ihre Unterstützungsarbeit für die politischen Gefangenen bewegte sich jenseits der Logik von Identifikation mit oder Distanzierung von deren Politik, und war deshalb konsequent. Auf die Verantwortungslosigkeit, mit der die politischen Gefangenen unter Linken als politischer Faktor kalkuliert oder auch verdrängt wurden, gab Hilde Pohl eine Antwort.

HUNGERSTREIK BEENDET:

INFORMATIONEN ZU WOLFGANG GRAMS UND DEN DPA–BESETZERN

FRANKFURT
13. Dezember

Der Frankfurter Anwalt R. Koch hat uns folgende Informationen zur Situation von Wolfgang Grams und den dpa-Besetzern gegeben:

Zu Wolfgang Grams:

Er hat seinen Hungerstreik am 6.11.78 beendet mit folgendem 'Ergebnis'. (Siehe ID Nr. 257). Er befindet sich seit dem 6.11.78 in Frankfurt – Preungesheim im Normalvollzug, d.h. er hat Kontakt (Umschluß) mit anderen Gefangenen, außer mit Gefangenen, die auch wegen 129 a (terroristische Vereinigung) angeklagt sind. Während seines Hungerstreiks war Wolfgang Grams am 24.11. nach Kassel verlegt worden, wo die Zwangsernährung für hungerstreikende Gefangene durchgeführt wird. Die Verlegung nach Kassel ist deshalb unter den Gefangenen gefürchtet. Der Arzt, der dort die Zwangsernährung überwacht, ist der Dr. Degenhardt, der bei Andreas Baader den Wasserentzug während dessen Hunger– und Durststreik angeordnet hat.
Wolfgang Grams Besuchsregelung sieht so aus, daß außer bei Verwandtenbesuchen immer die Trennscheibe benutzt wird.
Der nächste Haftprüfungstermin ist am 21.12., 11.00 Uhr.

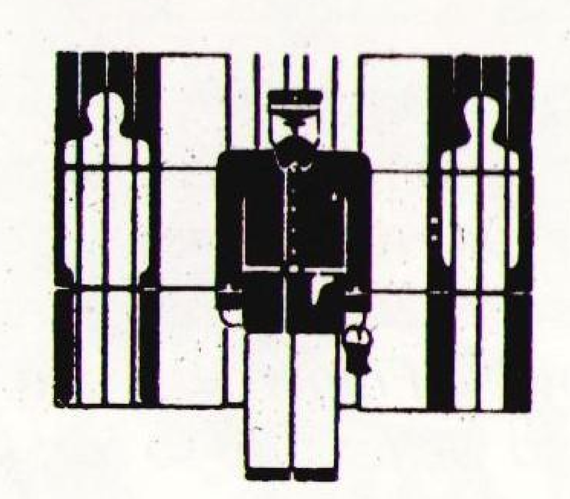
Zu den dpa-Besetzern:

Die 11 Personen, die bei dem Versuch verhaftet wurden, durch Besetzung des dpa-Büros am 6.11.78 eine Veröffentlichung der lebensbedrohenden Haftsituation von Karl Heinz Dellwo und Werner Hoppe zu erreichen (Erklärung der Besetzer im ID Nr. 255) waren am 7.11.78 in den Hungerstreik getreten, um die Aufhebung der Haftbefehle gegen sie zu erreichen und die Verbesserung der Situation von Werner Hoppe und Karl Heinz Dellwo zu erreichen (ID Nr. 256).
Am 24.11. wurden 4 der 11 Hungerstreikenden nach Kassel verlegt; am 24.11. brachen alle den Hungerstreik ab. Ein Ziel des Hungerstreiks sei erreicht, nämlich ihre Forderungen öffentlich zu machen und außerdem wolle er "sich nicht in die Hände des 'Folterschweines' Dr. Degenhardt begeben", des obenerwähnten Arztes, der in Kassel die Zwangsernährung durchführt. Zitat einer Aussage von Wolfgang Beer.

In der nächsten Woche stehen für alle dpa-Besetzer Haftprüfungstermine an. Die Anwälte haben eine gemeinsame Haftprüfung beantragt, was abgelehnt wurde mit der Begründung: 1. ließen Sicherheitsgründe das nicht zu, 2. die Haftgründe müßten bei jedem einzelnen individuell geprüft werden. Diese Aussage läßt die Vermutung zu, daß man wohl einige entlassen, andere womöglich noch in Haft halten will, obwohl doch der Haftgrund für alle die gemeinsame Aktion der dpa-Besetzung war.

Alle männlichen dpa-Besetzer sind mittlerweile im Normalvollzug, die Frauen noch immer in Totalisolation. Schon seit dem 9.11.78 gibt es einen Beschluß des damals zuständigen Ermittlungsrichters Kuhn in Karlsruhe, daß alle 11 Gefangene in den Normalvollzug zu integrieren sind. Bekannt wurde das aber erst am 28.11.78. Im Beschluß steht, daß die einzelnen Gefangenen im Normalvollzug voneinander getrennt zu halten sind und das ist die Begründung dafür, daß die Frauen weiterhin in Isolation sind. Im Gefängnis Frankfurt/M.–Preungesheim könne im Normalvollzug nicht gewährleistet werden, daß die Frauen sich beim Umschluß nicht treffen. Anträge der Anwälte, die Gefangenen zusammenzulegen oder ersatzweise Umschluß im wechselnden Turnus zu gewähren, wurden abgelehnt – vom jetzt zuständigen Frankfurter Ermittlungsrichter. Dadurch wird die selbstherrliche Handlung der Anstaltsleitung trotz/gegen richterlichen Beschluß die gefangenen Frauen zu isolieren nachträglich richterlich abgesegnet!
Die Post der dpa-Besetzer wird zu schätzungsweise 80 % angehalten und zwar schon per Formblatt.

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 490392



Gerd Albartus und Enno Schwall Prozeß:

IM JANUAR WIRDS DAS URTEIL GEBEN !

DÜSSELDORF
19. Dezember

Die beiden wegen eines Brandanschlags auf ein Aachener Kino , in dem der Entebbe-Film lief, angeklagten Gerd Albartus und Enno Schwall sitzen noch immer in Düsseldorf im Knast. Seit zwei Jahren jetzt. Am 19.12.78 hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer, am 2. Januar kommen die Anwälte dran. Wieviel Prozeßtage es noch geben wird, ist noch nicht klar. Geplant sind vorläufig der 2., 3., 4. Januar 79. Der Prozeß findet statt im: Landgericht Düsseldorf, Tannestraße, um 10 Uhr.

Mehr wird (hoffentlich) im nächsten ID stehn. In diesen paßt es nicht mehr rein, bzw. es müßte so kurz sein, daß wir's lassen können.
Wichtig ist: Kommt zum Prozeß !

Der Staatsanwalt fordert: Sieben Jahre und drei Monate für Gerd und acht Jahre für Enno !!!

Zu Gerd Albartus und Enno Schwall steht schon was in den IDs: Nr. 181, 186, 198, 211/12, 213, 214, 221, 242, 240.

Prozeßtermine kann man erfragen bei: **Rechtsanwälte Temming/ Oberwinder u.a., Tel.: 0611 / 59 40 49.**

„DIE SITUATION, IN DER ICH MICH BEFINDE, IST IN DER TAT MIT NICHTS VERGLEICHBAR"

FRANKFURT
23. November

Der Bericht von und über Sylvia Herzinger ist der „NACHTZEITUNG" entnommen, die 50 Pfennige kostet (dazu Porto) und über den ID bestellt werden kann:

sylvia herzinger

wurde am 13.9.78 verhaftet und sitzt seitdem in Untersuchungshaft in Ffm-Preungesheim.

Wir sind Frauen, die sie über Jahre aus verschiedenen Zusammenhängen kennen: als Freundin, als Schwester, wir haben mit ihr gewohnt, mit ihr in Grupen zusammengearbeit. Wir sind über ihre Einknastung und die Umstände, die dazu geführt haben sehr betroffen und wütend.

Wir möchten etwas über Sylvia sagen, etwas über ihre Person vermitteln. Zunächst hatten wir den Versuch gemacht, sie zu beschreiben. Uns sind Worte eingefallen wie: witzig, mutig, reflektiert, warmherzig. Das schien uns zutreffend aber nicht ausreichend. Wir lassen sie deshalb in Ausschnitten aus ihren Briefen für sich selbst sprechen.

Uns ist an einer möglichst breiten Veröffentlichung gelegen, deshalb versuchen wir, unseren Artikel in verschiedenen Zeitungen zu bringen.

"Die Situation in der ich mich befinde (und der anderen Gefangenen in 'strenger Einzelhaft'), ist in der Tat mit nichts vergleichbar, was ich bisher erlebt habe, es ist eine völlig andere Welt. Während ich hier sitze und nach Worten suche, merke ich, daß es etwas gibt, was mich hier drinnen von euch da draußen trennt. Das ist eine schreckliche Erkenntnis. Ich kann mich dir trotz aller Mühe nicht so verständlich machen, daß du meine Erfahrungen hier nachempfinden könntest. Ich hab ja während meiner Arbeit in den Anwaltsbüros viel mit Gefangenen zu tun gehabt, hab sie ja auch besucht. Da hab ich trotz allen Entsetzens über deren Situation nie wirklich erfahren können, wie das ist im Knast. Ich werde den Augenblick, als sich eine Zellentür zum ersten Mal hinter mir geschlossen hat, nie vergessen. Erst mal war's Ungläubigkeit, totales Erstau nen, so ungefähr: die meinen das ja ernst. Diese Tür, die zufällt, der Schlüssel, der sich kreischend im Schloß dreht, das reißt dein bisheriges Leben in einer Sekunde von dir fort. Ich spreche nicht von gesellschaftlicher Freiheit. Ich spreche von Details, von den Dingen, die wir normalerweise gar nicht wahrnehmen, wie z.B. ein Fenster öffnen, sich hinauslehnen, Licht an- und auszuschalten, das Haus zu verlassen oder zu betreten, einen Menschen anzusprechen, dem man zufällig begegnet und so endlos weiter.

Zum Glück habe ich viele meiner Eigenschaften, die ich von draußen kenne, wiederentdeckt. Vor allem meine emotionale Beziehung zu euch da draußen, du glaubst gar nicht, wie wichtig das für mich ist, daß es diese Gefühle gibt, der Liebe, des Vertrauens (oder nenn's Solidarität) und daß diese Gefühle erwi dert werden. Ich denke so oft an euch und manchmal seid ihr mir so nah, daß ich mich zusammennehmen muß, nicht laut mit euch zu reden.

Weißt du, wieviele gemütliche Stunden wir zusammen verquatscht haben? Selbst ein Streit mit dir wär mir jetzt eine Wohltat. Meinst du, wir schaffen es, unsere Beziehung so lebendig zu halten wie früher? Wenn es mit dem Knast nicht so lange dauert, dann hab ich keine Angst, aber wer weiß schon, wie's weitergeht."

"Jetzt ist Samstag und das Wochenende ist da. Da ist es hier blöd, weil nicht los ist, kein Besuch, kein Anwalt, niemand kommt mal mit irgendwas (z.B. Wäschetausch, Einkauf, Duschen u.s.w.) Es ist halt ein 'ruhiges Wochenende', so wie ihr's - zum Glück - nicht kennt. Aber heute Morgen gab's Kuchen und jetzt liegt hier vor mir ein Quadratmeter Apfelkuchen. Ich würde euch gerne zu Kaffe und Kuchen einladen, aber das geht natürlich nicht. Allein macht's halt doch keinen Spaß."

"Liebst . . .

Wenn du wüßtest, was für eine Freude du mir mit deinem Brief gemacht hast! Dank dir tausendmal für die schöne Beschreibung des Spaziergangs und der kleinen Traumstadt, und natürlich für die Karte, ich werd' sie bei mir aufhängen. Du hast mich richtig entführt in den Wald und nach Portugal, du hast es so gut beschrieben, daß ich's richtig selbst erlebt habe. Ich teile auch deine Meinung über den Herbst, ich mag auch die Stürme und den Regen, und wenn dann die Sonne auf die feuchte Welt scheint, dieser Dampf, das ist wunderschön. Ein bißchen krieg' ich auch mit, denn ich habe 1 Stunde Hofgang, aber der Hof besteht aus einer Wiese mit einem Weg, nicht sehr groß, aber ein paar Bäume, Sträucher und Blumen gibt es . . ."

"Am schönsten ist der Hofgang. Ich hab' ihn ganz für mich allein - das wäre wirklich nicht nötig gewesen."

"Wenn ich nur nicht diese grausamen, vergitterten Fenster sehen müßte! Wenn ich dann so im Kreis gehe, die feuchte Erde rieche und die Blätter rauschen höre, dann hab' ich fast schon vergessen, wo ich bin. Meine Phantasie nimmt mich mit, und schon bin ich irgend-



wo im Wald, in den Bergen, am Meer, vielleicht in deinem schönen Städtchen. Ich habe noch nichts vergessen von der Welt draußen. Es ist komisch, ich kann mich sehr schlecht an so Dinge erinnern wie Daten, Ereignisse und andere präzise Dinge. Ich glaube, ich habe ein sinnliches, ein Auge-Nase-Mund-Ohrengedächtnis. Solch ein Gedächtnis und die Phantasie kann man nicht einsperren und das ist für mich ganz gut zum überleben. und deshalb war ich auch mit dir im schönen Städtchen und auf dem Waldspaziergang."

"Weißte, ich hab' den Kopf schon noch oben, und freu mich ganz doll, wenn ihr mich noch weiter (wenn auch brieflich) an eurem Leben teilhaben laßt. Das brauche ich auch ganz nötig. Isolation ist eben nichts für Menschen, das weiß jeder. Ich hab aber schon die Erfahrung gemacht, daß ich hier auch weiterlebe, anders, aber immerhin".

Soweit bekannt soll Sylvia:

1. An einer Brandstifung im Heidelberger Schloß beteiligt gewesen sein.
2. Sprengstoff für einen angeblich geplanten Anschlag auf das argentinische Konsulat München zugeliefert haben.
3. An der Planung eines Anschlags auf ein Zulieferungswerk für Atomkraftwerke beteiligt gewesen sein.

Diese Aussagen machte Hermann Feiling über eine Frau, die den Decknamen Friderike haben soll. Mit weiteren Angaben, die Hermann Feiling zu dieser Person gemacht haben soll (z.B. Wohnort, Automarke, Tätigkeit im Anwaltsbüro) wurde der Computer gefüttert und spuckte - bzw. spukte - Sylvia Herzinger aus.

Hermann Feiling wurde bei der Herstellung eines Sprengkörpers schwer verletzt. Er verlor beide Beine, beide Augäpfel und trug weitere Gesichts- und Kopfverletzungen davon - das ist furchtbar.

Die erste Vernehmung des schwerverletzten H. Feiling soll unmittelbar nach seiner Operation durch BKA-Beamte vorgenommen worden sein. Wir sind über diese unmenschlichen Verhörmethoden erschrocken. Wochenlang waren der Verteidigung weder Vernehmungsprotokolle noch sonstige Aktenteile zugänglich.

Sylvia ist schon in der Studentenbewegung engagiert gewesen. Nach ihrem Lehrerstudium hat sie anderthalb Jahre unterrichtet und nach dem zweiten Examen aus eigenem Entschluß die Lehrtätigkeit aufgegeben.

Danach arbeitete sie mehrere Jahre in zwei Anwaltsbüros. Sie setzte sich engagiert für politische Gefangene ein, hat verschiedentlich Gefangene besucht.

Über dieses Engagement hat sie das Interesse der

Staatsschutzbehörden geweckt und in diesem Zusammenhang erklärte sie sich auch die von ihr längst bemerkte - ihrer Verhaftung vorausgehende - Observation, der sie keine allzugroße Bedeutung beimaß.

Außerdem war sie im Jahre 77 während der Schleyerentführung überprüft worden. Das BKA kannte also ihre Lebensumstände und Lebensgewohnheiten.

Diese Tatsache läßt immerhin den Gedanken zu, daß die Vernehmung Hermann Feilings in eine bestimmte Richtung geführt worden sein kann. Es gibt unterschiedliche Arten zu fragen (z.B.: wohnt diese Person in einer Wohngemeinschaft in Frankfurt? Oder: Wissen Sie etwas darüber, wo diese Person wohnt??

Uns fällt auf:

Wie ist es möglich, daß eine Person, die es für erforderlich hält unter einem Decknahmen aufzutreten, so viele detaillierte Angaben über ihr persönliches Leben macht? Weiterhin: Welches Ausmaß an Hirnrissigkeit muß man Sylvia unterstellen, um glauben zu machen, daß sie trotz aller Erfahrung ihrer langen politischen Geschichte und bei Kenntnis der Tatsache ihrer Observation und Überprüfung, sich einer solchen Gefahr aussetzt - warum sollte sie, würden die ihr gemachten Anschuldigungen zutreffen, seelenruhig in ihrer Wohnung bleiben und ihrer Verhaftung entgegengehen.

Uns geht es nicht nur - und auch in ihrem Sinne - um Sylvia. Sie schreibt: "Man muß sich hier dauernd wehren - nicht gegen die Menschen, sondern daß man von der Maschine Knast nicht überrollt wird. Sie hat eine bürokratische Eigendynamik, die ganz und gar menschenfeindlich ist. Das bedeutet, daß jeder Mensch hier ständig um sein Menschsein kämpfen muß, sei es ein politischer Gefangener oder ein anderer, sei es auch eine Beamtin, die hier arbeitet, denn die Knastmaschine zermalmt alles, was sich nicht wehrt."

Sylvia hat ausdrücklich gesagt, daß ihr auch Briefe und Besuche von Unbekannten erwünscht sind. Besuchsanträge, Briefe, Büchersendungen usw. laufen folgendermaßen:

Sylvia Herzinger
JVA III, Homburgerlandstr. 112
6000 Frankfurt 50
über:
BGH, Ermittlungsrichter II
Herrenstr. 45 a
7500 Karlsruhe 1
(alles auf einem Couvert)

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

Uns gefällt's immer noch gut, wenn ihr Euer Abo für mindestens ein halbes Jahr bezahlt. Wegen der einfacheren Buchhaltung. Das ist aber nicht als Entmutigung für die gemeint, die auf einmal nicht mehr Geld als für ein Vierteljahr löhnen können.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur : Karl F. Kassel
BEIRAT DES ID:
Johannes Beck/Hochschullehrer - Horst Bingel/Schriftsteller - Heiner Boehncke/Hochschullehrer - Dr. Hans Christoph Buch/ Schriftsteller -Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller - Dr. Robert A. Dickler/ Hochschullehrer - Christian Geissler/ Schriftsteller - Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe -Holger Heide/ Hochschullehrer Otto Jägersberg/ Schriftsteller - Yaak Karsunke/ Schriftsteller - Dr. Heinar Kipphardt/ Schriftsteller - Gisbert Lepper/ Hochschullehrer Helga M. Novak/Schriftstellerin - Jürgen Roth/ Schriftsteller - Volker Schlöndorf/ Regisseur - Erwin Sylvanus/ Schriftsteller - Dr. Klaus Wagenbach/ Verleger - Gerhard Zwerenz/ Schriftsteller

ÄRZTLICHE BEHANDLUNG FÜR GÜNTER SONNENBERG GEFORDERT

Berlin 8. Dezember *Günter Sonnenberg befindet sich seit dem 2.12.78 in Strafhaft, außerdem ist er Beschuldigter im Fall Buback. Philipp Heinisch der Rechtsanwalt von Günter Sonnenberg, beantragte in einem Schreiben an die JVA Stuttgart-Stammheim, die Anordnung folgender Maßnahmen seitens der Strafanstalt:*

Das OLG Stuttgart hat im Rahmen seiner noch bestehenden Zuständigkeit die Erstellung eines EEG (Messung der Gehirnströme) und die augenfachärztliche Untersuchung durch Herrn Dr. Schrader angeordnet. Ich gehe davon aus, daß die dringend notwendigen Untersuchungen auch von der Haftanstalt in eigener Zuständigkeit angeordnet bleiben.

Es wird gem. § 56 StVollzG beantragt, Herrn Sonnenberg durch einen Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, und zwar einen Arzt seiner Wahl, untersuchen zu lassen und die von diesem Arzt angeordnete Therapie zu vollziehen. Wie der Haftanstalt aus den für meinen Mandanten angefertigten gerichtlichen Gutachten bekannt ist, stimmen all diese in der therapeutischen Empfehlung überein, meinem Mandanten eine größtmögliche Fremdeinwirkung zu gestatten. Angesichts der Tatsache, daß er gegenwärtig lediglich mit zwei Personen, mit Herrn Haag und mit Herrn Mayer, 90 Minuten am Tag Kontakt haben darf, weist aus, daß von einer umfassenden Fremdanregung auch bei großzügigster Definition dieses Begriffes nicht die Rede sein kann. Da allerdings seit den letzten sozial-therapeutischen Untersuchungen praktisch ein Jahr vergangen ist, ist die ärztliche Bestätigung der Tatsache vonnöten, daß die Therapie der Fremdeinwirkung nach wie vor erforderlich ist. Der unterzeichnete Anwalt hat anläßlich seiner Unterredung mit dem Mandanten am 6.12.78 wiederum feststellen müssen, daß die Aufnahmefähigkeit von Herrn Sonnenberg nur auf wenige Themen begrenzt ist. Insoweit hat sich der geistige Regenerationsprozeß meines Mandanten nicht etwa verbessert, sondern seit den Untersuchungen effektiv verschlechtert.

(Unter Fremdeinwirkung ist, wie auch hier beschrieben, die Aufnahme von Kontakten zu Personen gemeint, die im Falle der therapeutischen Bedeutung, Fremdanregung, über intensive Kommunikation, die geistige Spannkraft und Aufnahmefähigkeit des Therapierten fördern. - ID)

Weitere Forderungen sind: die Entfernung der Trennscheibe, sowie mindestens alle 14 Tage eine Stunde Sprech/Besuchszeit im Rahmen der anstaltsüblichen Möglichkeiten am Fernsehen teilzunehmen. . . Ferner sind Günter Sonnenberg sämtliche im Handel zugänglichen Presseerzeugnisse zugänglich zu machen, so auch die entfernten Artikel aus der Zeitschrift "Spiegel" Nr. 49.

Kontakt: Günter Sonnenberg, JVA Asperger Str. 7, Stuttgart-Stammheim
RA Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin

ERMITTLUNGSAUSSCHUSS ÜBERFÜHRT GROHNDE-RICHTER DER LÜGE

HANNOVER
13. Dezember

Einen weiteren Skandal in der haarsträubenden Chronologie der Grohnde-Prozesse deckte der Ermittlungsausschuß Hannover zum Ende der ersten Prozeß-Serie auf: Der Vorsitzende Richter der 3. Strafkammer, Rienhoff, hat im Januar eine falsche dienstliche Erklärung abgegeben und ist dadurch einem begründeten Befangenheitsantrag der Verteidigung entgangen. Rienhoff war als Vorsitzender an den Urteilen gegen Andreas Hanke, Rüdiger Jörß, Klaus-Werner Hahn und Norbert Iwan beteiligt; aus dem Verfahren gegen Wolfgang Geißler schied er wegen Krankheit aus.

Anlaß für den Skandal war die Veröffentlichung der „Vertraulichen Sicherheitsverfügung" für den Grohnde-Prozeß gegen Jerry Schulz durch den Ermittlungsausschuß im Januar gewesen. In ihr war die Polizeipräsenz im Schwurgerichtssaal, das Kopieren der Personalausweise und die Leibesvisitationen der Zuschauer geregelt.

Da es sich bei dieser Verfügung um einen hektographierten Vordruck handelte, in den Richter Taeglichsbeck lediglich Namen und Aktenzeichen handschriftlich eingetragen hatte, lag die Vermutung nahe, daß es für alle Grohnde-Prozesse, also für vier verschiedene Strafkammern, eine einheitliche Verfügung gab.

Eine solche gemeinsame Verfügung der vier Vorsitzenden wäre nach gängiger Rechtsprechung aber als Verletzung der richterlichen Unabhängigkeit zu werten gewesen und hätte zwangsläufig dazu führen müssen, daß alle vier Vorsitzenden für befangen erklärt würden.

Ein entsprechender Befangenheitsantrag gegen Rienhoff im Prozeß gegen Andreas Hanke wurde am 23.1. jedoch abgelehnt, da Rienhoff diesen Vorwurf bestritten und **dienstlich erklärt hatte, er habe die Verfügung „*frei*" und „*unbeeinflußt von kollegialen und administrativen Organen*" erlassen.**

Seine Richterkollegen verhinderten, daß ihm schon damals eine Lüge nachgewiesen werden konnte:

- Taeglichkeitsbeck, Kobold und Pundt weigerten sich, den Verteidigern Einsicht in die Sicherheitsverfügung zu geben (da das „*den Zweck der Maßnahme gefährden*" würde), und gaben ansonsten nur ausweichende Antworten.
- Taeglichkeitsbeck, dessen Unterschrift die veröffentlichte Verfügung trug, weigerte sich, deren Echtheit zu bestätigen.
- Das Oberlandesgericht Celle bestätigte, daß die Verfügung von den Verteidigern nicht eingesehen werden dürfe.

Damit wäre die Sache vom Tisch gewesen, wenn nicht die Staatsanwaltschaft in ihrer Verfolgungswut ein Ermittungsverfahren „*wegen Verdachts auf Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses*" gegen den Presseverantwortlichen des Ermittlungsausschusses eröffnet hätte, mit dem die „undichte Stelle" im Landgericht aufgespürt werden sollte, durch die die Verfügung an die Öffentlichkeit gelangt war.

Im Rahmen dieses Verfahrens mußte nämlich nun auch Taeglichkeitsbeck eine dienstliche Erklärung abgeben (die allerdings ebensowenig für die Öffentlichkeit bestimmt war). Und siehe da: Taeglichkeitsbeck bestätigte die Echtheit der vom Ermittlungsausschuß veröffentlichten Verfügung und erklärte dienstlich, **es habe vor Beginn der Prozesse eine Beratung zwischen Rienhoff und ihm über die Sicherheitsmaßnahmen stattgefunden, und auf der Grundlage dieser Beratung habe Rienhoff dann die veröffentlichte Sicherheitsverfügung erstellt.**

Also war Rienhoffs dienstliche Erklärung vom 23.1. gelogen! Aber mehr noch: nicht nur Rienhoffs Befangenheit ist damit nachgewiesen. Mittlerweile konnten Verteidiger nämlich auch die Sicherheitsverfügungen der beiden anderen Vorsitzenden, Kobold und Pundt, einsehen. **Bei beiden handelt es sich wieder um den gleichen, von Rienhoff angefertigten Vordruck mit handschriftlich eingesetzten Namen und Aktenzeichen.** Mit anderen Worten: es hat eine unzulässige Absprache zwischen allen Vorsitzenden Richtern stattgefunden, die damit ihre richterliche Unabhängigkeit verletzt haben. Alle elf Urteile in den Grohnde-Urt

abhängigkeit verletzt haben. Alle elf Urteile in den Grohnde-Prozessen in Hannover wurden also unter dem Vorsitz befangener Richter gefällt.

Anfang Dezember hat der Bundesgerichtshof den Revisionsantrag gegen das Urteil gegen Andreas Hanke (zwölf Monate Gefängnis ohne Bewährung) als „offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen — d.h., dieser Antrag wurde gar nicht erst zur Entscheidung angenommen! ...

Diese Ablehnung des Revisionsantrags fügt sich in das Bild der Grohnde-Prozesse: nicht einmal ein nachweisbar befangener, lügender Richter ist ein Grund, diese Verfahren von vorn aufzurollen. Für Andreas heißt das, daß das Urteil jetzt rechtskräftig ist, es gibt keinerlei Rechtsmittel mehr, er wird demnächst die zwölf Monate absitzen müssen!

Kontakt: Ermittlungsausschuß Hannover, Goetz Buchholz, Boedekerstraße 75, 3000 Hannover 1

GROSSER KLÖNSCHNACK ZU GORLEBEN

FRANKFURT/TREBEL
20. Dezember 78

Am 16.12.78 fand in den Trebeler Bauernstuben ein großes Treffen zum Widerstand gegen die Atommüllfabrik in Gorleben statt.

Einen Bericht über den Verlauf des Treffens wird es an dieser Stelle im ID nicht geben. Wir vom ID hätten diesen Bericht selbst schreiben müssen, und würden damit zu Berichterstattern in einer Situation, in der es authentischere Berichter gibt als uns. Diese Berichte müßten notwendigerweise kontrovers ausfallen. Deshalb hatten wir versucht, noch eine Gesprächsrunde vor dem Mikrofon zusammenzukriegen, um so zu einer Darstellung der Positionen zu kommen (obwohl auch das schon eine Auswahl gewesen wäre). Dieses Gespräch hat nicht stattgefunden. Andere Berichte haben wir nicht erhalten.

Also versuchen wir das auszugleichen, indem wir die bisherigen Veröffentlichungen weiter dokumentieren. Außerdem bringen wir einiges von den konkreten Sachen, die auch in Trebel besprochen wurden (oder gezeigt): Waldwache, Video-Film. Und was sonst noch so läuft.

Wir sind daran interessiert, daß eine Diskussion, auch im ID, weitergeht.

WER WEISS SCHON, WAS ZU GORLEBEN LÄUFT?

FRANKFURT/LÜCHOW-DANNENBERG
13. DEZEMBER

Liebe Idee-ler,

Ich will nun nix groß schreiben zu dem, was die „Bewegung" gegen die Probebohrungen unternimmt. Wer weiß das schon?

Die Trebeler Bauernstuben, wo das Treffen der Bürgerinitiativen stattfand.



Aber ich will Euch darauf hinweisen, daß für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, die Freundeskreise der Bürgerinitiative und viele Leute, die an den Aktionstagen teilgenommen haben, damit das dezentrale Widerstandskonzept in eine weitere, direkter gegen die Atomindustrie gerichtete Phase tritt.

Mit den zwei Aktionstagen ist ja schon an mehreren Stellen (Hamburger Elektrizitätswerke, Lurgi Frankfurt) mit symbolischen Blockadeaktionen begonnen worden, vor vielen Einrichtungen der Atomindustrie fanden Mahnwachen und Flugblattaktionen statt. Insgesamt haben an die 40 Orte teilgenommen.

Das sollte gemessen an der Bedrohung durch den Baubeginn in Gorleben an noch viel mehr Stellen geschehen und sollte auch möglichst weitgehend ernsthafte Behinderung des „normalen Arbeitsablaufes sein.

Leider ist dieses Konzept noch viel zu wenig bekannt und noch viel zu wenige haben sich daran beteiligt. Viele hoffen immer noch darauf, langfristig und an ihren Orten nichts tun zu müssen und der Widerstand läuft dann an einem Tag auf einer großen Demo ab. Diese Zentralisierung des Widerstandes von einem selber weg wurde unterstützt durch das sogenannte 3-Phasenkonzept: dezentrale Aktionen – regionale Demos – Großdemo. Viele sahen die dezentralen Aktionen als bloße Aufklärung und Mobilisierung für die regionalen Demos und von dort aus



Die zukünftige Volkshochschule der BI Lüchow-Dannenberg. Das Haus liegt sehr nahe am geplanten Bauplatz der WAA.

möglichst schnell zur Großdemo – und dann . . . ? Demgegenüber existiert aber ein „Aufruf zum Widerstand" seit Juni diesen Jahres, der den Sinn dezentraler Aktionen und ihre Perspektive darstellt und so Ansätze zur Entwicklung von Widerstand inhaltlich begründet (– nicht reine quantitativ-zeitliche Stufenpläne).

Auf der Basis dieses verankerten praktischen Widerstandes könnten dann Demonstrationen ein Ausdruck neuer Stärke und Zusammengehörigkeit sein. Und keine Verlegenheitslösung.

Hinter diesem Konzept steht auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, obwohl dort auch in einsamer Vorstandsentscheidung das 3-Phasenkonzept verabschiedet wurde, allerdings ohne daß seine entmobilisierende Wirkung für die dezentralen Aktionen übersehen wurde.

Zu dieser Fixierung der Diskussion auf das 3-PhasenModell, wobei die erste Phase praktisch übergangen wurde, kam es auch, weil der Aufruf zum Widerstand nicht so breit veröffentlicht wurde. Das war vor allem auch beim ID so und ich möchte euch bitten, das aus aktuellem Anlaß nachzuholen *(Lieber Dieter, als Teil einer Erklärung guck dir mal „In eigener Sache" aus dem ID Nr. 259 an, Karl).* Denn der Aufruf zeigt eigentlich, wie auf den Bohrbeginn reagiert werden kann.

So ein Aufruf reicht natürlich nicht aus, der braucht klare Absprachen, wann Baubeginn ist, und ein bundesweites Alarmnetz. Dazu in Kürze ein Aufruf der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Übrigens ist der 2. Januar 1979 nicht der definitive Baubeginn, da sich die Terminplanung der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) und der Landesregierung verzögert haben. Aber Holzauge sei wachsam ...
21. Dezember Gorleben Gipfel: Regierungsberatung. Ein kleiner organisatorischer Anfang für den dezentralen Widerstand: Plakat für den Baubeginn in Gorleben – überall dann zu kleben. Überschrift des Plakates: Alarm in Gorleben! Bohrbeginn ist Baubeginn der Atommüllfabrik. Darüber ein buntes schönes Bild, das einen Sitzstreik vor einem Baufahrzeug darstellt.

Bezug: nur 50 Stückweise = 30 DM + 5 DM Porto bei Gorleben-Freundeskreis Berlin c/o Chamissoladen Willibald Alexisstr. 15, 1 Berlin 61

Kontakt: Gorleben-Freundeskreis Berlin c/o Dieter Halbach Kaiserdamm 6, 1 Berlin 19, Tel. 030/3212660

AUFRUF ZUM WIDERSTAND

Auszüge aus dem „Aufruf zum Widerstand". Den vollständigen Text gibt es bei allen Gorleben Freundeskreisen, als da sind

Hamburg: Nikolaus Piotek, Heinrich-Hertz-Str. 21, 2 Hamburg 76 / Bremen: Rainer Sommer, Richard-Wagner-Str. 6-8, 28 Bremen 1 / Rhein-Main: Helmut Burdorf, Weidenhäuserstr. 62b, 355 Marburg / Göttingen: Sonja Schreiner, Keplerstr. 32, 34 Göttingen und Berlin.

WIR ERKLÄREN

Da die besondere Gefährlichkeit der Plutoniumfabrik vor keinen regionalen oder nationalen Grenzen haltmacht, und da sie ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Atomstaat ist, erklären wir:

Jeder hat das Recht, seine Betroffenheit ausdrücken zu können, und jeder sollte sich gegen die Anlage wehren!

Dieses Recht führt nur dann zu einer sinnvollen Zusammenarbeit, wenn es die Ortsansässigen nicht übergeht: denn sie müssen mit dem Widerstand leben, wogegen andere nach Aktionen nach Hause fahren können, und von ihnen hängt deshalb der langfristige Erfolg entscheidend ab. Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen, bilden folgende Grundsätze den gemeinsamen Widerstandsrahmen:
Wir müssen unsere Aktionen von klein auf entfalten, sie müssen direkten Verhinderungscharakter annehmen, sie müssen gewaltfrei sein, dezentral und umfassend organisiert werden und dauerhaft aufrechtzuerhalten sein.

WIR RUFEN AUF

Wir rufen auf, bildet schon jetzt überall Aktionsgruppen, und setzt euch mit den Freundeskreisen in Verbindung: damit eine Zusammenarbeit mit den Bewohnern des Landkreises zustandekommt; damit der Plutoniumfabrik und dem fortgesetzten Bau am Atomstaat frühzeitig vorbereitender Widerstand entgegengebracht wird; um unsere Angst vor dem angedrohten großen Polizeiaufgebot zu überwinden und uns in Aktionsgruppen gegenseitige Sicherheit und Vertrauen zu geben.

Wir rufen diese Gruppen zu direkten Aktionen auf: unmittelbare persönliche Behinderungen durch Sitzstreiks und bei Blockaden mit Auto und Trecker sind entschiedener Ausdruck, daß der Ausbau der Atomenergie nur gegen unseren festen Willen durchgesetzt werden kann; diese Behinderungen lassen sich schon von kleinen Gruppen anfangen und können nie endgültig unterbunden werden. Sie bleiben immer unberechenbar und können immer wieder durch neue und mehr Menschen aufgenommen werden. Je mehr Menschen dies tun, desto schwieriger wird die Durchführung und Rechtfertigung der Anlage.

Wir rufen auf, seid hart und unnachgiebig bei Behinderungsaktionen, und laßt uns fest entschlossen sein, uns von unsern Gegnern nicht zu Gewalt gegen Menschen hinreißen zu lassen: unsere Stärke besteht darin, in unseren Handlungen unseren Zielen gerecht zu werden und unsere Sehnsucht nach einer Gesellschaft ohne Gewalt nicht zu verraten; wir wollen keine Schlacht um Gorleben. Jeder sollte es deutlich sehen können, welche Züge der Atomstaat trägt, damit die Betreiber ihre Schlacht um Gorleben letztlich gegen sich selber schlagen. Jede gewaltsame Auseinandersetzung läßt sich auf die Mittel des Gegners ein, und er hätte mit uns ein leichtes Spiel. Wir dürfen nicht nach seinen schon vorbereiteten Plänen handeln, denn in ihnen sind Opfer einkalkuliert, die wir nicht verantworten können.
...

Zweck aller Aktionen ist es, Sand in der Maschinerie des Atomstaates zu werfen. Dies ist überall möglich und notwendig! Gorleben beginnt an Arbeitsplätzen, in Haushalten, überall!

Wir wollen beharrlich wie ein Stehaufmännchen sein. Durch wiederaufnehmbare Aktionen und breitangelegte Boykottkampagnen sollte klar werden: Das Wendland und immer mehr Regionen werden zu Zonen des Ungehorsams und der Verantwortung für unsere Zukunft, in denen das gesundheitsbedrohende und gemeinschaftszersetzende Gift des Atomstaates keine Chance hat.

WIR SCHLAGEN VOR

Zur Vorbereitung:

Dieses Konzept an bundesweiten Aktionstagen auszuprobieren und vorzustellen; überall Aktionsgruppen zu bilden, die in Kontakt mit dem nächstgelegenen Freundeskreis treten und Aktionen der nächsten Phase vorbereiten.

In der Woche der ersten Baumaßnahmen:

Direkte gewaltfreie Aktionen an den jeweiligen Einrichtungen der Atomindustrie in den Heimatregionen; die bis jetzt gebildeten Freundeskreise der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg beginnen die Unterstützung der direkten Aktionen im Landkreis, und über sie sollen andere Gruppen miteinbezogen werden.

Am zweiten Wochenende nach Baubeginn:

Sich breit an den regionalen Protestdemonstrationen zu beteiligen, um den Widerstand an einigen Brennpunkten (Schneller Brüter, AKW, Zwischenlager) zusammenzufassen. Eine regionale Demonstration wird für die Bewohner des Landkreises und der Lüneburger Heide organisiert.

Langfristig:

Zuspitzung der Parallelaktionen mit wachsendem Gewicht z.B. durch Steigerung der Teilnehmerzahlen; Boykottaktionen: Strompreis, Aluminium, Siemensprodukte, Stromspartag pro Woche/Monat, nationaler Hungerstreik; Ausweitung einer gut zu organisierenden und abzusprechenden Unterstützung der direkten Aktionen im Landkreis und des Aufbaus weiterer konstruktiver Alternativen.

VIDEO-FILM ÜBER GORLEBEN

HAMBURG
19. Dezember

Den Video-Film „Probleme des Widerstandes", entstanden im Rahmen des Sommercamps 78 in Gartow, könnt ihr über das **Medienpädagogische Zentrum, Thadenstr. 130 A, 2 Hamburg 50, Tel.: 040 / 43 97 59**, ausleihen.

WALDWACHE IN GORLEBEN

TREBEL
16. Dezember

Die Bürgerinitiative St. Georg schlug auf Treffen der Bürgerinitiativen in den Trebeler Bauernstuben am 16.12.78 vor, ab sofort im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine „Waldwache" zu organisieren.
Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, konnte aber nicht weiter diskutiert werden. Deshalb findet am Samstag, dem 29.12., um 17 Uhr auf dem Platz der geplanten Atommüllfabrik, am Spielplatz, ein weiteres Treffen aller interessierten Gruppen statt. Wer nicht kommen kann, wende sich zwecks weiterer Informationen an die **BI St. Georg, Böckmannstr. 55, 2 Hamburg, Tel.: 040/247 690.**

Wir rufen alle AKW-Gegner auf, gemeinsam das Gebiet der geplanten Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie zu bewachen !

Die WALDWACHE soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

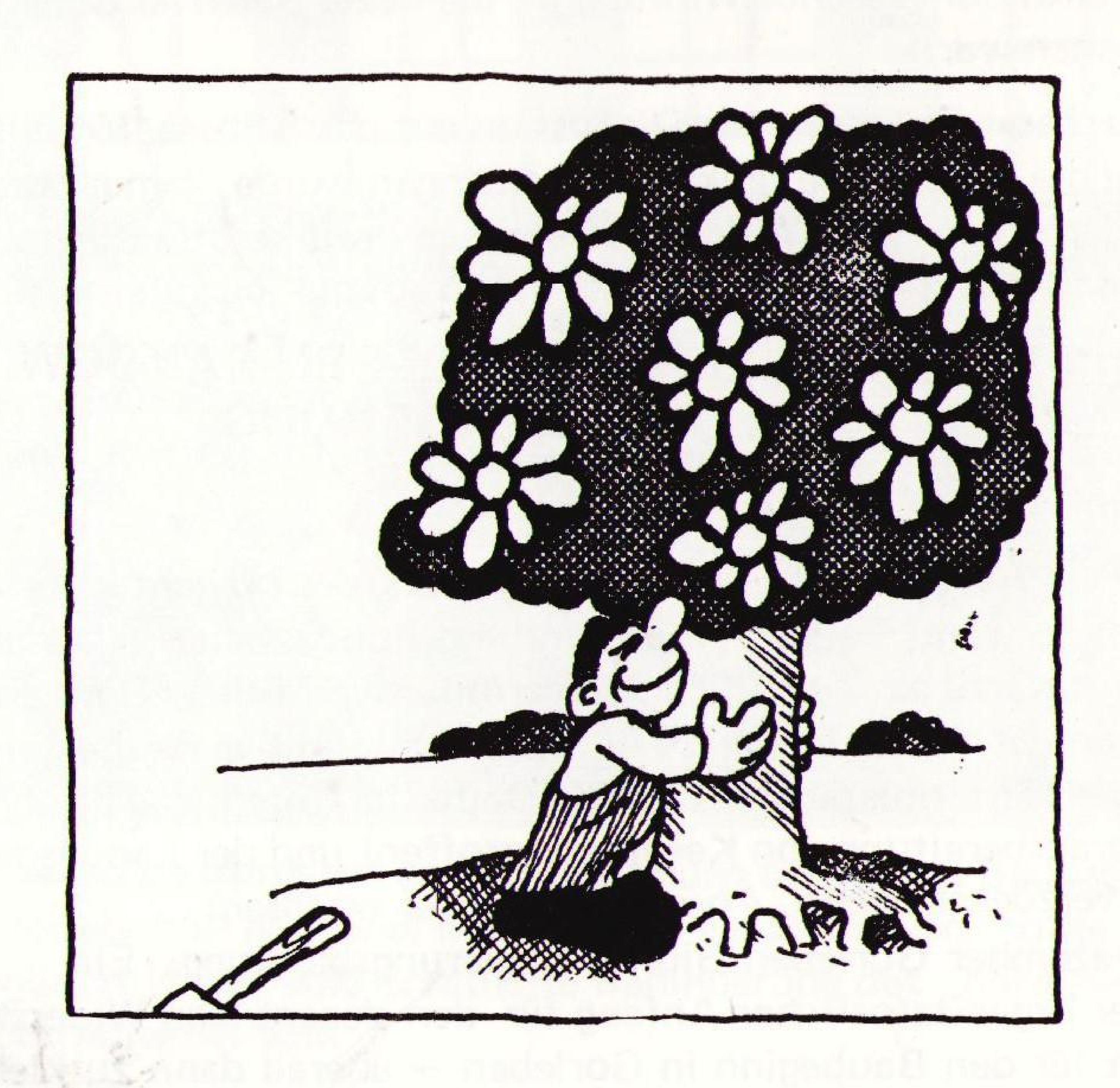
1. Die ständige Anwesenheit und Betroffenheit der AKW-Gegner aus den benachbarten Städten gegenüber der Landbevölkerung zu demonstrieren;
2. die Bauvorbereitungen zu beobachten und weiter über einen Alarmplan zu verbreiten;
3. die AKW-Gegner in den Städten zu Aktionen zu mobilisieren;
4. Berichte für die Öffentlichkeitsarbeit zu geben.

Begründung des Aufrufs der BI St. Georg:

Wir hoffen, daß wir mit dem Aufruf die lange Diskussion über den Widerstand gegen die WAA Gorleben in Aktionen ummünzen können. Die „Waldwache" soll eine Maßnahme sein, die unsere Bereitschaft, Widerstand gegen den Bau der WAA zu leisten, gerade für die ansässige Bevölkerung, deutlich macht. Der Ansatzpunkt der Aktion „Waldschutz" stellt für die Bevölkerung etwas Positives dar. Wir nutzen damit den schwachen Punkt im DWK-Plan (Abholzen von 40 000 Quadratmetern Baumbestand), selbst die DWK erwartet aufgrunddessen Mißfallen der Bevölkerung.

Wir meinen, die „Waldwache" ist eine Aktion, an der sich alle Teile der Anti-AKW-Bewegung beteiligen können — und sollten. Die Wache bedeutet keine Entscheidung für eine bestimmte Widerstandsform. Für alle, ob sie nun gewaltfrei oder militant sind, sich für zentrale oder dezentrale Aktionen einsetzen, kann diese Wache von Nutzen sein. Durch die Waldwache kann die Informationsarbeit für auswärtige AKW-Gegner verbessert werden. Die DWK hat den Landkreis u.a. ausgesucht, weil er dünn besiedelt ist, sie hoffte dadurch ungestörter arbeiten zu können. Diese Hoffnung sollten wir gemeinsam zerstören!

Die Einschätzung der Möglichkeiten des praktischen Widerstands durch auswärtige AKW-Gegner kann durch die Informationen der Waldwache verbessert werden. Die kontinuierliche Waldwache, zusammengesetzt aus Menschen aus verschiedenen Gegenden, fördert das Kennenlernen und die Zusammenarbeit vieler Atomkraftgegner. Diese Aktion ist eine Fortsetzung der begonnenen Arbeiten am BI-Gelände. Nach der Wiederaufforstung folgt jetzt der Schutz der noch vorhandenen Bäume. Das entspricht der Parole „Gorleben soll leben". Die Kontakte mit der ansässigen Bevölkerung können weiter aufrechterhalten und ausgebaut werden.



BUNDESKONFERENZ–VORBEREITUNGEN IN BRAUNSCHWEIG

BRAUNSCHWEIG
4. Dezember 78

Der Arbeitskreis gegen Atomenergie in Braunschweig hat uns folgenden Aufruf zugeschickt:

„Am 2.12.78 fand in Hildesheim das erste Vorbereitungstreffen für ein bundesweites Arbeitstreffen (siehe ID 255) statt. Anwesend waren elf Initiativen aus dem norddeutschen Raum.
Es wurde beschlossen, das Treffen am **10. und 11.2.1979 in Braunschweig** durchzuführen. Während des Treffens sollen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen (Vorschläge bitte an die Kontaktadresse) stattfinden, die ihre Arbeitsergebnisse auf einem Abschlußplenum am Sonntag zusammentragen. Es sind alle Gruppen und Initiativen der Anti-AKW-Bewegung eingeladen, daran teilzunehmen.

Die Initiative zu diesem Treffen wurde auf der Regionalkonferenz Ende Oktober in Göttingen ergriffen und am 14.11.78 auf dem Freudes

dem Freundeskreistreffen in Gorleben (Trebeler Bauernstuben) mit den Freundeskreisen abgesprochen. Die BI Lüchow-Dannenberg war bei dieser Besprechung auch anwesend. Auf der Vorbereitungssitzung am 2.12. in Hildesheim wurden vorläufige Arbeitsgruppenvorschläge erarbeitet, die noch weiter diskutiert werden müssen. Wer Interesse an Informationen hat, wende sich bitte an:
Peter Reichelt, Humboldtstr. 21, 33 Braunschweig. *Dort gibt es auch ein ausführliches Einladungsflugblatt.*

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieses Treffens wollen wir alle Bürgerinitiativen bitten, uns für die Durchführung dieses Treffens mit einer Spende zu unterstützen, da wir die Kosten für eine vernünftige Vorbereitung nicht alleine tragen können. Eventuelle Überschüsse werden für die Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung verwendet; das Abschlußplenum der Bundeskonferenz wird über die Verwendung der Gelder beschließen. Spendenkon-

to: Deutsche Bank Braunschweig, Peter Garuschewski, Sonderkonto AK gegen Atom Nr. 02/183050 1, Stichwort: Arbeitstreffen."

Ein ganz wichtiger Punkt des Braunschweiger Treffens wird das Thema Gorleben sein. Es wird um das konkrete Verhalten der BI Lüchow-Dannenberg einerseits und der auswärtigen Bürgerinitiativen andererseits bei Bau-/Bohrbeginn gehen. Die BI Lüchow-Dannenberg hat erklärt, daß für sie die Verlegung von Polizeitruppen in den Landkreis der Anlaß für weitere Widerstandsaktionen sein wird.

Der BBU plant ein ähnliches Treffen in Frankfurt eine Woche vorher. Zur Zeit laufen Gespräche der beiden Gruppen mit dem Ziel, ein gemeinsames Treffen in Braunschweig zu organisieren. Hoffentlich klappt es!

„DER SALZSTOCK VON GORLEBEN-RAMBOW IST FÜR DIE EINLAGERUNG NICHT GEEIGNET"

HAMBURG/GORLEBEN
12. Dezember 78

„Liebe ID-Menschen, nachstehendes Interview lief gestern zweimal im NDR-Hörfunkprogramm. Nachdem ich beim ersten Mal keine Gelegenheit hatte, warf ich beim zweiten Mal mein Tonbandgerät an, so daß der Text eine wörtlich genaue Abschrift ist.

Norddeutscher Rundfunk, 2. Programm, Sendung „Berichte von heute" um 23.33 Uhr

„Der folgende Beitrag gehört zum Themenbereich 'Kernenergie', es geht um die Einlagerung von radioaktiven Abfällen und dafür ist ja der Salzstock von Gorleben im Kreis Lüchow-Dannenberg vorgesehen.

Der Hamburger Geographieprofessor Eckhard Grimmel hat heute eine Forschungsarbeit veröffentlicht, in der er feststellt, daß dieser Salzstock für die Einlagerung nicht geeignet sei, weil er die vom Bundesforschungsministerium aufgestellten Anforderungen nicht erfülle.

Obwohl Grimmel diese Untersuchung ohne Auftrag und aus eigener Initiative heraus gemacht hat, können seine Ergebnisse den Entscheidungsprozeß beeinflußen, denn die Grundsatzentscheidung wird ja erst in der ersten Hälfte des kommenden Jahres fallen. Bisher haben das Land Niedersachsen und die Bundesregierung nur eine vorläufige Standortentscheidung getroffen, denn Niedersachsen will noch wissenschaftliche Gutachten einholen, mit denen die absolute Ungefährlichkeit der Wiederaufbereitungsanlage und Endlagerstätte belegt werden soll.

Auch in Bonn wurde heute auf Anfrage darauf hingewiesen, daß das Entsorgungskonzept der Bundesregierung eine genaue und sorgfältige Prüfung von Gorleben hinsichtlich Stabilität und Qualität des Salzes vorsehe und daß es bisher nur allgemeine Untersuchungen über die generelle Eignung von Salzstätten zur Einlagerung von Atommüll gebe.

Die Hamburger Universität hat heute übrigens auf Anfrage mitgeteilt, daß Professor Grimmel als seriöser Wissenschaftler gelte, daß er eine Forschungsarbeit und kein Gutachten über Gorleben erarbeitet habe und daß er keiner politischen Ecke zuzuordnen sei.

NDR: Worauf stützt sich Ihre These?

Grimmel: Nachdem die niedersächsische Landesregierung im Februar vergangenen Jahres die vorläufige Lagerstätte Gorleben bekanntgegeben hat, habe ich mich speziell mit dieser Region beschäftigt und bin aufgrund von Geländeuntersuchungen und Literaturrecherchen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Salzstock in einer tektonisch mobilen Zone liegt, d.h. in einer Zone, in der Erdkrustenbewegungen sich in jüngster erdgeschichtlicher Vergangenheit abgespielt haben, und auch gegenwärtig noch weiterhin abspielen, so daß der innere Zusammenhalt des Salzstocks auf Dauer nicht gewährleistet ist.

NDR: Es sind ja mehrere Salzstöcke. Sie warnen davor, den jetzt ausgesuchten bzw. ins Auge gefaßten Salzstock isoliert zu betrachten. Warum?

G.: Ja, es ist immer die Rede von dem Salzstock Gorleben, man müßte präzise sagen: Gorleben-Rambow, denn der Salzstock erstreckt sich unter der Elbe hindurch in das mecklenburgische Gebiet hinein und gerade an diesem Mecklenburgischen Teil des Salzstocks kann man beträchtliche Veränderungen feststellen, die sich in der jüngsten erdgeschichtlichen Vergangenheit abgespielt haben und auch in der Gegenwart.
Dort hat man durch Präsisionsnivellements, d.h. durch exakte Höhenvermessung, festgestellt, daß Vertikalverschiebungsbeträge in Millimetergrößenordnung pro Jahr sich abspielen und man muß damit rechnen, daß diese Bewegungen auf Dauer gesehen einen Unsicherheitsfaktor darstellen, der die Stabilität des Salzstocks gefährdet. Und daß man mit Zerrungsbewegungen rechnen muß, ist ein weiteres gewichtiges Argument, diesen Salzstock nicht zu nehmen, denn Zerrungsbewegungen haben den negativen Einfluß auf das Steinsalz, daß dessen Plastizität, die bei Druck gewährleistet ist, nicht mehr aufrechterhalten werden kann, wenn Zerrungen eintreten und damit Grundwassereinbrüche in künstlich hergestellte Kavernen (abgeschlossene Hohlräume in den Bergen, ID) *auftreten können.*

NDR: Rechnen Sie auch mit Erdbeben?

G.: Erdbeben sind nicht mit Sicherheit auszuschließen, die Region muß sogar als relativ erdbebengefährdet – im Rahmen der Verhältnisse des norddeutschen Flachlandes natürlich – bezeichnet werden... (das letzte in diesem Raum war im 15. Jahrhundert, das letzte Erdbeben in Norddeutschland allerding 1976!, ID)

NDR: Sie stützen sich vornehmlich auf Literatur in Ihrem Gutachten. Reicht das aus, hätten Sie nicht Probebohrungen durchführen müssen, wie sie ja geplant sind?

G.: Es ist richtig, daß ich mich auf Literatur in erster Linie stütze, und zwar auf Veröffentlichungen, die in den fünfziger und sechziger Jahren in der DDR herausgekommen sind, und Probebohrungen wären in einer zweiten Phase der Untersuchung nötig gewesen, wenn diese erste Phase der Untersuchung positiv verlaufen wäre, nämlich, wenn man festgestellt hätte, daß die tektonischen Voraussetzungen geeignet sind. Da dieses aber nicht der Fall ist, erübrigen sich im Grunde Probebohrungen.

NDR: Nun hat man sich ja in Hannover sicherlich etwas dabei gedacht, ausgerechnet dieses Salzstock bei Gorleben vorzuschlagen. Können Sie sich erklären, wie man auf diesen Salzstock gekommen ist?

G.: Nein, das kann ich mir nicht erklären. Aufgrund meiner eigenen Geländebefunde und der Auswertung der vorhandenen Daten in der Literatur habe ich keine Erklärung dafür, warum man diesen Salzstock benannt hat.

NDR: Abschlußfrage: Wer hat Ihnen den Auftrag zu diesem Gutachten erteilt?

G.: Niemand. Ich habe mich mit dem Salzstock bzw. der Region Gorleben beschäftigt, nachdem dieser Standort im Februar letzten Jahres benannt worden war.

NDR: Gehören Sie einer Bürgerinitiative an oder sind Sie unabhängig?

G.: Ich bin unabhängig.

Das Gutachten wurde veröffentlicht vom: **Institut für Geographie, Universität Hamburg, Bundesstr. 55, 2000 Hamburg 13.**



DUELL AM PAZIFIK

SAN LUIS OBISPO/KALIFORNIEN
August 1978

Über eine gewaltfreie Aktion gegen das im Bau befindliche Atomkraftwerk im Diablo Canyon bei San Luis Obispo in Kalifornien, USA, berichtet uns ein deutscher Teilnehmer. Das AKW Diablo Canyon befindet sich nur etwa drei Kilometer von einer aktiven Erdbebenspalte entfernt. Die Protestaktionen im August 1978 wurden von der „Abalone Alliance" organisiert, unter der Voraussetzung, daß die Demonstranten keine Gewalt, auch nicht gegen Sachen, anwenden und sich vorher einem Training unterziehen.

„Es ist halb fünf morgens. Vom Pazifik weht eine frische Brise. Durch Dunkelheit und Frühnebel marschieren wir zu Fuß Richtung AKW-Gelände. Ich fühl mich noch ein bißchen gerädert. Zum Schlafen bin ich an dem steinigen, stark abschüssigen Hang, der uns als Campingplatz diente, nicht groß gekommen.... Unwillkürlich muß ich an Brokdorf denken, an die Abfahrt abends, die Busfahrt durch die Nacht, an die unwirkliche Atmosphäre auf dem Heilig-Geist-Feld in Hamburg, von wo aus sich die Auto- und Buskolonne ebenfalls im Morgengrauen in Bewegung setzte. Und doch ist es dieses Mal ganz anders. Neben mir laufen Fran und Lea, beide in den Sechzigern, Mütter von Frauen meiner Generation. Fran's Gesicht ist voller Falten, und Lea's Haare sind grau, ihre Augen jedoch verraten Lebendigkeit und Energie. Fran macht sich ein bißchen Sorgen um ihre neunzigjährige Mutter, die sie ungern so lange verlassen wollte. Ihr Mann kümmert sich jetzt um sie. Lea, pensionierte Lehrerin, ist ungebundener, sie lebt mit ihrer Tochter zusammen...

Außer Lea und Fran gehören zu unserer Gruppe noch Bill, ein naturverbundener, drahtiger Biologiedozent zwischen fünfzig und sechzig, Juliana, Mutter einer zweijährigen Tochter und Sozialhilfeempfängerin, Alice und Liz, die schwanger ist, beides Lehrerinnen, Luis, Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied, der sich extra eine Woche Urlaub genommen hat, Jane, Carol, Eric, Glen, John und James, die irgendeinen Job haben oder noch studieren; alle zwischen zwanzig und dreißig.

Was wird uns am Haupttor des AKW-Geländes erwarten? Kommen wir überhaupt bis dorthin? Wie werden die mehr als tausend Arbeiter auf uns reagieren, wenn wir ihnen mit unseren Körpern die Zufahrt versperren? Wie wird uns die lokale Polizei, wie die Spezialeinheit behandeln? Wielange wird man uns gefangenhalten? – Niemand hat Angst, aber die Ungewißheit ist belastend. Für die meisten unserer Gruppe ist es die erste Protestaktion überhaupt, und fast für alle wird es die erste Verhaftung und der erste Knastaufenthalt werden. Das war allen klar, als sie sich schließlich für die Teilnahme an diesen Aktionen entschieden.

Kennengelernt haben wir uns beim Training im „Resource Center for Nonviolence" (Zentrum für Gewaltlosigkeit) in Santa Cruz vor gut zwei Wochen. Der Besuch eines solchen Trainings war Pflicht für alle, die sich an den gewaltfreien direkten Aktionen gegen das „Diablo Canyon AKW" beteiligen wollten. Die lokalen kalifornischen Umweltgruppen, die die „Abalone Alliance" bildeten, hatten in ihren Städten mehrere Trainings mit jeweils circa fünfzehn Personen durchgeführt. Insgesamt hatten etwa 600 Personen ein Training mitgemacht...

Unser Training hat einen ganzen Samstag in Anspruch genommen. Als ich zum ersten Mal davon gehört hatte, konnte ich mir wenig darunter vorstellen. Vor Brokdorf, und später auch vor Grohnde, hatte es in der letzten Woche bald jeden

Abend eine Veranstaltung gegeben, mal mit 200 mal mit 1000 Leuten, aber ein Training ? ...

Am Vormittag erhielten wir alle wichtigen Hintergrund-Informationen über das AKW, den bisherigen Widerstand gegen das AKW durch die örtliche Bevölkerung, die Planung der gesetzwidrigen Protestaktionen und die rechtlichen Konsequenzen. Unser gesamtes Handeln sollte vom Prinzip der Gewaltlosigkeit geleitet sein; alle kollektiven Entscheidungen sollten auf Konsens beruhen. Bezugsgruppen von zehn bis fünfzehn Personen, die während der Aktionen (aber auch davor und danach) innerhalb des von allen beschlossenen Rahmens autonom handeln können, sollten die verbindliche Organisationsform sein. Wir hatten natürlich eine Menge Fragen. Jetzt machte es sich bezahlt, daß wir nicht viele Leute waren, alle kamen zu Wort....

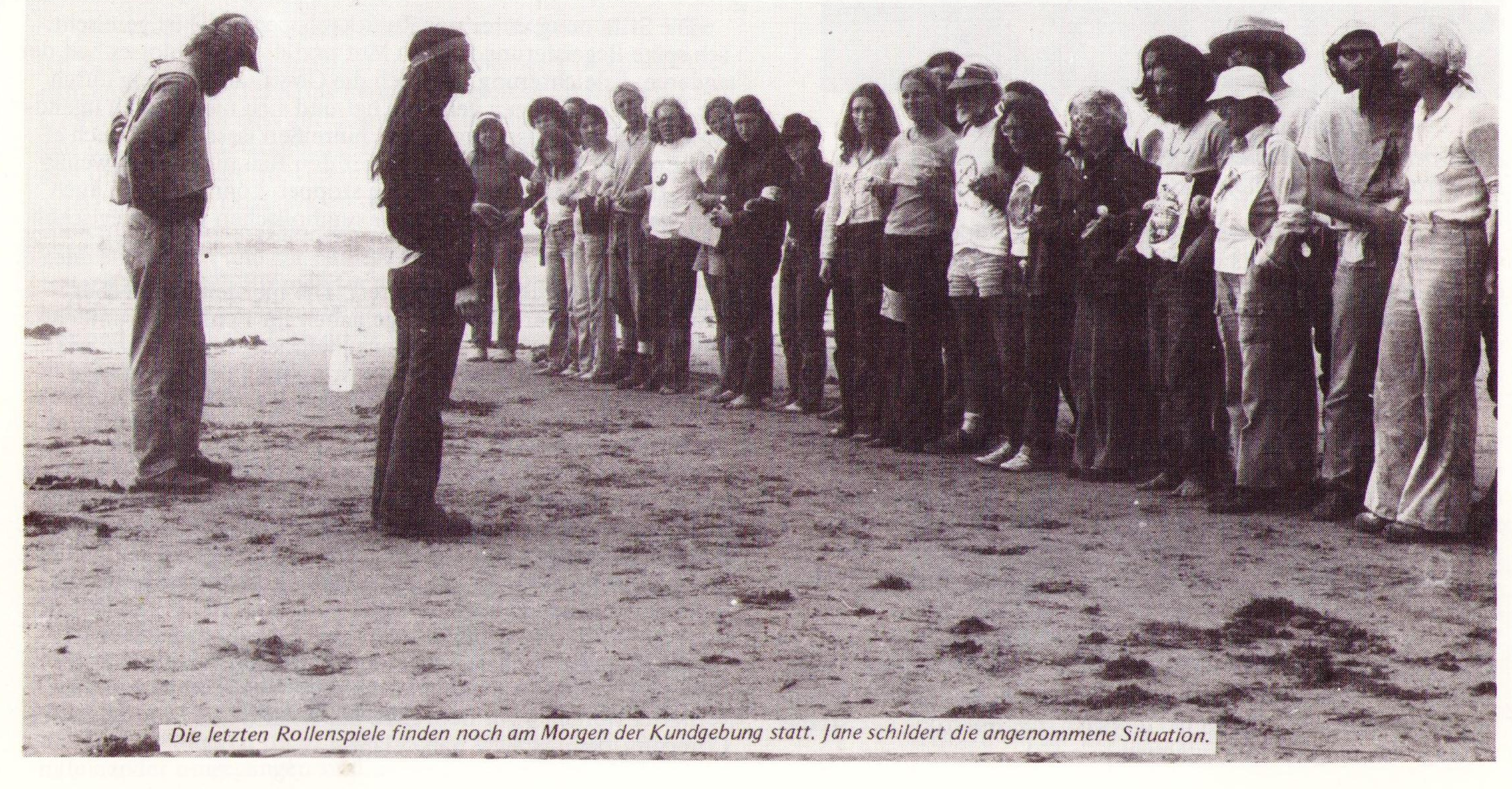
Nach dem gemeinsamen Lunch sollte deutlich werden, warum die Bezeichnung „Training" zu Recht gewählt worden war. Auf dem Programm standen Rollenspiele: Jane, die Trainerin, beschrieb eine angenommene Situation, die unsere Gruppe während unserer Aktion zu einer Entscheidung zwingt. Beispiel: Während unseres sit-ins auf der Straße erhalten wir die Information, daß wütende Arbeiter in spätestens zehn Minuten auftauchen werden. Wir müssen handeln. Aber wie?
Wir verteilen die verschiedenen Rollen – Demonstranten, Arbeiter, Polizisten – und dann läuft die Uhr. Ich gehöre zu den 'Demonstranten'. – Sollen wir die Arbeiter widerstandslos durchlassen, um unnötige Gewalt zu vermeiden? Ist dann nicht die ganze Aktion gescheitert? Haben wir das Recht, arbeitswillige Arbeiter von der Arbeit abzuhalten und sie eventuell um einen Tagesverdienst zu bringen? Was für ein Verhältnis haben wir überhaupt zu den Arbeitern? Carol schlägt vor, den Arbeitern unsere Absichten und Ziele zu erklären. Aber ist das jetzt der richtige Augenblick dazu? – Da schaut James auf die Uhr. Acht Minuten sind vergangen und kein Vorschlag da, was wir denn nun tun können.... Sollen Entscheidungen unter Zeitdruck wirklich von der ganzen Gruppe getragen werden, muß noch ordentlich geübt werden: Wir müssen grundsätzliche Fragen vorher klären und trainieren, uns im entscheidenden Augenblick auf das Wesentliche zu konzentrieren.

An diesem Samstag machten wir den ersten Schritt in diese Richtung. In den folgenden zwei Wochen lief dann die Vorbereitung auf Hochtouren. Zunächst beschlossen wir, als Bezugsgruppe zusammenzubleiben. Wir suchten nach einem Namen für unsere Gruppe und verteilten, wie jede andere Gruppe, bestimmte Funktionen: Jane, Glen und Jim werden 'Gruppensprecher' (Kontaktpersonen zu den anderen Bezugsgruppen), Lea wird Erste-Hilfe-Person, Fran wird 'peace-keeper' (*Ruhighalterin? !*). Sie soll eingreifen, wenn jemand durchdreht oder als Provokateur auftritt. Eric wird 'media-person'. Er soll gegebenenfalls die Presse unterrichten. Alice, John und ich sind 'Unterstützer'. Wir sollen bewußt keine Verhaftung riskieren, um die Aufgaben wahrzunehmen, die nach der Verhaftung der anderen anfallen: gemeinsam mit den 'Unterstützern' der anderen Gruppen die Rechtshilfe organisieren, Kontakt zwischen Knast und draußen herstellen, die Kinder der Verhafteten versorgen und alles Notwendige für die Verhafteten erledigen, solange diese in Haft sind.
...

Endlich war es soweit. Am 4. August, vor drei Tagen also, sind wir nach San Luis Obispo gefahren. Nachmittags haben wir noch Flugblätter in der Stadt verteilt oder andere organisatorische Aufgaben übernommen. Am folgenden Tag dann bei herrlichem Sonnenschein Versammlung aller 48 Bezugsgruppen von mittags bis zum gemeinsamen Picknick. Die Diskussionen sind streckenweise anstrengend. Bei grundsätzlicheren Fragen lösen wir uns jedesmal auf und setzen uns in unseren Bezugsgruppen zusammen... Argumente werden solange ausgetauscht, bis auch der letzte Einwand ausgeräumt ist und die Entscheidung von allen akzeptiert wird. Ich habe nicht eine (!) Mehrheitsentscheidung über eine Minderheit erlebt. Als wir abends zu unserem 'Campingplatz' fahren, bin ich unheimlich gut drauf.

Am 33. Jahrestag von Hiroshima wurde es dann ernst. Vormittags bauen am Strand die einzelnen Umweltgruppen, die mit der Erzeugung von Sonnen- und Windenergie experimentieren, ihre Modelle auf. Da schließt die eine Gruppe einen tragbaren Fernseher an Sonnenkollektoren an; ein paar Meter weiter bringt jemand einen dicken Holzscheit über einem großen Hohlspiegel zum Brennen. Eine Bühne wird gezimmert, Kabel gelegt und eine Lautsprecheranlage installiert. Nachmittags findet hier eine fünfstündige Kundgebung mit mehreren Rednern, Musik- und Theatergruppen statt, zu der 5000 AKW-Gegner kommen. Nur fünfzig Meter weiter werden zum letztenmal Rollenspiele gespielt.

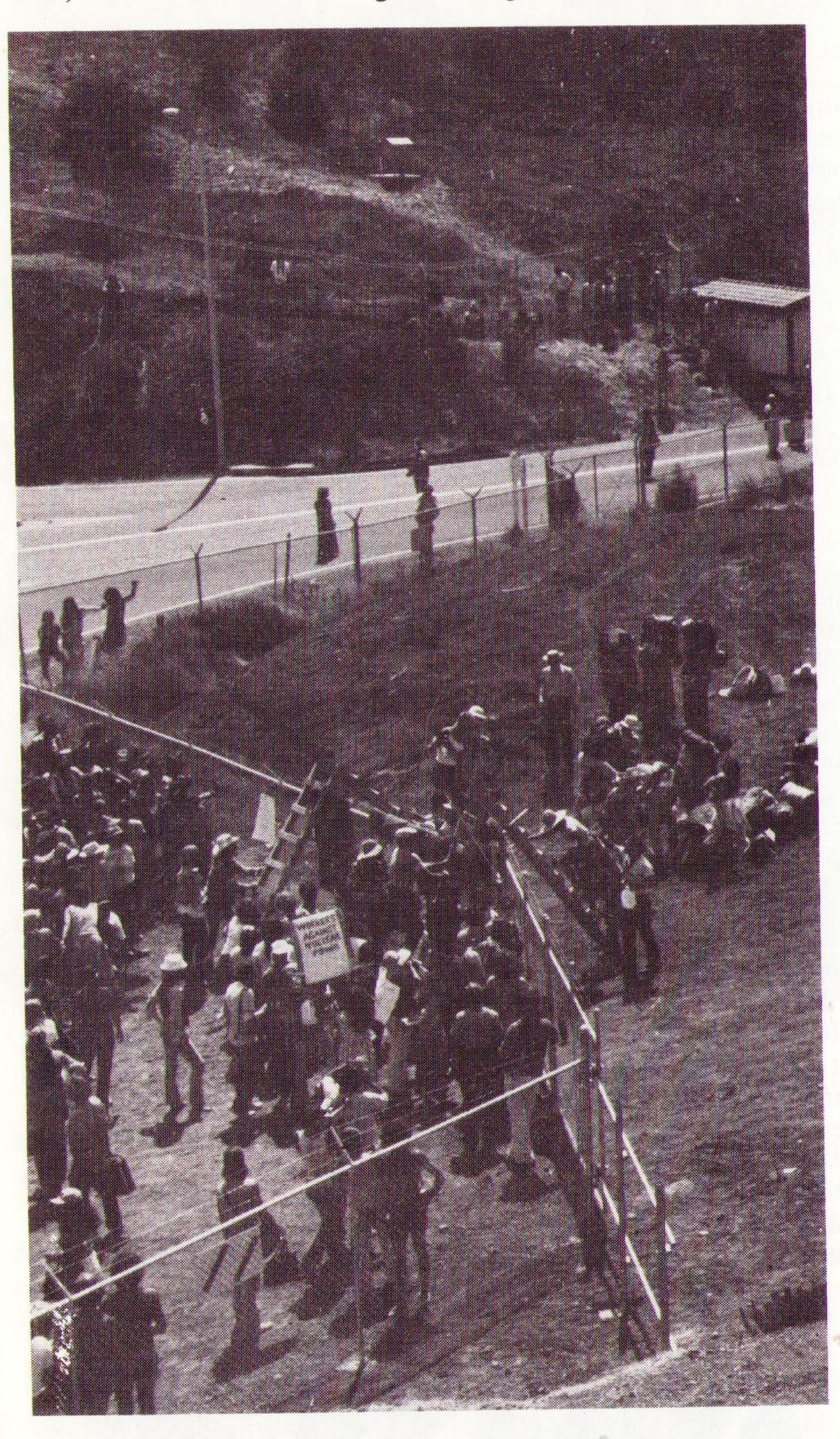
Pünktlich um 14 Uhr startet die erste Bezugsgruppe in Richtung AKW – auf dem Seewege. Danach machen sich in Abständen von jeweils einer Dreiviertelstunde unter dem Jubel der Fünftausend die einzelnen „Wellen" auf den Weg zum sieben Meilen entfernten AKW-Bauplatz. Jede „Welle", bestehend aus drei oder vier Bezugsgruppen, wählt sich ihren eigenen Weg; die einen steigen auf Spezialleitern direkt über den Zaun, die anderen erklimmen zunächst die Hügelkette und betreten an einer weiter zurückgelegenen Stelle das AKW-Gelände...
Die Besetzer sind gut ausgerüstet: mit Leitern, Gepäck und Proviant für drei Tage... Um eine Eskalation der Gewalt zu vermeiden, hat die „Abalone Alliance" die Polizei über die vorgesehe-



Die letzten Rollenspiele finden noch am Morgen der Kundgebung statt. Jane schildert die angenommene Situation.

nen Aktionen vorher informiert. Kaum ein Polizist ist jetzt zu sehen. So können die Besetzer ungehindert auf das Gelände gelangen.

Gegen 18 Uhr steigt die letzte „Welle" über den Zaun. Kurz darauf endet die Kundgebung, die Massen machen sich auf den Heimweg, die Stände und die Bühne werden abgebaut, der liegengebliebene Abfall wird — selbstverständlich getrennt nach Glas, Aluminium und Sonstigem — eingesammelt.



Auf Spezialleitern steigen einige Gruppen in der Nähe des Haupttors über den Zaun, andere wählen den Weg über die Hügel.

Das war gestern Abend. Diese Nacht habe ich erfahren, daß viele der Besetzer bereits verhaftet sind. Eigentlich sollte auch die Blockade gestern ablaufen. Da aber infolge der ganzen Aktionen die Wochenendschicht der Arbeiter gestrichen wurde, haben wir unsere Zeitplanung kurzfristig geändert. Jetzt sind wir noch acht Bezugsgruppen.

Die wenigen Häuser in der Nähe des Strandes, an denen wir vorbeiziehen, sind noch nicht erwacht. Bis zum Haupttor ist es nicht mehr weit. Ohne Zwischenfälle kommen wir schließlich dort an. Mehrere Dutzend Angehörige der Polizeispezialtruppe, in Reih und Glied vor dem Tor aufgebaut, erwarten uns. Wir nehmen die gegenüberliegende Straßenseite in Beschlag. Auf der Zufahrtsstraße drehen eine Handvoll Streifenwagen ihre Runde. Es ist noch keine sechs; bis zur Frühschicht dauert es noch etwas.

Unsere Gruppe gehört der zweiten „Welle" an. Die zweite „Welle" soll erst aktiv werden, wenn die Blockade der ersten geräumt ist, ebenso die dritte. Es ist der Versuch, die Sperrung der Straße so lange wie möglich auszudehnen...

Allmählich wird es hell. Die Zahl der Presseleute wächst.... Es ist immer noch diesig. Wir sind warm angezogen, Helme, Gasmasken oder wasserfeste Kleidung sieht man nicht. Dafür auch keine Wasserwerfer, keine gepanzerten Fahrzeuge, keine zusätzliche Nahkampfausrüstung bei den Vertretern der Staats-GEWALT (Großschreibung v.d.Composerin). Helme, Schlagstöcke und Pistolen finde ich bedrohlich genug. Lea hat in ihrem Verbandskasten für alle Eventualitäten vorgesorgt.

Die ersten Arbeiter rollen, meist allein oder zu zweit, in ihren Autos an. Sie halten am Tor, zeigen ihre Kontrollkarten vor und können passieren. Soll mit der Straßensperre begonnen werden? Die Entscheidung liegt allein bei der ersten „Welle". Dann, als sich die Zahl der ankommenden Fahrzeuge vermehrt, verläßt sie den Straßenrand... Die Demonstranten setzen sich in der Nähe des Tors auf die Straße, die Autos müssen anhalten. Der Einsatzleiter der Polizei tritt nach vorne, weist die Demonstranten auf die Gesetzesübertretung hin und fordert sie auf, die Straße zu verlassen. Diese haken sich fest unter, schauen den Einsatzleiter ruhig und bestimmt an und verharren, wo sie sind. Auf Befehl ihres Vorgesetzten greifen sofort zwei Dutzend Polizisten ein. Je zwei von ihnen schnappen sich einen Demonstranten. Fotoblitze leuchten auf, Tonbänder laufen, Kameras surren. Die meisten Demonstranten leisten passiven Widerstand, werden folglich zwanzig Meter über den Asphalt nach hinten geschleift. Handschellen, Feststellen der Personalien, Warten. Die Journalisten werden energisch aufgefordert, die Straße wieder freizugeben, damit die wartenden Autos passieren können. — Das ganze hat einige Minuten gedauert. Bevor wieder Ruhe eingekehrt ist, wiederholt sich der Vorgang mit der zweiten und danach mit der dritten Gruppe.

Jetzt ist unsere Gruppe dran. Wie alle anderen haben wir dagestanden und alles beobachtet. Mittlerweile kommen die Arbeiter in Kolonnen an. Die Sperrung sollte nicht allzu lange unterbrochen werden. Trotzdem beraten wir uns kurz. Als wir einig sind, ruft einer unserer Gruppensprecher die Gruppensprecher der anderen Gruppen unserer „Welle" zusammen, kommt zurück, um uns das Ergebnis mitzuteilen, trifft sich dann noch einmal mit den anderen Gruppensprechern, um festzustellen, ob ein einheitliches Vorgehen der „Welle" möglich ist. Innerhalb kürzester Zeit haben sich alle Aktiven der zweiten „Welle" darauf verständigt, von nun an jeweils in Grüppchen von zwei bis vier Personen die Straße zu blockieren, um Zeit zu gewinnen. Unter lautem Beifall der anderen geht die Blockade weiter.

Nach etwa einer Stunde sind die letzten verhaftet. Sie werden in Busse gepackt und weggefahren. Wohin, werden wir erst wissen, wenn die 'Unterstützer', die den Bussen folgen, unser Informationszentrum in der Stadt anrufen.

Die Stimmung unter uns Zurückgelassenen (!) ist gemischt. Ich spüre Begeisterung für den Mut und die Entschlossenheit der anderen; Erleichterung, daß sich die Gewaltanwendung durch die Polizei in Grenzen gehalten hat und sich niemand zu irgendwelchen Wahnsinnsaktionen hat hinreißen lassen; aber auch etwas Enttäuschung darüber, daß wir den Bau nicht doch wenigstens für ein paar Stunden haben stoppen können, wenn auch klar war, daß diese Aktion mehr symbolischen als strategischen Wert haben würde.

Und die Reaktion der Arbeiter? Die meisten haben überhaupt nicht reagiert. Nur wenige haben ihr Fenster heruntergedreht, um ein Flugblatt entgegenzunehmen, einige haben uns übel beschimpft. Immerhin: sechs von ihnen nahmen unsere Aufforderung ernst und machten an diesem Tag blau.

...

Alice, John und ich kümmern uns erstmal um die persönliche Habe unserer Leute. Dann fahren wir die Autos vom 'Campingplatz' in die Stadt. Am Informationszentrum der „Abalone Alliance" wimmelt es von Unterstützern. Die Telefone laufen heiß. Um 11 Uhr beraten wir uns mit einem der Rechtsanwälte, die aus San Francisco gekommen sind. Für die Gefangenen läßt sich im Augenblick unmittelbar nichts tun. Daher beschließen wir für die Mittagszeit eine „picket-line" (Demonstration, bei der man oder frau nicht stehenbleiben darf. Wer läuft, kann nicht verhaftet werden.) vor dem Büro der Pacific Gas and Electricity Company, die das Akw bauen läßt.

Die Lokalzeitung erscheint am frühen Nachmittag. Zwei Drittel der Titelseite sind mit Fotos und einem Bericht von der Blockade gefüllt. Einzige andere Titelmeldung: Der Papst ist gestorben. Weiter hinten sind noch mehr Berichte und Bilder von der Besetzung und der Kundgebung. Lokales und regionales Fernsehen berichten ebenfalls ausführlich über unsere Aktionen. Selbst die bundesweiten Abendnachrichten der drei großen Fernsehgesellschaften bringen Bildberichte.
...

Während wir noch demonstrieren, versuchen die insgesamt 487 Verhafteten sich über die beste Strategie klar zu werden. Ihr gemeinsames Ziel: Verhindern, daß die Behörden einige willkürlich zu Rädelsführern aufbauen. Untergebracht sind sie in zwei Massenlagern, Frauen und Männer getrennt. Die Behandlung durch das Vollzugspersonal ist einigermaßen in Ordnung. Nach Verhandlungen mit den Rechtsanwälten bieten die Behörden allen die Freilassung an, wenn sie versichern, der späteren Vorladung des Haftrichters Folge zu leisten... Erst nach langen gemeinsamen Überlegungen nimmt am Montagabend etwa die Hälfte der Verhafteten das Angebot an...

Auch am Dienstag beherrschen wir das Stadtbild von San Luis Obispo. Die Einwohner der Stadt werden überall mit uns konfrontiert. Sie werden ständig daran erinnert, daß, zwar hinter den Hügeln versteckt, in ihrer unmittelbaren Nähe ein erdbebengefährdetes AKW entsteht. Sie können sich dafür oder dagegen entscheiden, nur verdrängen können sie diese Tatsache nicht länger.

Den ganzen Mittwoch verbringen wir vor dem Gerichtsgebäude. Die Inhaftierten werden dem Haftrichter vorgeführt. In Gruppen zu fünf erhalten sie die vorgeschriebene richterliche Belehrung, müssen dann angeben, ob sie sich schuldig oder unschuldig bekennen und werden schließlich ohne Auflagen bis zu ihrem Prozeß entlassen. Eine schier endlose Prozedur. Nach und nach kommen sie erleichtert aus dem Gerichtssaal. Sie werden von ihren Bezugsgruppen freudig in die Arme genommen. Kurz bevor die Sonne untergeht, sind wir wieder alle zusammen. Nur die sechs, die im Knast jede Kooperation mit den Behörden verweigern und in den Hungerstreik getreten sind, fehlen. Sie werden erst einige Tage später entlassen. Wir bilden einen großen Kreis, fassen uns an, umarmen uns. Die ganze Anspannung der letzten Tage fällt jetzt von uns ab. Ausgelassen singen wir zum soundsovielten Mal unsere Lieder gegen AKWs. Eine Gruppe von Frauen führt uns eine Art Singspiel vor, das sie sich während ihrer Haft zusammen ausgedacht haben. Bevor wir in unsere Heimatstädte aufbrechen, verharren wir noch einen Moment schweigend. Mir kommt es so vor, als sei ich unheimlich lange in San Luis Obispo gewesen.

Während der nächtlichen Rückfahrt nach Santa Cruz habe ich Zeit und Ruhe nachzudenken. Eine Menge Fragen und Gedanken gehen mir im Kopf herum. Vergleiche zu Brokdorf und Grohnde drängen sich auf. Damals hatten sich an der Frage des gewaltsamen Widerstandes die Geister geschieden. Zwar hatte sich unsere Gewalt im wesentlichen gegen Sachen (den Bauzaun) gerichtet. Doch waren nicht diejenigen, die die Herausforderung der bürgerkriegsähnlich gerüsteten Polizei nicht annehmen wollten und für eine De-Eskalierung der Gewalt eintraten (z.B. durch Blumen für die Polizisten) als politisch naiv belächelt worden? Glaubte man nicht, ein riesiges Polizeiaufgebot und polizeiliche Übergriffe seien die Voraussetzung, um von der Presse wahrgenommen zu werden? Sind wir nicht das Risiko eines gewaltsamen Konflikts eingegangen, weil wir glaubten, nur so unsere Entschlossenheit unter Beweis stellen zu können?
Es wird Zeit, glaube ich jetzt, einige dieser Annahmen zu hinterfragen. Hatte ich nicht hier miterlebt, daß das ausdrückliche Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit einen radikalen Widerstand nicht unmöglich macht? Im Gegenteil, hatten sich Carol, Fran, John, Luis und die vielen anderen nicht zuletzt deshalb radikalisieren können, weil von unserer Seite alles daran gesetzt worden war, das Maß der polizeilichen Gewalt so gering wie möglich zu halten?

Gewaltlosigkeit beinhaltet jedoch mehr als nur den taktischen Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Hat sich Gewaltlosigkeit nicht auch darin widergespiegelt, wie alle miteinander umgegangen sind...

Mir wird erst nachträglich richtig klar, daß das, was in den letzten Tagen und Wochen geschehen ist, sehr viel mit Basisdemokratie zu tun hat. Haben wir nicht hier, ebenso wie vor uns die Leute von der Ostküste in Seabrook, gezeigt, daß radikaler Widerstand durch eine große Masse von Menschen auch ohne eine gewählte Führung auskommen kann? Wir haben keine zentrale 'Aktionsleitung' gebraucht, die in brenzligen Momenten die Verantwortung für hunderte oder gar tausende hätte tragen müssen. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hatte jede(r) von uns volle Kontrolle über das eigene Handeln. ...

Hätte ich als einzelner oder zusammen mit Freunden überhaupt eine Chance auf Selbstbestimmung gehabt? ...

Politische Erfahrungen von Widerstandsbewegungen im Ausland lassen sich nicht einfach kopieren. Die jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Aber es bleibt die Frage, ob nicht die amerikanischen Erfahrungen genügend Anregungen dazu geben, wie auch bei uns der weitere Widerstand gegen AKWs organisiert werden könnte. Vielleicht als nächstes in Gorleben?

NACHTRAG: Inzwischen haben die ersten Zehn ihren Prozeß gehabt. Sie wurden zu 500 Dollar Geldstrafe und fünfzehn Tage Haft ohne Bewährung verurteilt. Außerdem mußten sie schriftlich erklären, daß sie in den kommenden zwei Jahren kein Gesetz brechen werden. Drei von ihnen weigerten sich, diese Erklärung zu unterzeichnen. Sie wurden daraufhin zu einem halben Jahr Freiheitsstrafe verurteilt, die sie unmittelbar nach dem Prozeß antreten mußten!"

Kontakt: Rolf Butzmühlen, Marienburgerstr. 6, 4811 Leopoldshöhe

UND HIER BEGINNT EIN KURZER BETRIEBSTEIL

(weiß der Teufel, warum der so kurz ist!)



Bremens Roland als „schild-wache" für IGM-forderung.

LETZTE MELDUNG VON DER STAHLSTREIKFRONT

DUISBURG-HUCKINGEN, 20. Dezember, 15.40 Uhr

M.W.: Herr Loderer sagt, wenn 75 % der Kollegen vier Freischichten bekommen, wäre er zufrieden.

Kollege B: Wenn Sie sagen: HERR Loderer, dann gebe ich Ihnen Recht. Kollege Loderer kann man ja wohl kaum noch sagen. Aus unserer Sicht sieht das anders aus. Wir stehen zu der Sache, die wir angefangen haben. Alle meine Kollegen sind in Mühlheim. Da haben wir die Rückendeckung für die große Tarifkommission mobilisiert.

Max Watts/ID

"KEINE TENDENZ IN DER BELEGSCHAFT"
ENTLASSUNGEN BEI HDW (HOWALDTSWERKE)

Hamburg 30.November Bei HDW (zum größten Teil in staatlichem Besitz) sollen mehrere hundert Arbeiter entlassen werden. Die Belegschaft und die IG Metall sind sich dagegen in drei Forderungen einig:

1. Die Reparaturwerften in Hamburg und Kiel dürfen nicht geschlossen werden,
2. in Hamburg sollern weiterhin neue Schiffe gebaut werden,
3. es dürfen keine Arbeiter entlassen werden.

In der Frage der Durchsetzung dieser Forderungen gehen die Meinungen auseinander. Die IG Metall und der von ihr beherrschte Betriebsrat setzen auf die Bundesregierung und erwarten von ihr Subventionen (Finanzspritzen). Auch redet die IG Metall von "Umstrukturierungen" und schielt mit einem Auge nach der Hamburger Werft Blohm und Voss, die seit einiger Zeit Teile für den Kampfpanzer "Leopard" herstellt, während sie ansonsten eine Kampagne gegen Umstellungen auf Rüstungsproduktion durchführt. Um die Flaute im Schiffsbau zu umgehen sollten ihrer Meinung nach "andere Produktionszweige ins Auge gefaßt werden".

Eine andere Gruppe von Belegschaftsvertretern setzt auf die Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche, 6 Wochen Urlaub, Rentenalter 60 Jahre), Forderungen, denen die IG Metall zwar zustimmt, sie aber für derzeit undurchsetzbar hält.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung im Oktober einigten sich ca. 700 Leute auf eine Kundgebung Anfang November und eine große Demonstration Anfang Dezember. Die Kundgebung fand am 2. November bei den Landungsbrücken statt, einer Gegend, in der abends so gut wie nichts los ist. Es waren denn auch nur 5.000 Leute da und die IG Metall fühlte sich blamiert weil sie mit 15.000 Leuten gerechnet und das auch groß herumposaunt hatte. Sie stoppte daher das Vorhaben mit der Demonstration Anfang Dezember, zu der schon weitgehende Vorbereitungen getroffen worden waren. So wurde z.B. auch in Bremerhaven für die Demo mobilisiert und die IG Metall wollte Sonderzüge nach Hamburg einsetzen. Ein Vertrauensmann stellte resignierend fest, daß leider augenblicklich keine Tendenz in der Belegschaft da sei, von der Basis aus Druck zu machen, damit sich die Gewerkschaft mal fragt, woran das liegen könnte, daß zur Kundgebung nur so ein "kleines Häuflein" gekommen sei. Im Moment sei die Stimmung eher auf dem Nullpunkt angelangt.



EIN ARBEITSUNFALL, SEINE URSACHEN UND DIE PRESSE

BOCHUM
12. Dezember

Ein Schweißer ist gestorben. Ein Kollege fand ihn am Donnerstag, dem 16. November, in einer Schweißkabine des Opelwerkes II in Langendreer (Bochum), kurz darauf starb er im Krankenhaus...

In der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom darauffolgenden Samstag stand über den Arbeitsunfall:

„Schweißer verblutet am Arbeitsplatz

In einer Schweißkabine des Opelwerkes II in Langendreer ist in der Spätschicht am Donnerstag der 26-jährige Joachim D. aus Werne verblutet. Ein Kollege fand ihn um 20.20 Uhr blutüberströmt und bewußtlos, auf ihm lag ein Schweißbock. Die Werksfeuerwehr brachte den Schweißer ins Langendreerer Knappschaftskrankenhaus, wo er um 21.41 Uhr starb. Kripo, Gewerbeaufsichtsamt und die Sicherheitsorgane haben noch keine Erklärung für den rätselhaften Unfall. Joachim D. hatte lediglich eine ein Zentimeter kleine Stichverletzung am Oberschenkel, die die Hauptschlagader getroffen hatte. Die sichergestellte Schweißkabine wurde vom Gewerbeaufsichtsamt gestern nachmittag um 16.20 Uhr wieder freigegeben, weil sie als Unfallursache ausschied. Es wird vermutet, daß der Schweißer vor Übelkeit gestürzt ist und sich dabei verletzte. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen."

Nun kann man es nicht unbedingt übelriechender Böswilligkeit seitens der Tageszeitung (WAZ), jedenfalls aber der üblichen journalistischen Schlamperei zuschreiben, daß nicht einmal erwähnt wurde, daß eine Schweißkammer bei Opel ein total abgeschlossener, von außen nicht einsehbarer Raum ist, in dem daher Unfälle eben nicht gleich, sondern erst dann entdeckt werden, wenn es zu spät ist. Und es wurde nicht erwähnt, daß das nicht so sein muß, und nicht, daß die Unfallursache keineswegs so gänzlich ungeklärt ist. Böswilligkeit kann man der WAZ erst unterstellen, nachdem sie den Leserbrief von Opel-Betriebsräten einfach nicht abdruckte, der all das hätte klarstellen können. Hier ist er:

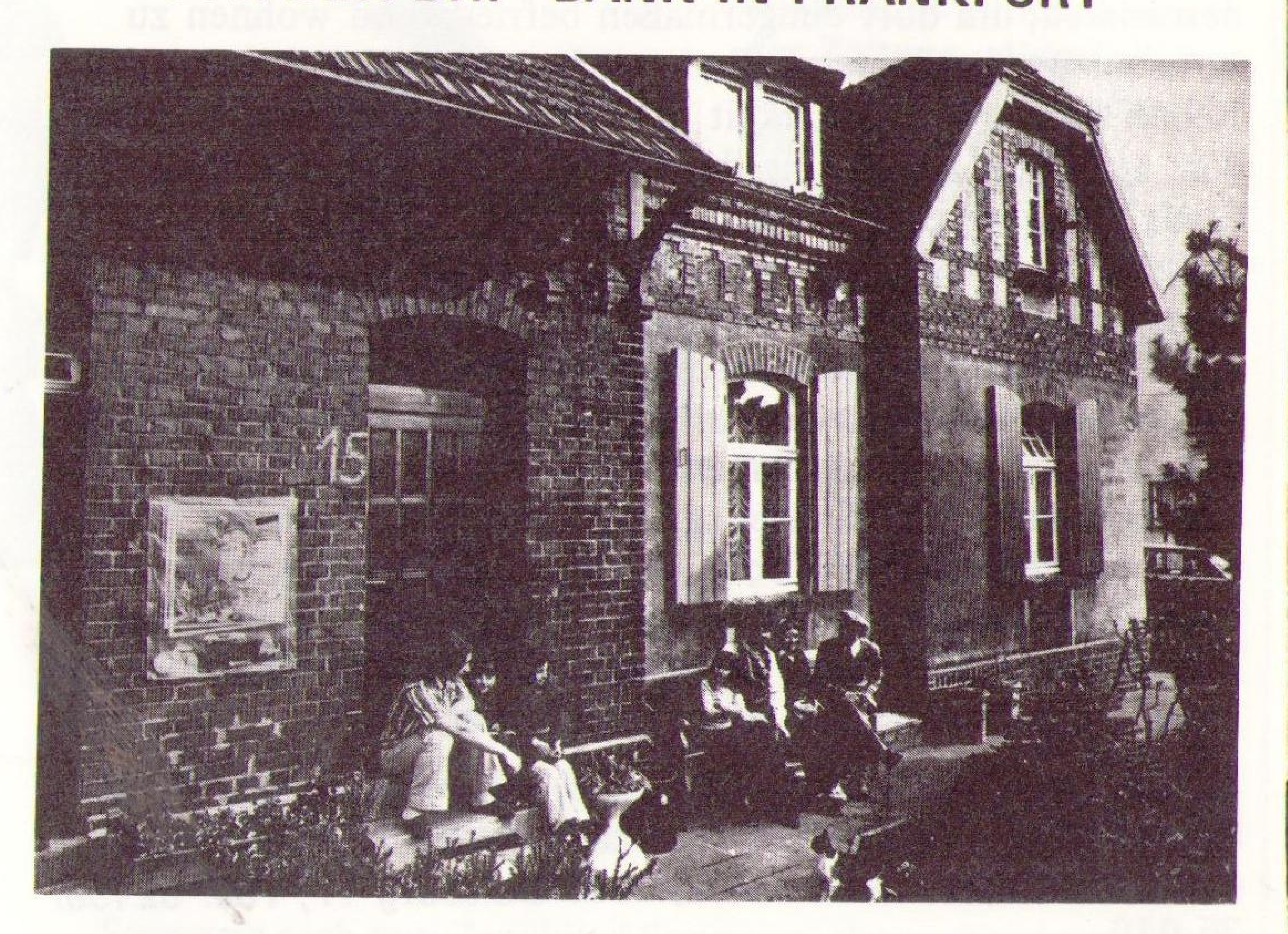
„Als Betriebsratsmitglieder aus dem Opel-Werk II (Langendreer) und als Kollegen der betroffenen Abteilung müssen wir richtigstellen:

Ungeklärt ist bisher einzig, warum unser Kollege Joachim D. in seiner Schweißkabine hingefallen ist. Die Ursache seiner tödlichen Arterienverletzung am Oberschenkel war der auf ihn gestürzte etwa 80 Kilogramm schwere Schweißbock. Diese Arbeitsvorrichtung war nicht im Boden verankert. Sicherheitswidrig war auch, daß die Füße des Schweißbocks zum Nachteil seiner Standfestigkeit verändert worden waren. Entsprechend wurde die Firma von der Gewerbeaufsicht angewiesen, sämtliche ähnlichen Einrichtungen umgehend standsicher zu befestigen! Außerdem mußte sich die Adam Opel AG von der Berufsgenossenschaft belehren lassen, daß es für derartige Schweißkabinen durchsichtige blendschützende Vorhänge gibt, die zumindest einen Sichtkontakt an solchen abgeschirmten Arbeitsplätzen möglich machen.

Ihr Artikel läßt die Vermutung aufkommen, als hätten die Arbeitsbedingungen bei diesem tödlichen Unfall keine Rolle gespielt. Das Gegenteil wollten wir hiermit klarstellen.

Unterzeichnet von „Schaumberg, Hanke, und fünf Kollegen der Abteilung 2983, Opel Bochum, Werk II."

ZUM HUNGERSTREIK VON BEWOHNERN DER RHEINPREUSSEN–SIEDLUNG VOR DER BHF–BANK IN FRANKFURT



FRANKFURT
9. November

Am Samstag, dem 9. November, nachmittags um 17 Uhr beendeten die Bewohner der Rheinpreußen-Siedlung Duisburg-Homberg ihren Hungerstreik vor der Berliner Handels- und Frankfurter Bank in Frankfurt. Die Bank ist Besitzerin der Siedlung, wollte sie zuerst abreißen lassen und verkauft jetzt die Häuser an private Interessenten zu horrenden Preisen. Seit vier Jahren kämpfen die Bewohner für ihre Häuser. Sie wollen, daß die Stadt Duisburg die Siedlung kauft und für ihren Erhalt sorgt. Die Stadt hatte sich auch dazu bereiterklärt, sah sich aber außerstande, die Spekulationspreise, die die BHF-Bank verlangt, zu bezahlen. Gegen das Verhalten der Bank, deren Zentrale in Frankfurt ist, protestierten die Hungerstreikenden eine Woche lang vom 4. bis 9. Dezember in eisiger Kälte im Frankfurter Westend.

Direkt vor dem Gebäude der BHF-Bank konnten sich die Bewohner der Rheinpreußen-Siedlung allerdings nicht postieren, weil sich dort eine Baustelle befand. Der Hungerstreik fand also auf der gegenüberliegenden Straßenseite und ein Stückchen weiter die Straße rauf statt. Es ehrt die Frankfurter Bevölkerung beträchtlich, daß sie sich sofort vom Protest der Siedlungs-Bewohner angesprochen fühlte und sich mit ihnen solidarisierte. Besonders die Westend-Bewohner Frankfurts waren – wohl aus eigener Erfahrung mit der Wohnraumpolitik von Banken, Spekulanten und der Stadt Frankfurt seit Jahren – betroffen und boten den Hungerstreikern Hilfe an, wo sie nur konnten. So konnten diese zum Beispiel in umliegenden Wohnungen baden und sich aufwärmen. Die Freßpakete hilfreicher Frankfurter mußten die Hungerstreiker leider dankend ablehnen – sie befanden sich schließlich im ernstgemeinten Hungerstreik! Dafür gingen aber viele Spenden ein. Die Duisburger hätten eine solche Reaktion der Frankfurter Bevölkerung nie erwartet, wie sie sagen, und sie forderten uns ausdrücklich auf, ihren Dank an alle Frankfurter, die sie unterstützt haben, in diesem Artikel auszudrücken.

Als die Bewohner der Rheinpreußen-Siedlung allerdings nach Duisburg zurückkamen, erwartete sie dort schon die nächste Enttäuschung. Der Gutachter der Stadt hatte mittlerweile den Verkehrswert (Bodenwert) der Siedlung geschätzt und war zu ungefähr dem gleichen Ergebnis gekommen, wie die BHF-Bank. Und die Stadt Duisburg kam mit sich vorerst überein, die Bank weiterhin die Häuser zu ihren horrenden Preisen verkaufen zu lassen, obwohl erst 18 Kaufverträge vorliegen. Besonderer Zynismus: Die alten Bewohner, die schon lange Jahre in ihren Häusern wohnen und sie mit viel Geld modernisiert und reno-

viert haben, sollen nach dem Verkauf ihrer Häuser in noch leerstehende Häuser der Siedlung ziehen – wo sie dann grade nochmal von vorne anfangen können mit dem Renovieren und Modernisieren, um dort einigermaßen befriedigend wohnen zu können. Bis die dann am Ende auch noch verkauft werden?! Neben aller Unzumutbarkeit für die Bewohner selber bedeutet dies auch eine Zerstörung der Sozialstruktur der Siedlung. Die Stadt Duisburg ist in dieser Frage zu keiner eindeutigen und endgültigen Aussage zu bewegen, sie zögert eine Entscheidung hinaus. Die Siedlungsbewohner mutmaßten, daß dieses Taktieren der Stadt mit den nächsten Landtagswahlen zu tun hat. Sie wollen auf keinen Fall tatenlos zusehen, was sich weiter entwickelt, sondern sie haben vor, einen weiteren Hungerstreik vor dem Rathaus in Duisburg durchzuführen, wenn die Stadt nicht im Laufe dieser Woche einen endgültigen Beschluß in Sachen Rheinpreußen-Siedlung faßt. „Die Politiker sollen mal klar sagen: ja oder nein. Und wenn nicht, dann sollense da abhaun", meinte einer der älteren Bewohner.

Hier nochmal die Spendenkonten und die Kontaktadresse:
Postscheckamt Essen, Kontonr. 285730-439 / Margret Jakopitsch, Rheinpreußenstr. 63m, 4100 Duisburg 17, Tel.: 02136/ 35 019.

EHEMALIGE PARTEIMITGLIEDER SCHLAGEN ZU

FRANKFURT
13. Dezember

In Frankfurt wurde am Donnerstag, 7. Dezember, das Parteibüro der FDP demoliert. Über dieses Ereignis berichtete auch die "Frankfurter Rundschau" vom 8. Dezember. Sie druckte ein Interview mit dem Hausmeister. Ein Anruf des ID in der Parteizentrale erbrachte die Auskunft des FDP–Mitglieds Lange: "Die waren nie in der FDP! Leute, die so schreiben, da kann ich mir nicht vorstellen, daß das FDP–Mitglieder waren!" Dennoch, uns liegt ein Papier vor, aus dem zu entnehmen ist, daß die Täter in den alten Mitgliedslisten der Partei zu suchen sind. Und zu allem Überfluß, "ehemalige SPD–Mitglieder" solidarisieren sich. Hier beide Papiere:

HIERMIT ERKLÄREN WIR UNSEREN AUSTRITT AUS DER FDP

Um diese Entscheidung gebührend zu unterstreichen, haben wir die Scheiben des Frankfurter F.D.P.–Büros ein wenig eingeworfen, und – auf daß es nicht nur den betroffenen Parlamentariern bewußt werde – die Häuserfront mit der deutlichen Parole versehen: "Schah Mörder – Lambsdorff (F.D.P.) Komplize!"

"Immer auf die Liberalen?!" – aus gutem Grund !!!

Schließlich trifft diese Partei besondere Verantwortung innerhalb der Koalition, wenn es um die Interessen des faschistischen Schah–Regimes und seiner kriminellen Verbündeten hier in der BRD geht. Und dieser Interessenschutz für die Imperialisten hat Tradition: seit jeher waren die entsprechenden Schaltstellen "Außen–" und "Innenpolitik" durch Politiker dieser Partei besetzt (Genscher; Maihofer; Scheel).
Daß Lambsdorff (- nicht zuletzt auf Grund der für einige allzu plumpen Kumpanei mit dem faschistischen Schah–Regime –) nicht erneut in den Parteivorsitz gewählt wurde, bedeutet leider keinen Bruch mit dieser Tradition, im Gegenteil:

Nach der massenhaften Demonstration vom vorletzten Samstag versuchte eine kleine, aber offensichtlich zu allem entschlossene Minderheit, bestehend aus Parlamentariern aller Couleur, einschlägig bekannten Presseleuten und einer Handvoll Sympathisanten, allen voran der hessische Innenminister E. GRIES (F.D.P.), Hysterie und Unsicherheit in der Bevölkerung zu verbreiten, indem sie alle Schuld an der Gewalt den iranischen Genossen in die Schuhe schob, um von ihrer eigenen Gewalttätigkeit abzulenken:
einer Gewalttätigkeit, die sich nicht nur seit der Ermordung Benno Ohnesorgs vor elf Jahren in regelmäßiger Kontinuität bei allen (friedlichen !!!) Anti–Schah–Demonstrationen in Form von Polizeiknüppeln ausdrückt, sondern vor allem durch die aktive Unterstützung all jener, die sowohl von der Existenz des Schah–Regimes im Iran profitieren, als auch hierzulande verantwortlich sind für Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, Bodenspekulation und miese Wohnungen, Zerstörung von Städten und Natur, und daran verdienen: Finanzkapital/Banken, Krupp, Hoch–Tief, Lurgi, AKW–Industrie usw.
(Bekanntlich hatte die Polizei etwa 40 solcher terroristischer Stützpunkte allein in Frankfurt während der Demo zu schützen! Beweis genug für den objektiv internationalen Zusammenhang!)

ERKLÄRUNG DER SPD-HELSINKI-GRUPPE

Eine Gruppe von SPD-Mitgliedern erklärt sich solidarisch mit der Aktion der ehemaligen FDP-Mitglieder, die ihre Parteizentrale in Frankfurt zu Klump hauten, aus Protest gegen die menschenverachtenden Äußerungen des Grafen Lambbsdorff zu den Massenmorden im Iran, die in seiner Logik notwendig sind, um stabile Verhältnisse zu garantieren. Allein in Teheran sind seit diesem Sommer ca. 10.000 Oppositionelle Schah-Gegner umgebracht worden. Über Massaker in anderen Teilen des Irans ganz zu schweigen.

Handwerkszeug der Bürgerkriegsarmee des Schahs sind unter anderem Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch, Panzer und Kanonen von MAN, Lastkraftwagen von Mercedes.

Auch „Berater" aus der BRD sind in Persien am Werke – während parallel dazu der SAVAK mit Unterstützung des BND (Bundesnachrichtendienst) und Verfassungsschutz persische Oppositionelle verfolgt, deren Organisation kriminalisieren und verbieten will...

Während die Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit der Carter-Regierung die Menschenrechtsphrasen im Munde führen, stabilisieren sie faschistische Regimes.
Das bundesrepublikanische Pendant dazu besteht darin, daß der hessische Justizminister Günter sowie Ministerpräsident Börner sich mit Verboten wie: Einreiseverbot von Persern, Ausweisung einzelner Perser, Verbot von Veranstaltungen und Verbot der CISNU konkret beschäftigen. Auf allen Ebenen sozialdemokratischer Politik ist deutlich geworden, daß auch die SPD am Erhalt der Pahlewi-Dynastie interessiert ist. Aufgrund dieser und anderer Tatsachen ist die SPD für uns nicht mehr tragbar. Deswegen unser heutiger, letzter Auftritt in unserer ehemaligen Zentrale.

Einige ehemalige SPD'ler"

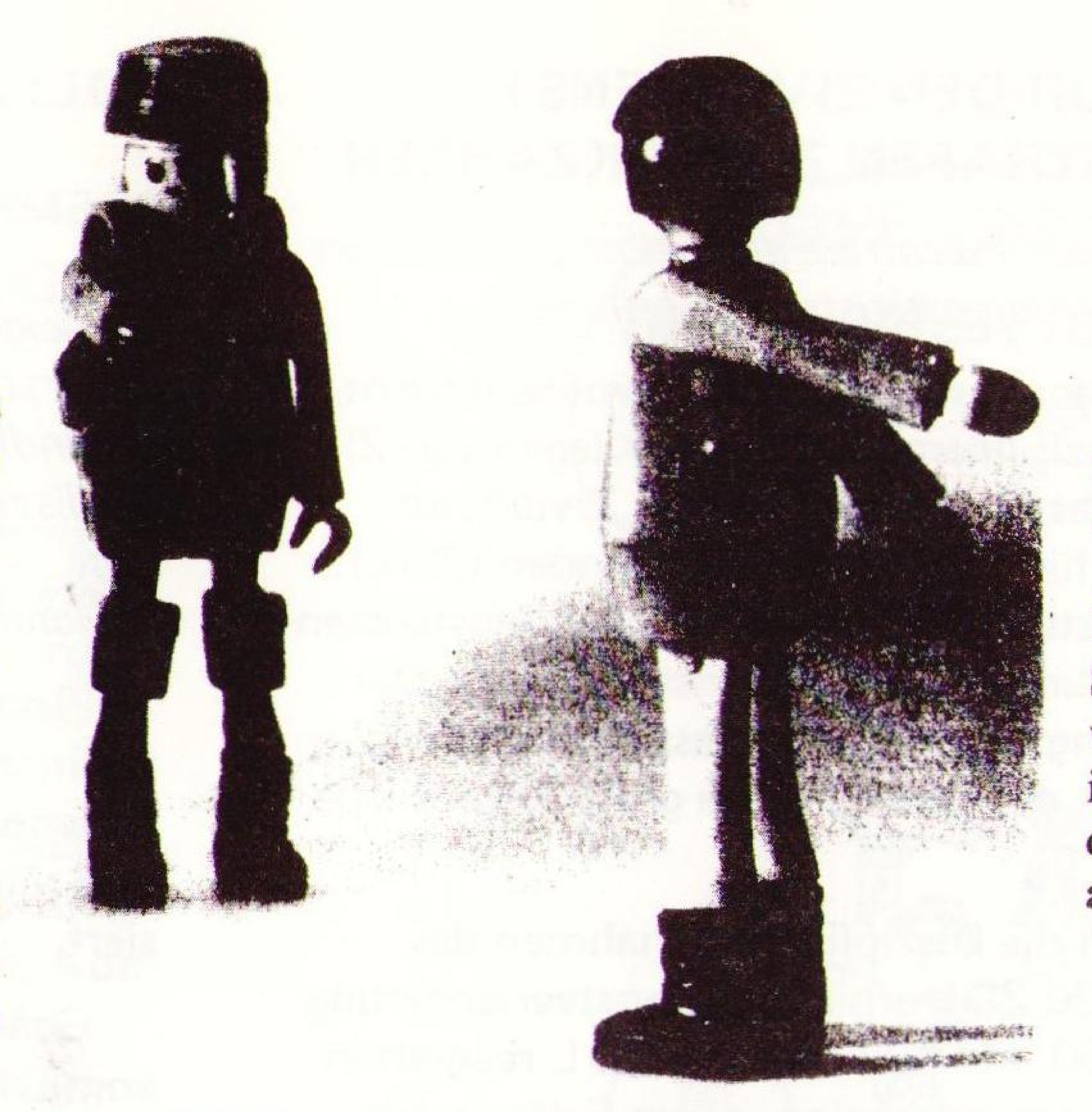
NACHTRAG:

Eben bekommen wir noch einen kleinen Nachtrag zu der Erklärung der ehemaligen SPD'ler:

„Während am nächsten Morgen (Montag, den 11.12.) die Reinigungsarbeiten noch in vollem Gange waren, betraten wir unsere Zentrale, um sie nach einigen Minuten mit den gleichen Parolen, diesmal im Inneren, einem zuzementierten Klo und reichlich Stinke in den Ecken wieder zu verlassen. Im stinkenden Foyer noch warf uns Alt-Genosse Rudi Arndt (Alt-Bürgermeister Frankfurts zu Häuserkampfszeiten: „Rudi Arndt wir haben dich gewarnt!") seine zweieinhalb Zentner in den Weg, mit dem aufgeregten Ruf: „Tür zu", „Alarm", „Polizei". – Hei, war das ein Wiedersehen. Voll der Freude überschlug er sich und kugelte sogleich auf dem Rasen umher.

Für uns war dieser Montag ein kleiner Beitrag der Solidarität mit der iranischen Opposition. Sicherlich nicht der letzte."





Notfalls rüsten die Spielzeughersteller vom Nazikrieg auf Bundeswehr um: »Play-Big«-Figuren als Erschießungskommando aufgestellt,

Die Photos entnahmen wir der Zeitung „diskofo", die von für ZDLer gemacht wird (diskofo, c/o H. Schmude, Hallerstr. 4, 85 Nürnberg, Tel.: 0911/ 37 40 45). Eine andere Zeitung für Soldaten, ZDLer, Verweigerer: Antimilitarismus-information, c/o B. Gründing, Nördliche Auffahrtsallee 20/1, 8 München 90.

RÜCKSTELLUNGSANTRÄGE FÜR WEHR- UND ERSATZDIENST RECHTZEITIG STELLEN !

BREMEN
20. November

Ein ID-Leser schickte uns dieses Flugblatt mit Informationen für Studenten, die noch keinen Wehrdienst oder Zivildienst geleistet haben:

„Es häufen sich die Fälle, in denen Studenten aus dem laufenden Studium, zum Teil sogar aus dem Examen heraus, zum Zivildienst oder Wehrdienst einberufen werden.

Besonders betroffen sind zur Zeit rechtskräftig anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Sie müssen wegen der großen Zahl der unbesetzten Zivildienststellen mit einer Einberufung zum Zivildienst rechnen. Rechtskräftig abgelehnte Kriegsdienstverweigerer müssen entsprechend mit der Einberufung zur Bundeswehr rechnen. Durch die langen Kriegsdienstverweigerungsverfahren, auch durch das Hin und Her der gesetzlichen Neuregelung, sind vor allem Kriegsdienstverweigerer oft schon im Studium und deshalb besonders betroffen.

Wir weisen alle Studenten darauf hin, daß jeder auch aus dem laufenden Studium heraus eingezogen werden kann, der nicht frist- und ordnungsgemäß seine Rückstellung beantragt hat. Am häufigsten wird übersehen, daß Rückstellungen nur zu ganz genau begrenzten Terminen möglich sind.

Wir möchten deshalb auf folgendes aufmerksam machen:

1.) **Rückstellung wegen besonderer Härte bei weitgehender Förderung eines Ausbildungsabschnittes:**

Anträge auf Rückstellung müssen gemäß Paragraph 20 Absatz 2 Wehrpflichtgesetz (WehrPflG), beziehungsweise Paragraph 12 Absatz 3 Zivildienstgesetz (ZDG) innerhalb dreier Monate nach Entstehung des Grundes schriftlich mit Begründung an die zuständige Behörde gestellt werden. Zuständig ist bei Wehrdienstpflichtigen das örtlich zuständige Kreiswehrersatzamt, bei Zivildienstpflichtigen das Bundesamt für den Zivildienst in Köln. Die Frist ist eine **Ausschlußfrist, später gestellte Anträge werden nicht mehr berücksichtigt.**

Gemäß Paragraph 12 Absatz 4 WehrPflG bzw. Paragraph 11 Absatz 4 ZDG wird wegen besonderer Härte zurückgestellt, wer einen weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt unterbrechen würde; nach der Rechtsprechung ist das nach einem Drittel der Mindestzeit der Fall. Wer also ein Drittel des Studiums absolviert hat, m u ß binnen drei Monaten nach diesem Zeitpunkt einen Rückstellungsantrag stellen. Diesem Antrag muß eine Bescheinigung der Hochschule/Universität, am besten mit den Daten des Studienantritts und des Studienendes sowie der planmäßigen Mindest- (nicht Regelstudienzeit für Bafög etc.) Studiendauer, beigefügt werden. Dabei zählen die Semester mit den vollen sechs Monaten, nicht nur die Vorlesungszeiten.

Die Hochschule/Universität kann am besten Auskunft geben, wann das erste Drittel des Studiums beendet ist (Beispiele: Fachhochschule nach zwei Semestern = zwölf Monaten, Universitätsstudium mit acht Semestern nach zwei Zweidrittel Semestern, also nach sechzehn Monaten).

Würde das Studium über das 28. Lebensjahr (bei Zurückstellung wegen militärfachlicher oder zivildienstfachlicher Verwendung über das 32. Lebensjahr) hinaus dauern, so ist eine Rückstellung nicht allein wegen einer besonderen Härte möglich. In wenigen Ausnahmefällen kann eine Rückstellung wegen unzumutbarer Härte erfolgen (Paragraph 12 Absatz 6 WehrPflG bzw. Paragraph 13 Absatz 1 ZDG). Der Antrag ist wie bei 'besonderer Härte' zu stellen.

2.) **Keine Einberufung von Verheirateten**

In der Praxis wird zur Zeit auf die Einberufung Verheirateter in der Regel verzichtet. Auch wer für ein Kind zu sorgen hat, wird zur Zeit nicht einberufen. Deshalb ist jede Änderung des Familienstandes zweckmäßig den Wehrbehörden mitzuteilen. Sind die Behörden nicht unterrichtet, werden Einberufungen ausgesprochen; ein Anspruch auf Rücknahme der Einberufung besteht dann nicht mehr.

3.) **Keine Einberufung bei tauglichen Wehrpflichtigen mit Signierziffer '3'**

In der Praxis wird zur Zeit auf die Einberufung in der Regel verzichtet, wenn bei der Musterung die Tauglichkeitsstufe '3' festgestellt worden ist. Hat sich eine besser eingestufte Tauglichkeit aufgrund von Krankheit, Unfall o.ä. verschlechtert, kann eine Nachmusterung beantragt werden. Dem Antrag sollte man ein entsprechendes ärztliches Zeugnis beifügen.

4.) Wer einen als gleichwertig anerkannten anderen Dienst statt Wehr- oder Zivildienst geleistet hat und vor Erfüllung seiner 10-Jahres-Verpflichtung gekündigt worden ist, wird wieder wehr- oder zivildienstpflichtig; er wird zum vollen Grundwehr- beziehungsweise Zivildienst herangezogen. Gegen eine solche Kündigung kann Widerspruch und notfalls Klage eingelegt werden. Binnen drei Monaten nach der Kündigung und damit dem Eintreten der Dienstpflicht wie des neuen Rückstellungsgrundes ist ein Rückstellungsantrag zu stellen, weil man sich in einem weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt befindet (siehe auch unter 1.).

In Konfliktfällen sollte jeder Betroffene die Rechtsauskunft seiner Hochschule, örtliche Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer, kirchliche Beauftragte für KDV oder einschlägig erfahrene Rechtsanwälte befragen. Die Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV kann örtliche Kontakte vermitteln. In allen KDV- beziehungsweise Zivildienstfällen sollte die Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV zumindest informiert werden.

Kontaktadresse: Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., 28 Bremen 1, Donandtstr. 4, Tel.: 0421 / 34 00 25 - nach Dienstschluß: 0421 / 23 62 30

DAS BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENST MUSS DISZIPLINARSTRAFEN ZURÜCKZAHLEN

FRANKFURT 13.Dezember *Die Bundeszentrale der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden teilt mit:*

„Bei den ersten bekanntgewordenen Entscheidungen des Bundesdisziplinargerichts über Klagen von Zivildienstleistenden gegen das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) gab es einen Erfolg für die Zivildienstleistenden (ZDL). Im Januar dieses Jahres hatten weit über 5000 Zivildienstleistende gegen die Verschlechterungen im Zivildienst gestreikt. Die bevorstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Wehrpflichtnovelle war mit ein Grund für die große öffentliche Resonanz dieses Streiks.

Umso schärfer waren die Disziplinarmaßnahmen des Bundesamtes. Mehr als 1500 ZDL erhielten Dienstverlängerung und Geldbußen zwischen 50 und 100 DM. Die ZDL reagierten mit einer gemeinsamen Blutspendeaktion, deren Erlös in die Streikkasse der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden floß, um die Geldbußen bei den einzelnen Betroffenen vorläufig zu mildern.

Bei den ersten Urteilen des Bundesdisziplinargerichts, die bekannt wurden, erlitt das Bundesamt eine empfindliche Niederlage. Das Urteil akzeptiert das politische Notwehrrecht von Dienstleistenden. Von daher ist eine Bestrafung von 50 bzw. 100 DM unangemessen. Das Gericht stellt fest: (...) „Auch die Motive des Antragstellers für sein Fernbleiben rechtfertigen eine relativ milde Beurteilung des Dienstvergehens. Der Antragsteller ist nicht etwa aus eigensüchtigen oder in anderer Weise verwerflichen Gründen ferngeblieben. Vielmehr hat er sich in einer verfassungserheblichen öffentlichen Auseinandersetzung staatsbürgerlich engagieren wollen. Er hat auf gewichtige Bedenken gegen eine zu weitgehende Einschränkung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung und gegen eine Umgestaltung des Zivildienstes, die nach seiner Meinung verfassungsrechtlich und gesellschaftspolitisch abzulehnen ist, aufmerksam machen wollen. (...) Insgesamt wird danach die gegen den Antragsteller ausgesprochene Geldbuße in Höhe von 100 DM seinem Verschulden nicht gerecht. Es handelt sich bei seiner Verfehlung um einen in seinen Auswirkungen objektiv leicht und in seiner subjektiven Seite milde zu beurteilenden Fall eines nur zeitweisen Dienstversäumnisses. Dafür stellt ein Verweis eine angemessene und ausreichende Disziplinarmaßnahme dar." (Aktenzeichen IV ZK 4/78)
Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden fordert alle ZDL auf, die vom Bundesamt einbehaltenen Gelder zurückzufordern. Bei bereits rechtskräftig gewordenen Disziplinarverfügungen sollte die Herabsetzung des Strafmaßes gegebenenfalls auf dem Gnadenweg beantragt werden. Durch dieses Urteil wird deutlich, daß das Bundesamt seine willkürlichen Reglementierungsmaßnahmen nicht mehr fortsetzen kann!!!"

„AN ALLE KRIEGSDIENSTGEGNER"

EXTERTAL November 78 „Wir, das sind einige Leute aus dem Extertal, haben uns Gedanken zur alternativen Kriegsdienstverweigerung gemacht.
Unsere Meinung ist, daß es kein Recht gibt, irgendjemanden für fünfzehn oder achtzehn Monate irgendwohin zu stecken. DAS IST FREIHEITSBERAUBUNG.

Um dieser Sache zu entgehen, müßte man alle Methoden des Widerstandes in einer kleinen Broschüre festhalten.
Wir halten diese Sache für sehr wichtig, da viele Leute reichlich auf dem Schlauch stehen; nicht nur bei uns. Es fehlt aber an Informationen, und es wäre wichtig, wenn ihr uns schreiben würdet, wie ihr von dem 'Dienst am Volk' abgekommen seid."

Kontaktadresse: Alternative Kriegsdienstgegner im AJZ, Sternberger Straße 5, 4923 Extertal-1

ZDL: ABWESENHEIT IST KEINE STÖRUNG

BREMEN *Wir drucken hier eine Information der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer ab. Die Zentralstelle teilt uns mit, daß die Disziplinarstrafen für Abwesenheit vom Dienst mittlerweile anders gehandhabt werden. Sie bezieht sich dabei auf Urteile des Bundesdisziplinargerichts vom 6. Oktober 78 (Kammer II – Karlsruhe – II ZK 5/78) und vom 26. September 78 (Kammer VIII – Hannover – VIII ZK 11/78):*

"In wichtigen Grundsatzentscheidungen hat das Bundesdisziplinargericht zur Bestrafung von Dienstversäumnis aus Anlaß von ZDL–Demonstrationen ("Streik") Stellung genommen und seine bisherige Rechtsprechung z.T. geändert, z.T. präzisiert.

Geändert wurde die bisherige Auffassung, daß Abwesenheit vom Dienst immer auch eine Störung oder Gefährdung des Arbeitsfriedens sei. Diese generelle Annahme ist nicht mehr erlaubt, vielmehr müßte eine solche Störung nachgewiesen werden, ehe sie strafverschärfend geltend gemacht werden kann.

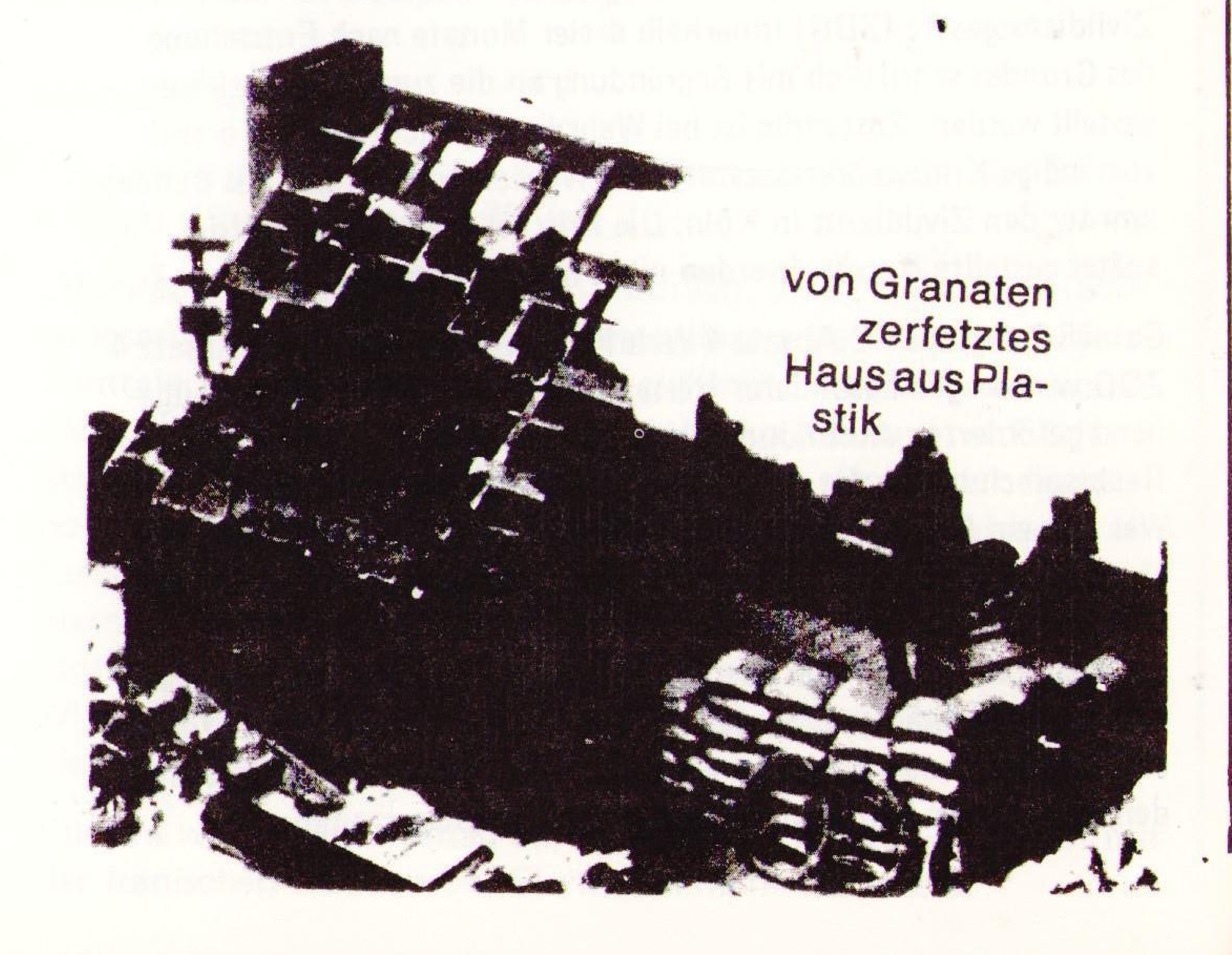
Präzisiert wurden die Bestimmungen über das Nichtbefolgen dienstlicher Anordnungen. Danach ist die wiederholte allgemeine Belehrung über Dienstpflichten keine dienstliche Anordnung, deren Nichtbefolgen strafverschärfend geltend gemacht werden könnte.

Präzisiert wurde auch, daß Streik im Zivildienst zwar verboten ist, daß aber die Berufung auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung im gegebenen Fall zwar nicht Straffreiheit, aber doch eine milde Beurteilung der an sich unrechtmäßigen Tat erlaubt. Die Geldbuße von DM 100,- wurde in einem Fall auf DM 20,-, im anderen auf DM 30,- herabgesetzt. Die Verfahrenskosten wurden einmal ganz , einmal zur Hälfte der Staatskasse auferlegt.

Mit diesen wichtigen Urteilen wird das Verhalten des Bundesbeauftragten für den Zivildienst und des Bundesamtes für den Zivildienst gegenüber dem Streik der ZDL am 27.1.78 kritisiert. Das Gericht hat sich praktisch der Rechtsauffassung angeschlossen, die der inzwischen versetzte Ministerialrat Harrer am 30.12.77 in der Frankfurter Rundschau geäußert hatte.

Wir empfehlen allen mit Geldstrafen belegten Zivildienstleistenden, unter Berufung auf diese Urteile gegebenenfalls die Herabsetzung der verhängten Geldbußen zu beantragen. Soweit die Disziplinarverfügungen schon rechtskräftig geworden sind, empfehlen wir, die Herabsetzung des Strafmaßes auf dem Gnadenwege zu beantragen.
gez. Finckh"

Kontakt: Donandtstraße 4, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/340025 nach Dienstschluß: 0421/236230


von Granaten zerfetztes Haus aus Plastik

"SCHEINBAR UNBETEILIGT DIE FUSSGÄNGERZONE AUF– UND AB"

Über die Verhinderung einer Iran-Demonstration. . .

Mannheim 7. Dezember — *Am Samstag, den 2.12., sollte in Mannheim eine Anti-Schah-Demonstration stattfinden, die aber kurz zuvor noch verboten wurde. Was dann geschah, schildert uns ein Mannheimer (der Bericht ist gekürzt):*

"Was sich an diesem Samstag in Mannheim abspielte war 1984, war Ausnahmezustand, der glatt in den Normalablauf (des Weihnachtsgeschäftes) integriert war: Verhaftungen, Kontrollen, Verhindern von praktisch allem, was geplant war – heimlich, für weite Teile der Bevölkerung unsichtbar. Die gesamte geplante Demonstrationsroute - die Mannheimer Fußgängerzone - war von der Polizei besetzt, Leute, welche zur Demonstration wollten, wurden schon an den Eingängen von Mannheim kontrolliert und notiert, wurden am Betreten der Fußgängerzone gehindert, wurden von der Straße weg verhaftet (ca. 50).

Kleinste Ansammlungen von Leuten wurden zerschlagen, Leute wurden fotografiert, video-gefilmt. Auch der Süddeutsche Rundfunk, welcher in Erwartung einer Wiederholung von Frankfurt behelmt erschienen war, wurde zum Teil an seiner Interview-Tätigkeit gehindert. Die Situation war gespannt – weil laufend Leute, welche sich in irgendeiner Weise zum Iran äußerten, verhaftet wurden – und grotesk gleichzeitig: die Genossen kauften sich reihenweise irgendwelche Sachen auf den Märkten, um ne Plastiktüte oder sonstwas inden Händen zu haben, mit denen sie als Weihnachtseinkäufer gelten konnten und den Greiftrupps der Bullen nicht sofort auffielen, und schlenderten scheinbar unbeteiligt die Fußgängerzone auf und ab in der Hoffnung, daß sich doch noch etwas entwikkeln würde.

Außer einzelnen verdeckten Flugblattaktionen lief jedoch nichts und konnte wohl unter den gegebenen Umständen auch nichts laufen. Trotz alledem konnten an die 1800 Flugblätter verteilt werden.

Wäre diese -absehbare- Situation bereits vorher konsequent diskutiert worden, hätten wir als Demonstranten uns durchaus Aktionen überlegen können, welche dem politischen Ziel der aktiven antiimperialistischen Solidarität hätte materiellen Ausdruck verschaffen können – was immer das heißen mag. Man sollte für zukünftige Aktionen daraus lernen und sich bereits vorher überlegen, wie man mit solchen Bedingungen umgeht. Laßt eure Fantasie ein wenig spielen und erkennt die Aktionsmöglichkeiten, die sie uns nicht nehmen können."

Abendgymnasium Frankfurt

„ICH SEHE KEINE GEWALT . . . "

FRANKFURT 19. DEZEMBER — *Am 14. Dezember gegen 17 Uhr wurden auf dem Schulhof des Abendgymnasiums Frankfurt ca. 75 Schüler festgenommen (zum Teil in die Gefangenentransporter geknüppelt) und dann im Polizeipräsidium erkennungsdienstlich behandelt. (siehe ID 260). Unter den Festgenommenen befanden sich sehr viele Frauen, die bei der ED-Behandlung durch die Beamten noch eine „frauenspezifische" Behandlung erfuhren. Folgende Erfahrungsberichte sprechen für sich:*



„Im Flur vor dem ‚Fotolabor' im Polizeipräsidium: Zwei Bullen reden über mittelalterliche Foltermethoden, wie zum Beispiel die Fußsohlen mit Salz zu bestreichen und von Ziegen ablecken zu lassen. Einer meint, so viel Ziegen seien heute in Frankfurt gar nicht zu finden. Als ein Schüler meinte, wie er die Methoden der Polizei erfahren habe, würden sie schnell eine Maschine entwickeln, die die Ziegen ersetzen könnte, wirft ein Bulle einen bedeutungsvollen Blick auf uns Frauen und meint: ‚Die könnte man nicht nur für die Fußsohlen verwenden.' "

„Zu einer anderen Schülerin:

„Die Fresse müssen wir uns merken, für die nächste Demo." Und als sich die Schülerin nach dem Finger-Abdrücken die Hände wäscht: „Jetzt nutzt sie das auch noch aus und wäscht sich hier. Aber ‚unten' waschen nicht vergessen, dann kriegen wir auch mal was schönes zu sehen."

Ein weiteres Erlebnis beim Fingerabdrücke-Nehmen:

„Ich ziehe meinen Finger von der Farbe weg, darauf der Bulle: ‚Das machen sie nur einmal', packt meinen Finger und biegt mir genüßlich den Fingernagel nach oben. Und in der Frankfurter Rundschau konnten wir dann am nächsten Tag lesen, daß nach Angabe des Pressesprechers der Polizei gar keine Fingerabdrücke von uns genommen worden seien. Am nächsten Tag, dem 15. Dezember ist dann die Schule wieder einmal geschlossen. 17 von ca. 30 jetzt noch unterrichtenden Lehrern weigern sich unter dem jetzigen Schulleiter Freudel, Unterricht anzubieten. Von I Lehrern, die bei der Festnahme der Schüler Augenzeuge waren, wurde gegen Freudel Strafanzeige gestellt, wegen mittelbarer Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung. Er hatte mit dem Satz: ‚Ich sehe keine Gewalt' den Prügelszenen auf dem Schulhof den Rücken gekehrt. Sogar Lehrer wurden im Beisein von Herrn Freudel festgenommen. Es lag ganz eindeutig in seiner Hand, die gewalttätigen Eingriffe zu verhindern. Da es nach Meinung der Lehrer jeden Tag zu derartigen Polizeieinsätzen kommen kann, die sie nicht verantworten können, ist der Dienst in einer solchen Situation unzumutbar

ZUR VERFOLGUNG UND VERSUCHTEN ERMORDUNG DES IRLANDKOMITEES

OBERURSEL
Dezember

Was uns nicht so sehr erstaunt, ist die Tatsache, daß wir seit den Tagen der Bombenanschläge auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee keinen Schritt mehr gehen können, ohne daß uns BKA oder LKA–Bullen einen alltäglichen Geleitschutz bieten. Mal verdeckt, mal offen, mal provokativ. Uns warnt eher die Verdichtung dieses allgemeinen Verfolgungsbildes in jüngster Zeit: der Oberstaatsanwalt von Hessen hat nun formal eine strafrechtliche Ermittlung gegen das kontinuierlich erscheinende Irland-Info eröffnet. Dieses soll – so diverse Gutachten der Bundes- und Landesrichter von Kuhn bis Foth – "Gewalt verherrlichen", selbstverständlich zum "Terrorismus" aufrufen und überhaupt gegen so ziemlich alle einschlägigen Straftatbestände verstoßen haben. Gesucht wird nun der presserechtlich Verantwortliche. Ist der nicht aufzutreiben, so droht die Beschlagnahme von Infos und Druckmaschinen, droht das Verbot den Infos überhaupt und winken Knast und Strafen. Offenbar soll die Geschichte von AGIT (Berlin) und Fantasia (Stuttgart) wiederholt werden.

Noch dunklere Dinge ereigneten sich bei uns in geradezu übertriebener Häufigkeit: siebenmal wurden binnen vier Wochen in die dicken Enduro–Stollen des Motorrades eines Komiteemitgliedes kunstvoll zurechtgetrimmte Stecknadeln getrieben. Derart, daß diese den Schlauch erst bei Hochgeschwindigkeit zerstörten. Ein glatter Mordversuch, bestätigt und gesichtet von einer KFZ–Werkstatt und teuflisch angelegt. Kaum war diese Serie erfolglos – abgesehen von leichteren Stürzen – abgebrochen, ließ sich das Garagentor, wohinter das Motorrad stand, nicht mehr öffnen. Die Reparaturfirma brauchte 3 Monate (!) für die Öffnung. Offenbar sind Motorräder schwer zu observieren. Wie bescheiden, daß eines unserer Autos nur vier Platten in letzter Zeit zu verzeichnen hatte.
Wir bitten, mit uns die weitere Entwicklung genau zu verfolgen und Irland–Infos zu bestellen, bevor sie beschlagnahmt sind.

Kontakt: WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel 5, Tel. 06171/73212

alysen Untersuchungen

DIE PRESSEWAHRHEIT UND DIE VORBEUGEHAFT ZU HEIDELBERG

Heidelberg
20. Dezember

Die Polizei hat, so schrieb die Rhein-Neckar-Zeitung, am Samstag, 16.12., jegliche Anti-Schah-Demonstrationsversuche in Heidelberg im Keim erstickt. Die Demonstration – gemeinsam vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands und der Conföderation Iranischer Studenten/Nationale Union organisiert – war vom Oberbürgermeister Reinhard Bundel (hieß der nicht mal Zundel? - ID) verboten. Trotzdem scheint (und davon gibt es Fotos!) doch eine, ganz friedliche, Demonstration vom Bismarckplatz durch die Heidelberger Hauptstraße zum Universitätsplatz gezogen zu sein. . .

Aber so etwas kann man doch nicht in einer bürgerlichen, Bundelhörigen Zeitung bringen! Was nicht sein darf, das kann nicht sein.

Die Demonstration war friedlich, weil die Polizei, die bis 14.30 Uhr das Stadtzentrum besetzt hatte, abgezogen war. (Vielleicht waren die Bullen hungrig? -ID) Vormittags aber hatte die Polizei 65 "polizeibekannte KBW-Mitglieder, die ja als Rädelsführer angesehen werden mußten" (ein Polizeisprecher) gefaßt, in Polizeigewahrsam genommen und erst am Abend wieder laufen gelassen.

Niemanden in der bürgerlichen Öffentlichkeit schien es zu stören, daß man heute schon als KBW-ler "polizeilich bekannt" (wie? durch Mitgliedsausweis? Foto? Abgehört?) einfach eingesperrt werden kann. Warum eigentlich noch ein Vorbeuge-Verwahrungsgesetz in Bonn durchpeitschen? Ist doch unnötig. . .

Weitere Informationen über die Polizeiaktionen über den Heidelberger Rechtsanwalt Härdtle, Tel. 06221/21 001

Max Watts/ ID

DÜRRE IM IRAN: EXPRESS NOTHILFE VIA RAMSTEIN (PFALZ)

RAMSTEIN/FRANKFURT
Dezember 1978

Es herrscht Dürre im Iran, selbst die Ölquellen fließen nicht wie einst, seitdem Armee und Polizei die Arbeiter hindern, für ihren Schah treu zu pumpen. Wasserkanonen (*hierzulande besser als Wasserwerfer bekannt – ID*), anscheinend aus Österreich, sollten für Abhilfe sorgen, doch Sonnenkönig Bruno Kreisky quälten übertriebene Neutralitätsgedanken. So konnten diese „Zivilfahrzeuge" (so das Auswärtige Amt der Bundesregierung Deutschland) nicht direkt geliefert werden. Aller Dringlichkeit zum Trotze mußten sie vorerst in die entgegengesetzte Richtung – West - Nord - West – in die BRD, in die Pfalz, nach Ramstein fahren, um im Hauptquartier der US Air Force in Europe, wo sich auch das Military Airlift Coordination Center befindet (in Heidelberg ist nur das Army (!!) Hauptquartier) in zwei passende US-Militärmaschinen verladen werden zu können.

NUN ABER AB DURCH DIE MITTE! – PECH.....

Die rabiaten Neutralisten in Wien verweigerten die Überflugserlaubnis. Die dringend benötigten Kanonen mußten noch weiter nach Westen fliegen, über Frankreich, ans Mittelmeer; endlich ostwärts zum lieben, aber austrocknenden Schah.

„Wasserkanonen sind kein Kriegsgerät, deswegen können wir die österreichischen und schweizerischen Bedenken nicht teilen. Es ist ganz in Ordnung, wenn wir sie über deutsches Territorium dem iranischen Volk zufliegen lassen", so unsere beliebte Regierung. Nur gut, daß die Kanonen hier in Frankfurt nicht mehr gegen die Perser benötigt werden.

Max Watts/ID/AFP

VOLKSENTSCHEID ÜBER DEUTSCHE KERNKRAFTWERKE IM IRAN ?

Der Streik der persischen KWU-Praktikanten

OFFENBACH
20. Dezember

Seit Anfang November streiken alle vierhundert Ingenieure und Ingenieurstudenten, die bei der Kraftwerkunion (KWU) in der ganzen Bundesrepublik darauf vorbereitet werden, die KWU-Kernkraftwerke im Iran zu warten. Die 400 wurden von der iranischen Atomenergiebehörde, die ihnen ihre Ausbildung bei der KWU bezahlt, ausgewählt. Der persische Geheimdienst SAVAK soll sie auf politische Zuverlässigkeit hin geprüft haben. Nun streiken sie gegen das Schah-Regime und für die Befreiung vom Kolonialismus und von einer Atomkraftwerkspolitik, die ein Mittel dieses Kolonialismus' ist.

Die 400 Iraner sind von der Ausweisung bedroht. Ihre Aufenthaltserlaubnis ist an das Ausbildungsverhältnis mit der KWU gebunden. Löst die KWU dieses Verhältnis auf, können alle Streikenden in den Iran ausgewiesen werden. Drohbriefe in diese Richtung sind schon verschickt worden (vgl. ID 259 vom 10. Dezember und 260 vom 16. Dezember, S. 23).

In allen Städten, in denen die persischen Praktikanten arbeiten, müssen Rechtsanwälte gefunden werden, die im Notfall sofort einspringen können. Praktikanten befinden sich in Regensburg, Erlangen, Würzburg, Grafenrheinfeld, Schweinfurt, Übrigheim, Isny, Aschaffenburg, Frankfurt, Bensheim, Mannheim, Karlsruhe, Bruchsal, Biblis, Neckarwestheim, Saarbrücken, Dortmund, Mülheim, Bocholt, Hamburg.

Bisher wurden die 400 streikenden Perser bei der KWU von der „Öffentlichkeit" und den Gewerkschaften kaum unterstützt. Ihre konkreten Forderungen sind kaum bekannt.
Für die Gewerkschaftskollegen ist die Unterstützung aus allerhand rechtlichen Gründen nicht leicht. Die Perser arbeiten für die iranische Atombehörde, nicht für die KWU. Forderungen wie „Auflösung der Geheimpolizei SAVAK" sind zu politisch; die Forderung „Volksabstimmung über den Bau von Kernkraftwerksanlagen" ist sogar gegen die Geschäftsinteressen der KWU gerichtet. Ja, bei genauerem Hinsehen erweist sich der ganze Aufstand in Persien als geschäftsschädigendes Verhalten .

Wir drucken jetzt zwei Resolutionen der Perser ab

Die erste Resolution wurde am 15.11. im Erlanger Büro der KWU von allen 400 persischen Praktikanten verabschiedet. Ob die zweite (sie fängt an mit: „IM NAMEN GOTTES...") überhaupt zur Abstimmung gestanden hat oder nur so unter den Persern zirkuliert, wissen wir nicht. Bei der Resolution „Im Namen Gottes" fehlen vor allem die Forderungen 4) und 7) der ersten, von allen 400 verabschiedeten Resolution:

Resolution 1:

RESOLUTION

DER PRAKTIKANTEN DER IRANISCHEN ATOMENERGIEBEHÖRDE IN DER BRD.

Die Praktikanten der iranischen Atomenergiebehörde kamen am 15.11.78 im Büro der KWU in Erlangen zusammen.

Sie erklärten sich solidarisch mit dem gerechten Kampf ihres Volkes, das für die Errichtung einer demokratischen Regierung und für die Befreiung von jeglicher Art des Kolonialismus kämpft. Hierbei wurde eine Resolution beschlossen und folgende Forderungen gestellt:

1. Abschaffung der Militärregierung und des Kriegsrechts.
2. Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen.
3. Rückkehrerlaubnis und Einräumung der politischen und gesellschaftlichen Rechte für alle Iraner, die im Ausland leben und in ihre Heimat zurückkehren wollen.
4. Festnahme und öffentliche Verurteilung derjenigen, die für Korruption und die Massaker im Iran verantwortlich sind.
5. Ausweisung aller ausländischen Militärberater.
6. Abschaffung des Geheimdienstes SAVAK.
7. Revision und Überprüfung von Kernkraftwerksverträgen und ähnlichen Abmachungen durch ein nationales Sachverständigenkomitee unter Berücksichtigung der speziellen geographischen, wirtschaftlichen und politischen Lage des Iran, sowie Durchführung einer Volksabstimmung über den Bau von Kernkraftwerksanlagen.

Wir werden unseren Streik erst beenden und die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die oben genannten Forderungen erfüllt und unsere Ausbildungsschwierigkeiten und sozialen Probleme in der BRD gelöst sind.

Resolution 2:

IM NAMEN GOTTES,

DER ALLEN MENSCHEN SEINE GNADE UND DENJENIGEN, DIE DER UNTERDRÜCKTEN KLASSE DIENEN, SEINE BESONDERE BARMHERZIGKEIT GEWÄHRT.

Das iranische Volk hat sich jetzt für die Wiederbelegung und Bewahrung der menschlichen Werte und die Vernichtung der Unmoral erhoben.
Das iranische Volk, das jetzt auf jede Art und Weise vom Imperialismus angegriffen wird, ist seit langem seines materiellen und kulturellen Besitzes beraubt worden. Das UNBEWAFFNETE Volk des Iran demonstriert auf den Straßen vereinigt und einstimmig gegen das Schah-Regime und die Imperialisten. Das diktatorische Schah-Regime, Marionette des US-Imperialismus, geht gegen das unbewaffnete Volk mit Panzern und Maschinengewehren vor.

Wir, 400 iranische Kernkraftwerks-Ingenieure und -Techniker, solidarisieren uns mit unseren Landsleuten und ihrem gerechten Kampf,und befinden uns zur Zeit im Streik in Deutschland. Wir werden weiterstreiken, bis unsere Forderungen erfüllt werden:

1) Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran.
2) Entlassung der iranischen Militärregierung und Einsetzung einer vom Volk gewollten Regierung.
3) Auflösung des SAVAK.
4) Ausweisung aller US-Militärberater aus dem Iran.
5) Erlaubnis aller iranischen Staatsangehörigen, die im Ausland politisch tätig waren, unbehelligt in den Iran zurückzukehren.

Iranische Kernkraftwerks-Angestellte, die sich zur Zeit in Kernkraftwerken der KWU in Deutschland weiterbilden.

Kontaktadresse: Sprecherrat der FAU, Hindenburgstr. 2, 8520 Erlangen

FÜNFTAUSEND SCHÜLER IM STREIK

BREMEN
14. Dezember

Das 'Tossens'-Papier (Tossens ist ein Ort in Wesermarsch, in dem Schulfachleute das Papier ausheckten), ein Entwurf zur wesentlichen Verschärfung der Neu Gestalteten Oberstufe (NGO), ist der Anlaß für massive Proteste der Schüler in Bremen. Wir zitieren aus „David", dem Organ der Gesamtschülervertretung (GSV):

75 Prozent für Schulstreik

An den einzelnen Schulen stimmten für Streik:

Altes Gymnasium: 62 % (98 % gegen das 'Tossens'-Papier) / Hamburgerstraße: 86 % / Holter Feld: 64 % / SZ Huchting: 83,7 % / GS West: 98 % (*whow! ID*) / Rübekamp: 88 % ... *(in dieser Richtung geht das jetzt noch 12 Schulen weiter. ID)*

Hier noch einmal ganz kurz die wesentlichen Punkte des 'Tossens'-Papiers:

1. die Einführungsphase wird von einem halben auf ein Jahr ausgedehnt; das bedeutet auch eine Verlängerung der Hauptphase um ein halbes Jahr.
2. Es soll ein Folgekurssystem in allen Fächern, die „Kurssequentialität" *(das bedeutet nicht nur, daß alle Kurse inhaltlich aufeinander aufbauen, sondern auch, und das ist der Hammer, daß alle einzelnen Kurse von Anfang an belegt werden müssen, ID)* eingeführt werden. Folge: Einschränkung der freien Kurswahl und Abbau der Mitbestimmung.

Fünftausend Bremer Schüler gehen nicht in den Unterricht! In vier Marschsäulen mit jeweils mehr als tausend Schülern demonstrierten wir zum Markplatz. Doch das ging etlichen Schulleitern über die Hutschnur: Am Gymnasium Kurt Schumacher Allee schloß der Direktor die Eingangstüren ab. Viele der eingesperrten Schüler verließen die Schule durch das Fenster. Auch die Schulleiter an der Hamburgerstraße und am Barkhof drehten durch und meinten, die Schüler einsperren zu müssen.

Doch dies war nicht der einzige kläglich gescheiterte Versuch, den Schulstreik am 14. in letzter Minute noch zu verhindern: Vom Gymnasium Leibnitzplatz ist bekannt, daß Klassenarbeiten kurzfristig auf den Streiktag verlegt wurden, um die Schüler am Streik zu hindern. Den streikenden Schülern droht eine 6.

Solche Einschüchterungsversuche zeigen immer wieder deutlich, wie wichtig das STREIKRECHT FÜR SCHÜLER ist.

Doch trotz aller Einschüchterungsversuche trafen 5 000 Schüler auf dem Marktplatz ein.

Die auf dem Marktplatz ankommenden Schüler wurden mit großem Beifall begrüßt.
In Sprechchören forderten wir die Rücknahme des Tossens-Papiers. Da sich Mor(i)tz Thape (Bildungssenator) weigerte, vor den Schülern zum Tossens-Papier Stellung zu nehmen, ging eine Schülerdelegation in die Bürgerschaft. Die Delegation knallte Thape die Forderungen der streikenden Schüler auf den Tisch. Thape aber erging sich in wüsten Beschimpfungen gegen die GSV, den Schulstreik und unsere berechtigten Forderungen. Den Grund für die Empörung der Schüler hatte Bildungssenator Thape schnell ausgemacht. Nicht etwa seine Politik, nein, allein der Wunsch, einen schulfreien Tag zu haben, seien der Anlaß für den Streik. Offensichtlich selber nicht ganz glücklich über diese Argumentation, gestand er zu, daß man über einige Punkte des Tossens-Papiers ja noch einmal diskutieren könne. Thapes Diskussionsbereitschaft in Ehren (sicherlich ist sie auch auf die große Zahl der streikenden Schüler zurückzuführen), aber was an konkreten Zugeständnissen für die Schüler dabei herauskommt, wird von unseren weiteren Aktionen abhängig sein.

Die nächsten Aktionen

Jetzt gilt es, das Bündnis auf allen Ebenen zu erweitern. An jeder Schule müssen Elternabende stattfinden, auf denen wir unsere Positionen verdeutlichen, unsere Maßnahmen erklären und die Eltern in eine aktive Mitarbeit einbeziehen können. Gerade die Unterstützung der Elternschaft kann uns in unserem Kampf nach vorne bringen. Diese Elternabende sollten möglichst mit Vertretern der GEW ablaufen. Denn die GEW, d.h. die Lehrer, sind ja ebenfalls vom Tossens-Papier betroffen und haben die Schüleraktivitäten unterstützt.

Unbedingt sollten vor den Ferien Klassendelegierten- und Vollversammlungen stattfinden, auf denen wir den Streik auswerten und uns für die eigene Schule weitere Aktionen ausdenken.

Der GSV-Vorstand wird versuchen, in die Bremer Zeitungen eine Anzeige zum Tossens-Papier und zu den Aktionen zu veröffentlichen, um die Bevölkerung zu informieren. Für jeden Schüler besteht übrigens die Möglichkeit, verstärkt Leserbriefe zu der Berichterstattung in den Bremer Zeitungen zu schreiben. Nutzen wir das Mittel!"

Kontakt: Gesamtschülervertretung (GSV), Löhningstr. 35, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 / 36 16 724

Amsterdam

HET KANTOOR GAAT NIET DOOR!

(Büros werden nicht gebaut)

AMSTERDAM
Dez. 78

Aus Holland bekamen wir mehrere Informationen über den Kampf gegen die Wohnraumzerstörung in Amsterdam. Wir wollen hier kurz die Ereignisse der letzten Monate zusammenfassen. Damit soll auch die Berichterstattung über Ereignisse in Holland und Belgien wieder aufgenommen werden und auch in Zukunft kontinuierlicher über diese Länder berichtet werden.

Der 'Wohlstandsstaat' Niederlande weist immer noch eine enorme Wohnungsnot auf, vor allen Dingen in Amsterdam. Die Innenstadt Amsterdams war bis Ende des 2. Weltkriege ziemlich unzerstört, im Gegensatz zu Rotterdam, das im zweiten Weltkrieg völlig zerbombt wurde. Aber gerade in dem Gebiet, wo die Nazis jüdische Ghettos aufbauten und wo nach den Deportationen viele Straßen verlassen waren (Gebiet um den Nieuwmarkt), verrotteten leerstehende Häuser. Nach dem Krieg wurde die Wohnraumzerstörung durch die Stadt fortgesetzt: Stadtrat unter Mitwirkung aller politischen Parteien (von Liberalen bis kommunisten) trieben den Bau von Bürohäusern Banken etc. voran. Seit Ende der 60iger Jahre bildeten sich Aktions- und Stadtteilgruppen. Sehr viele Bewohner Amsterdams, die von den 'Entwicklungsplänen' des Magistrats bedroht waren. ließen sich nicht mehr von den unterschiedlichsten Wahlversprechungen beeinflussen sondern nahmen ihre Angelegenheiten in die eigene Hand, indem sie eine große Anzahl leerstehender Häuser besetzten. Nach 10 Jahren hat die Hausbesetzerbewegung in Amsterdam eine Reihe Erfahrungen gesammelt, im Augenblick umfaßt sie 8 - 10.000 Personen. Besonders in der Innenstadt haben Hausbesetzer sich gewehrt, so zum Beispiel auch gegen den Bau einer Mwtro – was in Amsterdam aufgrund der Wasserdurchlässigkeit des Bodens Abriß hunderter Häuser, Trockenlegung von Grachten, kurzum Zerstörung des gesamten Stadtbildes bedeutet hätte. Die Stadt sah sich gezwungen, nach der Fertigstellung einer ersten Linie den weiteren U-Bahn-Bau fallenzulassen. Wie algandauern die einzelnen konkreten Aktionen sind, zeigt die Auseinandersetzung in der Jondenbreestratt – der letzte Höhe-

punkt der Stadtteilbewegung in Amsterdam. In der Nähe vom Nieuwmarkt, dort wo die Touristen tagtäglich ins Rembrandthaus strömen, steht aufder gegenüberliegenden Seite ein Betonklotz, der einem horizontalen Wolkenkratzer ähnelt und der von einer Straßenecke bis zur anderen reicht. Der Eigentümer dieses Bürohauses, das leersteht und ein reines Spekualtionsobjekt ist, der englische Spekulant Grand Viste sollte von der Stadt weiteren Grund und Boden in dieser Straße verkauft bekommen – ein Sanierungsplan, der zu den 250.000 qm Büro fläche, die jetzt bereits leerstehen noch weitere 8.000 qm hinzuzufügen würde. Ein Verkauf des Gemeindeeigentums an Grand Vista würde den Abriß zweier Häuser (8 Wohnungen und zwei Läden) bedeuten. Schon vor 1975 war ein weiterer – auch leerstehender Block – um das Rembrandthaus an Grand Vista verkauft worden. Das Haus nebenan, eines der augenblicklich besetzten Häuser, war von einem Abrißkommando von innen total zerstört worden. Ende 1975 beschließt eine Gruppe Besetzer, die durch den Metrobau auf die Straße gesetzt worden war, dieses Haus wieder aufzubauen. Mit Unterstützung eines 'Baufonds' benachbarter Besetzergruppen' und mit vielen Stunden freiwilliger Arbeit wird das Haus wieder aufgebaut, 4 Wohnungen und ein Buchladen, (der bald eines der Zentren der Stadtteilgruppen wird), das 'Fort van Sjakoo' entstehen. Inzwischen steigt der Quadratmeterpreis in dieser Gegend horrend – im Augenblick beträgt er 2.500 Gulden. 200.000 qm leerstehender Büroraum – 60.000 Wohnungssuchende steht auf einem Transparent zwi schen den beiden besetzen Häusern Jodenbreetstraat 16 und 24 zu lesen. Als der Widerstand gegen den Sanierungsplan immer größer wurde, versuchte Grand Vista mit einer Reihe von Verlockungen die Bewohner aus den Häusern zu kriegen. Er kauft für sie ein anderes Haus, worin er ihnen zwei Jahre lang Mietfreiheit anbietet, was die Bewohner allerdings ablehnen. Das englische Spekulationsunternehmen und der Amsterdamer Stadtrat haben Interesse, den Konflikt so schnell und friedlich zu lösen, sie wissen – und das wissen allerdings auch die Besetzergruppen, eine Verhinderung des Abrisses der Häuser in der Jodenbreestraat hätte Auswirkungen auf den gesamten Stadtsanierungsplan, ein Plan, der 1970 entwickelt wurde und der u.a. in der g ganzen Gegend um den Nieuwmarkt nur noch den Bau von Bürohäusern vorsieht. Es geht also darum , den gesamten Stadtentwicklungsplan zu Fall zu bringen. Aber Gran Vista hat auch andere Methoden. Am 25. September schickt er um 5 Uhr einen Lastwagen mit Container udn einem Abrißkommando. Über ein Alarmsystem werden in kürzester Zeit dutzende von Menschen aus benachbarten besetzen Häusern mobilisiert. Das Kommando muß schließlich abrücken nicht zuletzt auch wegen Opposition kleinerer Parteien im Amsterdamer Stadtrat. Inzwisc hen hat der Widerstand einen vorläufigen Höhepunkt erreicht; am 22. November veröffentlicht der Amsterdamer Magistrat in einer Presseerklärung einen Beschluß, den Büroplan in der Jodenbreestraat auf Eis zu legen und zusätzlich noch das Ergebnis einer Verhandlung mit Grand Vista, in der sich schon in den

einer Verhandlung mit Grand Vista, in der sich beide geeinigt haben, daß die Stadt 1300 qm des sich schon in den Händen des Spekulanten befindenden Grundbesitzes für 1. Mio Gulden zurückkauft und für Wohnzwecke zur Verfügung stellt.

Dieser Erfolg ist natürlich in erster Linie auf die breite Unterstützungsbewegung im Stadtteil und in ganz Amsterdam zurückzuführen. aber auch auf eine Ausnutzung juristischer Hebel und Widersprüche im Stadtrat. Zum Teil ist er – mit rien kapitalistischer Logik gedacht – auch Ursache der Überlegung, daß Augenblick in Amsterdam ein Überangebot an Büroraum besteht und auf der anderen Seite der qm-Preis eines in Kommunaleigentum befindlichen Gebietes auch im Laufe der Zeit nicht unbedingt fallen wird. Die Stadtteilgruppen fordern nach diesem ersten Sieg noch mehr: auch in den umliegenden Straßen gibt es eine Reihe von Sanierungsplänen, die zu Fall gebracht werden müssen. Kurz nach der Entscheidung des Stadtrates zeigte dieser in einer anderen Aktion wider sein zweites Gesicht. Eine Gruppe der 'Mobilien Einheit' der Amsterdamer Polizei stürmte ein Haus in der Kinkerbuurt (im Westen der Stadt) und vertrieb die Bewohner unter Deckung eines Wasserwerfers. Dieses Haus war noch nicht einmal ein eigentliches 'besetztes' Haus sondern war über das Jugendwohnungsmat vermietet worden. Vorgeschobenes Argument für die Aktion: Die Baupolizei hatte angemeldet, daß die Häuser akut baufällig seien und Räumung angeordnet.

Kontaktadresse für weitere Informationen über die Amsterdamer Kraak (Besetzer)bewegung: Buchladen 'Het Fort van Sjakoo', Jodenbreestraat 24, Amsterdam.

HAUSBESETZERBEWEGUNG IN AMSTERDAM SIEGE UND NIEDERLAGEN

FRANKFURT Dezember 78

Zuerst zum Thema Hausbesetzungen ein Leserbrief eines Genossen, der im Fort van Sjakoo, einem linken Buchladen in Amsterdam (siehe unten), mitarbeitet.

"Ich möchte meinen Ärger über einen oberflächlichen, nutzlosen Sensationsbericht im ID Nr. 256, S. 27 ausdrücken, es handelt sich um den Artikel über Hausbesetzungen in London. 'Der Bürgermeister entschied, alle Häuser räumen zu lassen.' Zuerst steht nichts im Bericht, daß die Räumung der Huntleystreet bereits im August stattfand und weiter wird in der Überschrift eine voll und ganz unwahre Berichterstattung über London gegeben. Wichtige Reaktion der Londoner Stadt auf die Besetzerbewegung ist das zum letzten Jahreswechsel in Kraft getretene Angebot des GLC (Greater London City Council). alle Besetzer in den Häusern des GLC zu legalisieren oder woanders unterzubringen. Etwas, das die Londoner Besetzerbewegung, die sowieso schon durch die enorme Größe der Stadt und die verschiedenen Bedingungen der einzelnen Stadtteile wenig Zusammenhang hat, praktisch in zwei Teile gespalten hat. Nun gibt es innerhalb der Bewegung zwei grundlegende Auffassungen (neben der Gruppe, die überhaupt keine Meinung hat, sondern besetzt, um zu besetzen).
a) Häuser besetzen ist eine Form revolutionärer Aktion und Mobilisierung für weitere politische Aktivität
b) Besetzen ist eine Notwendigkeit, um ein Dach über den Kopf zu kriegen, ohne das daraus eine politische Bewegung werden muß.
Nun gehört die Gruppe von Wortführern der Huntleystreet zur Auffassung a). Sie haben zum Beispiel auch Kontakt mit uns in Amsterdam aufgenommen, wobei Diskussionen geführt worden sind über das Aufweichen eines Angstsyndroms vor Polizeiaktionen (ein Syndrom, das auch stark bei euch in Deutschland vorherrscht). Indem man nur Niederlagen nennt, vergißt man zu erwähnen, was eventuell auch erfolgreich war und das laufende Gerde über den Polizeistaat schafft dieses Angstsyndrom nicht ab, sondern bewirkt das Gegenteil. Auch das, was im Huntleystreet-Brief über die internationale Widerstandsbewegung steht, ist mehr als unklar. Ich bin allerdings für Berichterstattung, die die verschiedenen Seiten zeigt – aber dann müssen Erfahrungen vermittelt werden und vor allen Dingen Diskussionen innerhalb Bewegungen, worin wir uns selbst eventuell wiedererkennen können – aber keine Panikberichterstattung, wodurch nur Ängste erzeugt werden oder dem Masochismus bestimmter politischer Aktivisten Genugtuung gegeben wird."

In diesem Zusammenhang hier noch die Kontaktadresse des offiziellen Nachrichtendienstes der Londoner Hausbesetzer-Bewegung:

London Squatters Union, 8, Fitzroy Square W 1, London England

AUCH SCHOTTISCHE BAUERN GEWALTFREI GEGEN TORNESS

WISE (was das ist? Siehe unten) schickte uns die folgende Presseerklärung:

„Bauern der Region Torness in Schottland haben das Gelände umgepflügt, auf dem ein Atomkraftwerk gebaut werden soll. Sie wurden durch Demonstranten aus ganz England unterstützt. 300 Menschen legten sich vor die Bulldozer, um den Baubeginn zu verhindern. Die Polizei griff ein und verhaftete 50 Demonstranten, weit mehr, als das örtliche Polizeirevier fassen konnte.

Soweit der letzte Zusammenstoss (Mitte November) zwischen den gewaltfreien Atomgegnern der Torness Alliance und dem South Scotland Electricity Board, das die Atomanlage bauen will. Am 6. Mai dieses Jahres nahmen 3000 Personen an der ersten Demonstration gegen ein Atomkraftwerk in Gross-Britannien teil; im Oktober besetzten und reparierten Atomgegner ein zerfallenes Gebäude auf dem Gelände, um den Baubeginn zu verhindern. Nach sechs Wochen, am 14. November, vertrieben Polizisten die Besetzer gewaltsam. Willkürlich wurden einzelne verhaftet wegen unbefugtem Eindringen und Landfriedensbruch, jedoch wieder freigelassen. Sie sollen anfang 1979 vor Gericht gestellt werden. Das Häuschen, obwohl keine Behinderung für den Baubeginn wurde ins Meer geschoben.

Über den Vorschlag, den Bau des Atomkraftwerks von einem Referendum abhängig zu machen, wird das Lothian Regional Council am 5. Dezember abstimmen. Die englischen Freunde der Erde haben an den zuständigen Minister, den Staatssekretär für Schottland, Bruce Millan, appelliert, den Baubeginn bis zur Abstimmung im Council oder bis zum Referendum aufzuschieben. Sie verweisen auf den massiven Widerstand der örtlichen Bevölkerung gegen das 1975 genehmigte Atomkraftwerk und auf die Tatsache hin, daß der Energieverbrauch in Schottland nicht, wie zur Zeit der Planung vorausgesagt, angestiegen ist. Der weiter entwickelte gasgekühlte Reaktortyp, der auch in Torness gebaut werden soll, hat in anderen Kraftwerken schon schwerwiegende Probleme verursacht."

Kontakt und weitere Informationen: World Information Service on Energy — WISE,2 Weteringplantsoen 9,Amsterdam Tel.: 0031/20/221366

DER KAMPF DER TANKSTELLEN

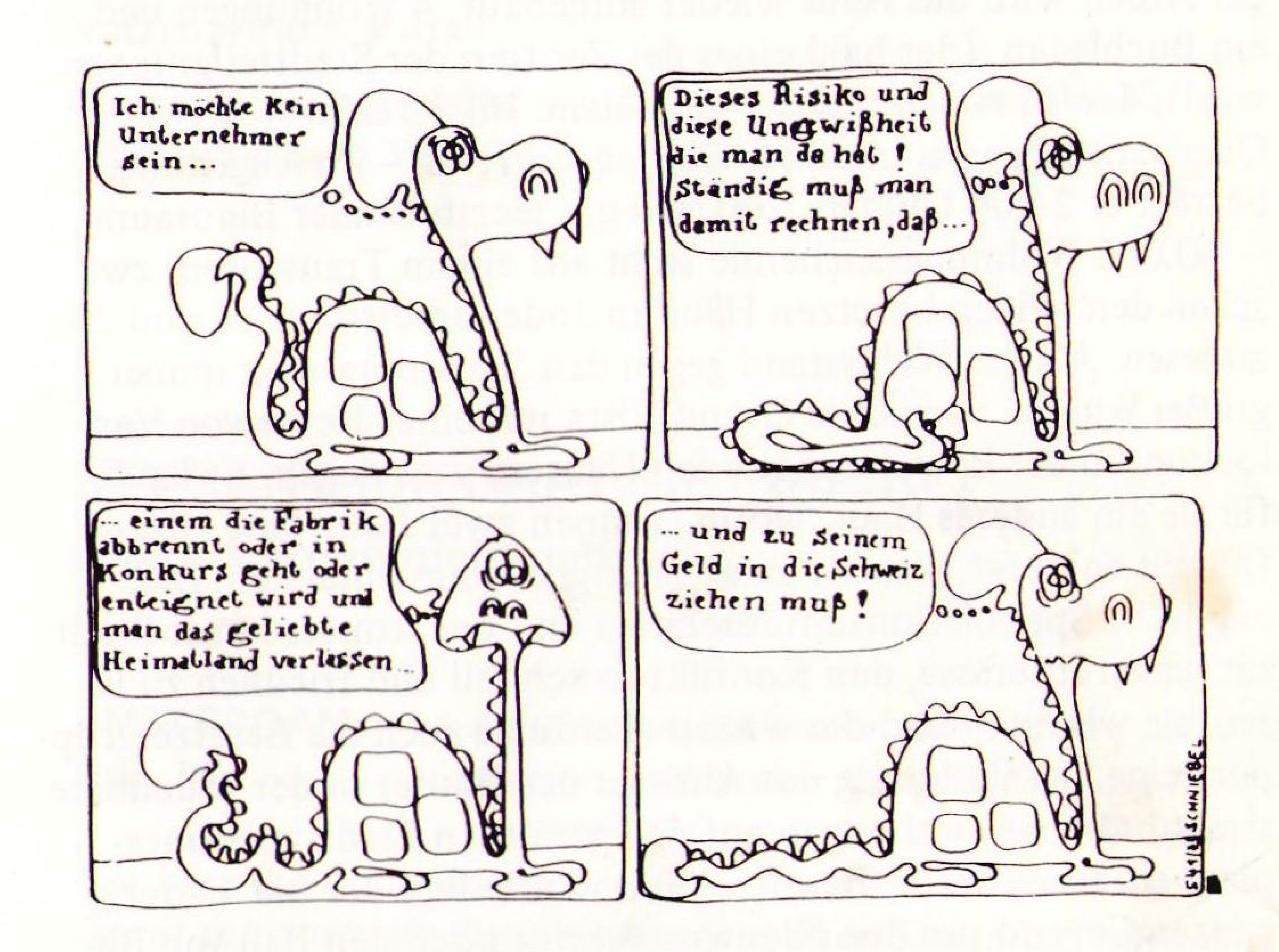
Barcelone/Frankfurt Seit sieben Jahren gibt es in Barcelona ein Provinabkommen für den Bereich der Tankstellen. 1977 kostete die Erhaltung dieses Abkommens einen einwöchigen Streik. Das Interesse der Tankstellen von Barcelona dieses Abkommen aufrecht zu erhalten basiert einerseits darauf, daß die Lebenshaltungskosten in Barcelona höher sind als im übrigen Staat und auf der anderen Seite, daß die Einnahmen der "Arbeitgeber" im Verhältnis größer sind als im übrigen Spanien. Eine weitere wichtige Tatsache, um den Kampf der Tankstellen in Barcelona zu verstehen, ist der Grad der gewerkschaftlichen Orgnisierung: 80% der 2.300 Arbeiter gehören zur CNT, 15% sind nicht organisiert, 5% zur sozialistischen UGT bzw. kommunistischen Gewerkschaften (CCOO).

Das nationale Abkommen (Tarifvertrag)

Unter diesen Bedingungen und nachdem die Tankstellen das Provinzabkommen verurteilt hatten, beginnen die Verhandlungen in Madrid, um einen nationalen Tarifvertrag zwischen "Arbeitgeber", UGT und CCOO. Der nationale Tarifvertrag ist ein Geschäft gewesen, bei dem die Arbeiter vollkommen übergangen wurden und diese Geschäft erreichte seinen Höhepunkt im Fall von Barcelona, wo als Vertreter der Tankstellen Mitglieder der UGT und CCOO den nationalen Tarifvertrag unterzeichneten.

Angesichts der Situation verurteilen die Tankstellen von Barcelona in ihren Versammlungen das Einbezogenwerden in den nationalen Tarifvertrag und erstellen eine Plattform mit Rückforderungen für die Verhandlungen um den neuen Provinz-Tarifvertrag. Aufgrund der unnachgiebigen Haltung der "Arbeitgeber" beginnen die Diskussionen über die Möglichkeit in den Streik zu treten. In diesem Augenblick und mit dem klaren Ziel, einen möglichen Streik, schon bevor er losgeht, zu ersticken, beginnen CCOO, UGT und "Arbeitgeber", die sich einig waren, sich dem nationalen Abkommen anzuschließen, mit der Verbreitung folgender Aussage: „Die Tankstellen von Barcelona haben vor, in einen unbegrenzten Streik zu treten, nur wegen 50 Peseten am TAg."

Dies ist jedoch eine glatte Lüge. Vergleicht man den nationalen Tarifvertrag mit dem Provinz-Tarifvertrag, so ergeben sich erhebliche Nachteile (mehr Arbeitszeit, Streichung von Zulagen, geringere Prämien für Überstunden usw.).



Die Entwicklung des Streiks

Da die "Arbeitgeber" negativ auf die Verhandlungsversuche der Tankstellen reagieren, werden die nötigen Schritte unternommen, um einen legalen Streik durchzusetzen: die Petition wird zum großen Teil von UGT- und CCOO-Mitgliedern unterzeichnet. Der Beginn des Streiks wird auf Samstag, den 2.9., festgesetzt. Während der vorangehenden Tage sind die Kampagnen gegen den Streik sehr stark: Die Presseerklärungen der "Arbeitgeber", UGT und CCOO, eine Erklärung des "Arbeitsamtes" (Delegacion de Trabajo), in der der Streik als illegal bezeichnet wird, eine Erklärung der Regierung, in der es heißt, daß eine Paralysierung der Benzinversorgung nicht zugelassen werden wird und schließlch die Ankunft zahlreicher Polizeieinheiten (anti-disturbios) in Barcelona. Die Polizei besetzt die Tankstellen mit MP's. Mehrere Einheiten verteilen sich über die ganze Stadt. Nach der Bekanntgabe des Streiks verwandelte sich Barcelona in eine besetzte Stadt.

Die Versammlung beschließt den Beginn des Streiks und die Arbeitsplätze der Streikenden werden von der Polizei besetzt, von Angestellten der "CAMPSA" (staatl. Benzingesellschaft in Spanien. Ihr unterstehen sämtliche Tankstellen des Landes). die aus ganz Spanien zusammengesucht wurden und durch die Unternehmer selbst und ihre Familienangehörigen. Eigentlich, angesichts der gegebenen Zustände, überraschte, daß die Tankstellen in der Lage waren den Streik zu beginnen. Es werden die ersten Streikenden an Informationsständen verhaftet; die Polizei schießt sogar, als Plakate vom Streikkomitee aufgehängt werden sollen.

Die Zahl der Entlassungen wächst in wenigen Tagen auf 400 an. Die Polizei zerschlägt gewaltsam eine Kundgebung der Tankstellenarbeiter in Barcelona und eine Kundgebung zur Unterstützung des Streiks in Madrid. Bei einem friedlichen sit-in vor einer Tankstelle werden über 100 Personen festgenommen, 71 mit gerichtlichen Folgen. . .

Nach fast zwei Monaten befinden sich immer noch 250 bis 300 Arbeiter im Streik. Ein Mitglied des Streikkomitees befindet sich immer noch im Modelo-Gefängnis von Barcelona, nachdem er von einem CCOO-Mitglied(!) wegen "dünkelhafter Nötigung"(?) angeklagt und verhaftet worden war.

Die Versammlung der Streikenden vertritt folgende drei Forderungen: Wiederaufnahme der ausgesperrten Arbeiter ohne Sanktionen, Freiheit für das Mitglied des Streikkomitees und Verpflichtung der "Arbeitgeber" im nächsten Jahr einen Provinz-Tarifvertrag auszuhandeln unter Beibehaltung der bereits vorhandenen Rechte der Tankstellen von Barcelona. Ebenso wird ein Betrag gefordert, der etwa den nichtgezahlten Löhnen während des Streiks entspricht.

Die Unnachgiebigkeit der "Arbeitgeber" hat zu gewissen Aktionen geführt. Der Verkehr in Barcelona wurde mehrmals unterbrochen, indem Busse mit zerschnittenen Reifen quergestellt wurden. Eine Tankstelle ist beschossen worden und in mehreren anderen Tankstellen sind Sprengladungen sichergestellt worden.

Das Streikkomitee hat sich von diesen "Ausschreitungen" distanziert und macht dafür die "Arbeitgeber" mit ihrer unnachgiebigen Haltung verantwortlich.

CCOO und UGT setzen ihre Kritik am Streik fort und stellen als Streikbrecher vorbildliche Bündnispartner für "Arbeitgeber" und Staat dar. Das Streikkomitee, mittels CNT, hat ein Schreiben an die OIT (internationale Orgnisation der Arbeit) gesandt, in dem der Bruch mit den Prinzipien dieses Organismus durch eine Regierung, die sie gerade erst unterzeichnet hat, aufs Schärfste verurteilt.

Bis Redaktionsschluß dieses ID's war leider noch nichts über den Ausgang bzw. Fortgang des Streiks zu erfahren. Wir versuchen weiter darüber zu berichten. Letzte Meldung: Bei Redaktionsschluß der Emigrantenzeitung 'impulso' Mitte Dezember wurde noch weiter gestreikt.

ZUT INTERNATIONAL UND DIE "SAUBEREN" ZEITUNGEN

Milano/ Paris
Frankfurt
15. Dezember

Wieder eine Zeitschrift ist erschienen, diesmal eine internationale, was für Leute, die Sprachen lieben: hauptsächlich ist sie in italienisch, einige Sachen sind in französisch und deutsch, und ein paar Brocken englisch (ein Brief vom Marx) sind auch drin.

Die Vertreiber schreiben: "Dies ist die Nullnummer einer weiteren Zeitung, mit der niemand etwas anfangen kann. Zufällig, aber doch nicht ganz, ist die Zusammenwürfelung der Autoren aus Bologna, Mailand, Paris, Freiburg; solchen, die in Tunix waren und sich distanzieren und solchen, die nicht. Nicht da waren, natürlich . . .

Sicher wird es mehrere Nullnummern geben. Wieso überhaupt Nullnummer? Wozu werden Zeitungen numeriert? Daß sie regelmäßig erscheinen, auch die alternativsten, wird vom Vertrieb diktiert und von den Angewohnheiten der Hauptverantwortlichen. Zensur. Es gibt also nur Nullnummern oder keine. Nach Abklärung der Anfangsschwierigkeiten wird es keine abgeklärtere Nummer geben . . .

Nach dem Kapitalismus der Papst again, nach dem Schah der Ayatolah, nach dem Sekt die Sekten, vor allem die Amerikaner, nach der Rechten das Recht weist die Linke zurecht. Rechnung folgt."

In der Zeitung schreiben Leute von Radio Alice, Beiträge von David Cooper und Felix Guattari sind drin und von deutscher Seite aus hat Klaus Theweleit was beigesteuert. U.a. ist in der Nullnummer unter der Überschrift "Eine saubere Zeitung: Liberation" ein internes Papier von Libe abgedruckt, "in dem die Redaktionsgruppe eine radikale Wende vorschlägt: weg vom professionellen Jouranlismus - Libe soll zu einem Moment von Bewegung und Transformation werden." Wir veröffentlichen diesen Artikel mit einigen Kürzungen:

"Die Entscheidung von Libe hat Ähnlichkeiten mit Tendenzen, die bei Lotta Continua und bei einigen Strömungen der deutschen Sponti-Linken auftauchen. Die Faszination der Sozialdemokratie von Rocard, von Craxi und der SPD-Linken wird immer stärker für diejenigen, die das Ende der 68er-Bewegung mit dem Ende jeder realen Bewegung gleichsetzen; die jenseits der institutionellen Restauration die weitaus interessanteren Umrisse der Katastrophe und die Absage der eralen Gesellschaft an jede Art der Politik nicht sehen wollen. Die Führungsgruppe von Libe drückt das aus, was auch in Italien und Deutschland viele Opportunisten sagen: wir verkörpern den wahren Linksradikalismus, und mit uns ist der Linksradikalismus zu Ende. Die reale Bewegung versetzt trocken zurück: euren Linksradikalismus könnt ihr euch in den Arsch stecken.

Nach der Niederlage der französischen Linksparteien im März kann man über den ganzen Firlefanz von Übergang, Einheit der Linken, Linksregierung und ähnlichen alten Plunder nur noch lachen.

Doch für die Gurus von Libe scheint mit ihren verlorenen Träumen gleichzeitig die einzigmögliche Zukunft der Bewegung hin zu sein . . . Serge July (von der Libe) erklärt in seinem internen Bericht unmißverständlich, wo er sein Publikum sieht: in den Leuten aus der 68er-Bewegung, die inzwischen in den Institutionen stecken und die ein Recht auf Kritik und Dissens fordern (damit das Bestehende so bleibt, wie es ist und so auch weiter kritisiert werden kann) und die das Bestehende ästhetisieren wollen, damit das reale Leben nicht katastrophisch explodiert . . .

Gegenüber der Radikalität und Gewalt der Proletarisierten, gegenüber deren regellosem Dahindriften und ihren plumpen Organisationsformen verhält sich Libe weiterhin raffiniert zynisch oder subtil ironisch (in dieser Hinsicht recht verschieden von Lotta Continua mit ihrer populistischen Nachtrabpolitik). Doch Libe gibt mehr oder weniger die Richtung an für diejenigen, die sich als ideologische Vertretung für jene gesellschaftliche Schicht anbieten, die aus der 68er-Bewegung entstanden und von den Institutionen aufgefressen worden ist . . .

Libe hat die Kritik der Politik wiederaufgenommen und ist zu der strategischen Entscheidung für eine institutionelle und zahnlos-technokratische Politikasterei gelangt.

Die Institutionalisierung der 68er-Bewegung erscheint ihr als Ende jeglicher Bewegung. Doch die Bewegung der Proletarisierten hat bereits andere Probleme auf die Tagesordnung gesetzt, die im Spiegel von Libe nicht anders als verzerrt erscheinen können. Die Schwäche der realen Bewegung schafft im übrigen die Bedingungen für die Stärke der Opportunisten. Und die journalistische und Institutionelle Macht der Opportunisten garantiert und sanktioniert die Schwäche der realen Bewegung. Eine Sache mit der man sich auf europäischer Ebene auseinandersetzen muß."

ZUT International ist im linken Buchhandel erhältlich.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID NR. 261/62

Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
4400 E	280	1

UTE LAMPING
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*

NEUES AUS DEM BILDER BILDERDIENST

Die Bewohner der Rhein-Preußen-Siedlung wehren sich gegen den Verkauf ihrer Siedlung. Außerdem sind noch mehr Bilder aus dem Ruhrgebiet über die streikenden Stahlarbeiter eingetrofen, sodaß wir eine kleine Serie zusammengestellt haben.
Außerdem bedanken wir uns bei all denen, die uns immer wieder das ganze Jahr über Bilder zugesandt haben, keines ist verloren gegangen, auch wenn sie nicht abgedruckt wurden, sie sind im Archiv und werden bestimmt irgendwann gebraucht, denn es kommen häufig Bestellungen, die wir nur dank der ganzen archivierten Bilder erledigen können. Sollten im letzten Jahr Bestellungen verschlammt, zu spät oder unvollständig erledigt worden sein, so bitten wir um Entschuldigung und nehmen wir uns selbstverständlich vor, im neuen Jahr unser Chaos in Grenzen zu halten.

Euer Bilderdienst (Bub, Henrik, Conny, Charlotte + Flo)

Die Bewohner der Rhein-Preußen-Siedlung wehren sich gegen den Verkauf ihrer Siedlung. Einige Bewohner machten einen einwöchigen Hungerstreik vor der BFG-Bank (Besitzerin der Siedlung) in Frankfurt. Wir haben Fotos vom Hungerstreik sowie von der Siedlung.